



AIB

2V 20899 E

1,50 DM

Dezember
Nr. 12 / 1977

8. Jahrgang

Antiimperialistisches Informationsbulletin

Die PLO zu Genf
Vietnam: Partisanen von Cu Chi
Strategien im Süden Afrikas • Äthiopien



Chile, Peru:
**Militärs und
Revolution**

Inhalt:

AIB-Aktuell: Die neue Lage in Chile	S. 3
Chile	
Ivan Ljubetic: Die Militärfrage im Fall Chile	S. 4-10
Ullrich Rupp/Konstanze Wetzel: Das Treiben des „Deutsch-Chilenischen Freundeskreises“	S. 10-11
Unidad Popular/Sozialistische Internationale: Kommuniqué der Rotterdamer Chile-Konferenz	S. 12
Peru	
J. Rodriguez: Absage an Bermudez' Rechtskurs	S. 13-15
Nationaler Gewerkschaftsauf Ruf zum Generalstreik	S. 15
Miguel U. Rodrigues: Destabilisierung der peruanischen Revolution (1. Teil)	S. 16-18
Vietnam	
Frank Werkmeister: Bei den Partisanen von Cu Chi	S. 19-23
Stationen der FNL	S. 20
Bilanz der US-Zerstörungen	S. 23
Südliches Afrika	
Rainer Falk: Westliche Strategien des „friedlichen Wandels“	S. 24-27
Deklaration des ZK der SWAPO	S. 25
Äthiopien	
Georg Polikeit: Die Radikalisierung der äthiopischen Revolution	S. 27-30
Naher Osten – Palästina	
Peter Wahl: Pariser Nahostkonferenz: Ja zur PLO	S. 31
PLO: Genf und die Palästinenser	S. 32-33
Rezensionen: Aspekte des Nahostkonflikts	S. 34
Kurzinformationen: Seychellen, Israel, Bangla Desh, Thailand, Kampuchea	S. 35
Kommentar: Sturm gegen Vorsters „Kahlschlag“	S. 36



Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Dr. Wilhelm Breuer, Wolfram Bröner, Dr. Jutta von Freyberg, Wolfgang Gehrecke, Mechthild Jansen, Georg Kwiatkowski, Herbert Lederer, Steffen Lehndorff, Erich Rudolf, Peter Tanzmeier, Dr. Frank Werkmeister, Prof. Erich Wulff

Redaktionskollektiv: Gabriele Bröner, Wolfram Bröner (verantwortlich), Rainer Falk, Paul Maaskola, Jürgen Ostrowsky, Wolfgang Ritter

Anschrift von Redaktion und Vertrieb:
AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg 1;
Telefon 06421-24672
Konto: Weltkreis Verlags GmbH Postscheckkonto 31 2093-607, Postscheckamt Frankfurt/M.
Verlag: Weltkreis Verlags GmbH, Brüderweg 16, 4600 Dortmund

Druck: W. J. Becker, Marburg

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Abdruck von Beiträgen bei Quellenangabe und Zusendung von zwei Belegexemplaren gestattet.

Das AIB erscheint monatlich. Jahresabonnement 15,- DM; Einzelheft 1,50 DM; bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33 % Ermäßigung.

Redaktionsschluß: 10. 11. 1977
Titelfoto aus: Heynowski & Scheumann, Operación Silencio, Berlin 1974

Es arbeiteten mit: B. Brinkmann, D. Fendt, H. Finkenbrink, W. Gottsleben, R. Heide, M. Hellmann, H. Merkelbach, M. Meyn-Rodriguez, E. Münscher, B. Pflug, M. Preuß, G. Ritter, J. Rodríguez, U. Rupp, K. Wetzel

Anzeigen

- Argentinien-Broschüre der ILA
- Protokoll der Nürnberger Chile-Verhandlungen
- Freundschaftsgesellschaft BRD-SR Vietnam
- rote blätter

Wenn die Tage kürzer werden
und die Nächte länger,
dann ist es Zeit für das große
Sonderangebot der roten blätter:

12 rote blätter für 12,- DM

Wer im Dezember die roten blätter abonniert, spart 6,- DM.

Darum sofort bestellen bei Weltkreis-Verlags-GmbH, Postfach 789, 4600 Dortmund.

Übrigens: Zu diesem sensationellen Sonderangebot kann man auch die roten blätter verschenken!

Und das sind einige Themen des Dezember-Heftes:

- Natürlich alles über den bundesweiten Streik der Studenten
- Tod in Stammheim
- Brief einer Genossin an Böll
- DDR: Große Politik an der Drehbank
- August Kühn über Franz Xaver Kroetz
- WDR: Entlassung des Medienkritikers Brundiers
- Portrait: Alfred Andersch



AIB-Aktuell: Die neue Lage in Chile

Wie sehr der verstärkte internationale und innere Druck auf die faschistische Pinochet-Junta an deren Substanz zehren muß, illustrierten in jüngster Zeit ihr erstmaliges Eingeständnis der Existenz von geheimen Lagern für politische Gefangene (also von „Verschwundenen“), ihre Scheinauflösung der völlig diskreditierten Geheimpolizei DINA oder auch die Aberkennung der Staatsbürgerschaft für den exilierten General Sergio Poblete, der die nunmehr organisierten demokratischen chilenischen Militärs verkörpert (siehe Beitrag Ivan Ljubetics zur Militärfrage in diesem Heft).

Zweifelsohne hat gerade die 1977 in Chile erreichte **neue Qualität des antifaschistischen Widerstands** das Pinochet-Regime in eine schwierige Lage manövriert: Während die Junta einer Bewältigung der verheerenden Wirtschaftskrise keinen Schritt näherkommt und ihre vorgetäuschten „Liberalisierungs“akte keine Glaubwürdigkeit erlangten, sind die antifaschistischen Kräfte Chiles nach einer Phase der Reorganisation im Untergrund seit Mitte 1977 zur direkten politischen Konfrontation mit dem Regime übergegangen. Davon zeugen der von einer mächtigen Welle der Solidarität im In- und Ausland getragene Hungerstreik von 26 Patrioten im Juni in Santiago, die Demonstration vor dem Justizpalast am 12. August oder die nichtabreißenden Protestmanifestationen der Gewerkschaftsbewegung.

Im Ergebnis der spektakulären Hungerstreikaktion sah sich die Junta zu dem Versprechen gegenüber UN-Generalsekretär Waldheim genötigt, innerhalb von drei Monaten umfassende Auskunft über den Verbleib der verschwundenen Angehörigen der 26 Patrioten zu geben. Die Junta blieb die Einlösung dieses Versprechens zwar schuldig, doch sind ihr heute in der bevorzugten Praxis des Verschwindenlassens sichtbar die Hände gebunden, ist doch die Zahl der Verhaftungen und Verschleppungen derzeit rückläufig.

Gewiß wären diese ermutigenden neuen Entwicklungen ohne die Stärke internationaler Solidarität kaum denkbar, deren fester Bestandteil die **bundesrepublikanische Chile-Bewegung** und insbesondere das **Antiimperialistische Solidaritätskomitee (ASK)** sind. Sie erwarb sich im letzten Jahr mit der Veranstaltung der Nürnberger Verhandlungen gegen die Verbrechen der chilenischen Militärjunta im November 1976 (siehe AIB, Nr. 1/1977), des internationalen Solidaritäts-

konzerts im September 1977 und der Erzielung eines Spendenaufkommens von nunmehr 2,3 Mio DM internationale Anerkennung. Sie vermochte 1977 in den Septemberaktionen zugunsten der Verschwundenen und des Boykotts der Junta gegenüber dem Vorjahr ein deutliches Ansteigen der Aktivitäten zu verbuchen: über 100 Aktionen, davon 50 größere Veranstaltungen und Demonstrationen, fanden statt. Einer Vereinbarung des Initiativausschusses XI. Weltfestspiele und der UP-Jugend zufolge (Wortlaut in AIB, Nr. 11/1977) wurden Chile-Solidaritätsaktivitäten in den Mittelpunkt der Festivalvorbereitungen für Havanna 1978 gerückt.

Auf einer bedeutsamen internationalen **Konferenz** Ende August d. J. in **Rotterdam** erklärten es die UP-Parteien, die Sozialistische Internationale (SI) und ihre sozialdemokratischen Mitgliedsparteien zur gemeinsamen „Pflicht, die Solidaritätsarbeit mit dem chilenischen Volk aufzubauen und zu intensivieren“ (Wortlaut des Kommuniqués in diesem Heft). In seiner Funktion als Vorsitzender der SI gelangte Willi Brandt in Rotterdam zu der höchst bemerkenswerten Feststellung: „Viel wäre gewonnen, wenn diese Konferenz im übrigen dazu beitragen würde, daß die politisch Verantwortlichen in allen Teilen der Welt sich ihrer Verantwortung im Hinblick auf die Zukunft Chiles noch stärker bewußt würden.“

Ein solches hohes „Verantwortungsbewußtsein“ aber wäre gerade der sozialliberal geführten Bundesrepublik angemessen, die neben den USA als Handelspartner und Waffenlieferant der Junta in vorderster Front rangiert und sich 1976 bei deren Verurteilung durch die UNO der Stimme enthielt. Die Einstellung dieser ausgedehnten Bonner Unterstützung des chilenischen Faschismus aber gilt es durch die gemeinsame Anstrengung aller demokratischen Kräfte unseres Landes durchzusetzen. Aktuelle Prüfsteine für eine solche späte Wandlung der Chile-Politik der Bonner Regierung sind ihr Verhalten in der Chile-Debatte der XXXII. UN-Vollversammlung und gegenüber der vom **Deutsch-Chilenischen Freundeskreis** organisierten Propagandareise, der von keinem geringeren als Außenminister Genscher (siehe Beitrag in diesem Heft) Unterstützung zuteil wurde.

Das Ringen um die Boykottierung der Junta bleibt so gesehen gerade hierzulande ein gewichtiger Solidaritätsauftrag in den Vorweihnachtsaktionen 1977.

ASK - AUFRUF: CHILE BRAUCHT UNS WEITER!



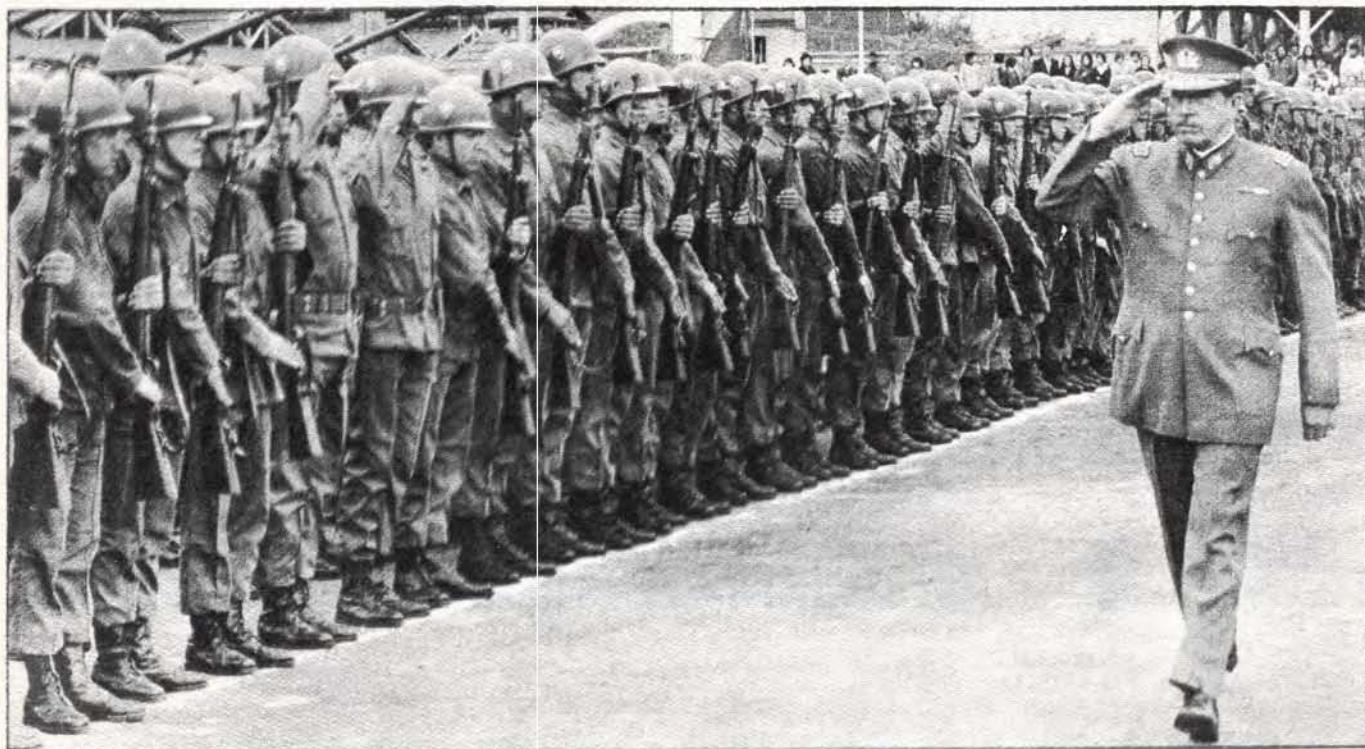
Seit dem Putsch der faschistischen Generäle in Chile am 11. September 1973 leidet das chilenische Volk unter Hunger, Elend und Terror. . . . Fast ein Viertel der erwerbsfähigen Bevölkerung des Landes ist arbeitslos und bekommt keinerlei finanzielle Unterstützung. Jede dritte Familie hat kein festes Einkommen mehr. Selbst die, die Arbeit haben, bekommen dafür oft nur einen Hungerlohn. Der von der Junta festgesetzte Mindestlohn reicht nicht einmal zum Kauf der von den Vereinten Nationen errechneten Überlebensration.

In Chile regiert der Hunger. Schäden, die durch die Unterernährung bei Kleinkindern verursacht werden, sind nie wieder gutzumachen. Öffentliche Kinderspeisungsstätten, die unter dem Patronat humanitärer Organisationen unterhalten werden, geben heute ca. 30 000 Kindern in Chile täglich eine warme Mahlzeit. Aber es sind 10 mal mehr Kinder im ganzen Land, die diese Hilfe benötigen. Erst wenn man sich diese Tatsachen vergegenwärtigt, kann man ermesen, welch unsägliches Leid über die Familien hereingebrochen ist, wo der Vater oder Bruder von der Geheimpolizei verschleppt worden ist. Nicht nur die ständige Ungewißheit und die Angst um das Leben der Angehörigen, die erniedrigenden Gänge von Behörde zu Behörde, die alle Nachforschungen ablehnen, die zynischen Behauptungen der Junta, die verschwundenen Personen seien ins Ausland gegangen, lasten auf diesen Familien. Ihnen ist auch der Ernährer geraubt worden, die Frauen finden angesichts der hohen Arbeitslosigkeit keine Anstellung, die Familien stehen völlig mittellos da und sind auf Almosen angewiesen. . . .

Deshalb wenden wir uns an Sie:

- **Fordern Sie** die Aufklärung des Schicksals der verschleppten chilenischen Patrioten! Die demokratische Weltöffentlichkeit muß die Junta zwingen, ihren Aufenthaltsort bekanntzugeben und die Verschleppten freizulassen.
- **Helfen Sie** den Familien, deren Angehörige durch die Geheimpolizei verschleppt wurden!
- **Helfen Sie** durch eine Spende, die materielle Not dieser Familien zu lindern!
- **Spenden Sie** auf das **Sonderkonto Prof. Erich Wulff, Postscheckamt Frankfurt/Main, Konto-Nr. 527 055 602, Kennwort: Chile-Solidarität**

Ivan Ljubetic Die Militärfrage im Fall Chiles



Die chilenische Erfahrung zeigt, daß das Entscheidende an einer Revolution der politische Aspekt ist, daß jedoch das Militärproblem, als Teil davon, eine gewichtige Rolle spielt. Es muß ein Kräfteverhältnis erreicht werden, das den revolutionären Prozeß begünstigt. Und dies erfordert nicht allein eine rein numerische Mehrheit, sondern entscheidende Faktoren, wie es u. a. die Streitkräfte sind, auf seiner Seite zu haben.

Wenn man den unbewaffneten Weg zum Sozialismus wählt, wie es Chile tat, stellt sich als unerläßliche Bedingung für den Erfolg, ein günstiges militärisches Kräfteverhältnis zu erreichen, das zur Umwandlung der Streitkräfte führt, so daß sie sich auf die Seite des Volkes stellen. Es geht dabei nicht

unbedingt um einen bewaffneten Aufstand oder einen Bürgerkrieg, sondern darum, zu verhindern, daß die Reaktion mit Hilfe der Waffen den revolutionären Prozeß unterbrechen kann. Daher ist es notwendig, die Unterstützung der Massen und der Streitkräfte für sich zu gewinnen.

Die Geschehnisse in Chile bestätigen einmal mehr, „wie wichtig es ist, die revolutionären Errungenschaften zu verteidigen zu wissen und darauf vorbereitet zu sein, schnell von friedlichen Kampfformen auf nicht friedliche Kampfformen überzuwechseln, d. h. fähig zu sein, mit revolutionärer Gewalt auf die konterrevolutionäre Gewalt der Bourgeoisie zu antworten.“¹ Im Fall Chiles wurde einmal mehr deutlich, daß die alten Klassen die Macht nicht freiwillig abgeben.

I. ABRISS DER GESCHICHTE DER CHILENISCHEN STREITKRÄFTE BIS 1970

1. Periode der Unabhängigkeitskriege und der Anarchie (1810–30)

Kennzeichnend für diese Periode sind die rivalisierenden Führungsansprüche unter den Militärs.

Die erste Nationale Regierungsjunta schuf 1810 die patriotischen Milizen, die sich im Unabhängigkeitskrieg (1813–1818) bewähren mußten. Während der Regierungszeit von O'Higgins (1817–1823), in der die endgültige Unabhängigkeit Chiles vom spanischen Kolonialismus besiegelt wurde, organisierte man im Dezember 1817 das eigentliche Heer und im August 1818 die Kriegsmarine.

Nachdem O'Higgins 1823 durch einen Teil des Heeres gestürzt wurde, verfiel das Land in eine Periode völliger Anar-

chie, in der ein Staatsstreich den anderen ablöste. Sie endete mit einem Bürgerkrieg, der durch den Aufstand von einem Teil des Heeres gegen die liberale Regierung ausgelöst wurde und bei dem sich schließlich die Konservativen durchsetzen konnten.

2. Unterwerfung der Streitkräfte durch die Bourgeoisie (1830–90)

Diego Portales, ein Minister, der die aufkommende chilenische Bourgeoisie vertrat, machte sich zum Ziel, die Streitkräfte zu reorganisieren und sie der Zivilmacht zu unterwerfen. Dazu entfernte er alle Regierungsgegner aus ihren Reihen, ließ das Heer auf etwa 4000 Mann zusammenschrumpfen, löste die Kriegsmarine fast völlig auf und gründete zivile Milizen, die etwa 60 000 Mann stark waren und sich aus Händlern, Handwerkern, Angehörigen freier Berufe, Ange-

stellten und Arbeitern zusammensetzten. Dank dieser Maßnahmen konnten zwischen 1830 und 1891 etwa 15 Meutereien und Militäraufstände vereitelt werden. 1837 wurde jedoch bei einer dieser Revolten Portales von den aufständischen Militärs ermordet. Der Aufstand selber aber schlug fehl und wurde von den Zivilmilizen in Valparaiso niedergeschlagen.

Diese Periode relativer Stabilität endete 1891 mit einem Bürgerkrieg, der durch den Aufstand von Teilen des Heeres und der Marine gegen den Präsidenten Balmaceda ausgelöst wurde. Hinter dem Putsch standen der englische Imperialismus, die Großgrundbesitzer und die Finanzoligarchie, die ihre Interessen durch die fortschrittliche und patriotische Politik Balmacedas gefährdet sahen und deshalb seinen Sturz herbeiführten.

3. Einflußnahme der Mittelschichten auf die Streitkräfte (1891–1932)

Im Jahr 1886 war von Präsident Balmaceda eine preußische Militärmission, die von Hauptmann Emil Körner angeführt wurde, ins Land gerufen worden. Sie sollte das chilenische Heer nach preußischem Muster aufbauen. Fünf Jahre später leitete dann Körner, der inzwischen zum General avanciert war, den Aufstand gegen den Präsidenten, in dessen Dienst er stand. Nach dem Sieg der Aufständischen wurde Körner zum Chef des Regimentstabs ernannt und führte in diesem Amt die Neuorganisation des Heeres zu Ende. 1900 wurden die Zivilmilizen aufgelöst und die Militärdienstpflicht eingeführt. Der professionelle Charakter der Streitkräfte wurde verstärkt. Gleichzeitig rückten immer mehr Vertreter der Mittelschichten in die vorher nur von Angehörigen der Oligarchie besetzten Offiziersposten auf und gewannen dort wachsenden Einfluß.

Das Heer spielte den Werktätigen gegenüber eine repressive Rolle. Allein zwischen 1900 und 1920 erstickte es über 300 Streiks, nicht selten durch grausame Massaker.

Ab 1907 entstanden innerhalb des Heeres geheime Verbindungen von Offizieren, die immer deutlicher soziale Ziele vertraten. 1924 entwickelten junge Offiziere politische Tätigkeiten zur Unterstützung der sozialen Reformen der Regierung Arturo Alessandri. Viele Offiziere nahmen an Kundgebungen des Gewerkschaftsbundes Arbeiterbund von Chile (FOCH) und der Kommunistischen Partei teil. Bis 1927 gab es mehrere fortschrittliche und reaktionäre Staatsstriche.

1927 begann die Diktatur von Oberst Ibáñez, der das Korps der Carabineros (uniformierte Polizei) gründete und damit das Heer von den repressiven Tätigkeiten befreite. 1931 organisierte er die Luftwaffe. Noch im gleichen Jahr wurde die Diktatur Ibáñez von einer machtvollen Massenbewegung gestürzt.

Vom 1.–5. September 1931 fand ein Aufstand der Marine statt, ausgelöst durch die Absicht der Regierung, ihre Entlohnung zu kürzen und wegen der großen Arbeitslosigkeit, die im Land herrschte. Die Bewegung hatte einen deutlichen Volkscharakter und wurde durch Angriffe der Luftwaffe gegen die Flotte, die in den Händen der Aufständischen war, erstickt.

Am 4. 6. 1932 fand ein zivil-militärischer Putsch sozialistischer Orientierung statt, der vom Luftwaffengeneral Marmaduke Grove angeführt wurde (dieser gehörte ein Jahr später zu den Gründern der Sozialistischen Partei). Die „sozialistische Republik“, die die Putschisten ausriefen, wurde zwölf Tage später von einem reaktionären Gegenputsch wieder gestürzt und es begann die Diktatur von Dávila. Am 13. 9. 1932 übernahm General Blanche durch einen weiteren Putsch die Präsidentschaft der Republik bis zum 2. 10. 1932, als verfassungstreue Offiziere die Regierungsgewalt Zivilkräften übergaben.

4. Periode der politischen Enthaltbarkeit der Streitkräfte (1932–1970)

Kennzeichnend für diese Periode ist, daß die Streitkräfte die politische Verfassung achten und sich der Zivilmacht unterwerfen. Sie greifen als Institution nicht in die Politik ein, wenngleich innerhalb ihrer Reihen Offiziersgruppen meist faschistischer Tendenz konspirative Tätigkeiten entwickeln, die von den stärkeren verfassungstreuen Kreisen neutralisiert oder niedergeschlagen werden können.

Im Jahr 1938 konnte der Versuch, den Wahlsieg vom Präsidentschaftskandidaten der Volksfront Pedro Aguirre Cerda zu hintertreiben, vereitelt werden, weil der Oberkommandierende des Heeres die Verfassung respektierte und sich einem Eingriff widersetzte.

In den 50er Jahren begann die US-imperialistische Einflußnahme auf die chilenischen Streitkräfte. 1950 reiste die erste Gruppe chilenischer Offiziere zur Ausbildung in die USA und zwei Jahre später wurde ein Militärpakt zwischen Chile und den USA unterzeichnet, der die Abhängigkeit der chilenischen Streitkräfte vom US-Imperialismus noch vergrößerte. Trotzdem gab es gegen Ende der 60er Jahre eine Gruppe von verfassungstreuen Offizieren, deren hervorragendster Vertreter der Oberkommandierende des Heeres, General René Schneider, war. Während des Wahlkampfes zu den Präsidentschaftswahlen 1970 erklärte General Schneider in einem Interview: „Wir bürgen für einen legalen Ablauf, auf dem das gesamte institutionelle Leben des Landes beruht“. Und er fügte hinzu: „Politische Eingriffe liegen außerhalb unserer Doktrin“. Nach dem Wahlsieg Allendes bekräftigt er diese Einstellung: „Ich sagte, daß ich dieses Verfassungssystem verteidigen würde und das werde ich bis zuletzt tun. Denn hier ging es nicht darum, es nur zu verteidigen, wenn derjenige Kandidat siegte, der einer gewissen Schicht genehm ist“.³

Am 22. 10. 1970 kam es zu einem Putschversuch, der die Amtsaufnahme Allendes verhindern sollte. General Schneider wurde dabei ermordet. Im Amt als Oberkommandierender des Heeres folgte ihm General Carlos Prats.

Charakterisierung der chilenischen Streitkräfte

Aus der geschichtlichen Entwicklung der chilenischen Streitkräfte kann man mehrere Schlußfolgerungen ziehen:

a) Eine völlige politische Enthaltbarkeit hat es nie gegeben. Es gab Perioden, in denen die Streitkräfte aktiv politisch tätig wurden, und Zeiten, in denen sie die zivilen Regierungen achteten und als Institution keine politischen Eingriffe durchführten. Dies trifft besonders auf die Zeit von 1932 bis 1970 zu. Innerhalb der Streitkräfte gab es Offiziere, besonders faschistischer Tendenz, die gegen fortschrittliche Regierungen konspirierten.

b) Besonderheiten der chilenischen Entwicklung. Es bestehen Unterschiede zwischen dem historischen Prozeß in Chile und den anderen lateinamerikanischen Ländern. In Chile hatte die Bourgeoisie bereits um 1830 eine gewisse Homogenität erreicht, war gut organisiert und besaß feste Institutionen, was die Aktion von Militärführern und die Etablierung von Militärdiktaturen, wie sie für andere Länder Lateinamerikas typisch sind, verhinderte.

c) Vorherrschaft der Oligarchie und der Mittelschichten im Offizierskorps.

Die Mittelschichten gewannen im Laufe der Zeit immer größeren Einfluß unter den Offizieren der Streitkräfte, ohne daß die Oligarchie ihren Einflußbereich dabei vollkommen verlor.

Von 83 chilenischen Generälen kommen 23 aus dem Adel und der Großbourgeoisie, 40 aus dem Mittelstand und 20 aus dem städtischen und ländlichen Kleinbürgertum. Berücksich-

tigt man den gesamten Offizierskorps, so gehören 42 % zur Großbourgeoisie, 39 % zum wohlhabenden Mittelstand und 19 % stammen aus dem Kleinbürgertum.⁴

d) Die Klassenzugehörigkeit der Soldaten wird neutralisiert. Die Mehrheit der Soldaten sind Kinder von Arbeitern oder ärmeren Landwirten, doch ihre Klassenherkunft äußert sich im Militär in keiner Weise, da dies durch das von den deutschen Ausbildern Ende des vorigen Jahrhunderts etablierte System verhindert wird. Innerhalb der Streitkräfte herrschen eine hierarchische Struktur, innerer Zwang und Angst vor Strafe. Kennzeichnend sind die „drakonischen Regeln preußischer Disziplin, denen jede bewußte Disziplin fremd und entgegen gesetzt ist“ und die „gerade versucht, jeden eigenen Ausdruck der Soldaten zu beschneiden oder zu verbieten“, wobei sie „vielen ein falsches soziales Bewußtsein einprägt“.

Einübung eines falschen sozialen Bewußtseins

e) Die Streitkräfte können an der Seite der Arbeiterklasse stehen.

Man darf keine fatalistische Auffassung der Streitkräfte haben. Es ist eine Tatsache, daß sie im allgemeinen als bewaffneter Garant für Regierungen auftraten, die das Volk unterdrückten. Doch gleichzeitig gab es in ihren Reihen fortschrittliche und demokratische Kräfte, denen es zeitweise gelungen ist, die Streitkräfte an die Seite des Volkes zu stellen.

f) Isolierung der Streitkräfte wirkte sich negativ aus.

Die Isolierung der Streitkräfte vom politischen und sozialen Leben des Landes war negativ. Im Januar 1974 schrieb diesbezüglich General Prats in sein Tagebuch: „Die so gerühmte ‚politische Enthaltensamkeit‘ der chilenischen Streitkräfte hat zu ihrer Isolierung vom sozialen Geschehen geführt und zu einem extremen Mangel an Verständnis ihrer Mitglieder für die sozio-politischen Probleme. Ich selbst hätte nicht festgestellt, daß es so ist, wenn ich nicht die Erfahrung als Oberkommandierender des Heeres gemacht hätte und besonders in der Ausübung der Ämter als Innen- und Verteidigungsminister“.⁶

g) hochqualifizierte Ausbildung.

Die chilenischen Streitkräfte haben ein gutes Organisationsniveau, ihre Mitglieder besitzen ein hervorragendes fachliches Wissen und eine gute berufliche Ausbildung. Wichtig ist außerdem, daß das Bewußtsein, eine geschlossene Institution zu bilden, stark ausgeprägt ist und damit auch das Zusammengehörigkeitsgefühl.

h) Die reaktionäre Einstellung der Mehrheit der Offiziere.

Die Mentalität eines hohen Prozentsatzes der Offiziere kann mit folgenden Merkmalen charakterisiert werden: Klassenhaß, Mißtrauen und Angst sowie Mißachtung gegenüber den Arbeitern; Übersteigerung der kleinbürgerlichen Werte; Mißtrauen gegenüber den Zivilisten; Ablehnung alles Ausländischen gepaart mit notorischer Unterwürfigkeit zu allem Nordamerikanischen.⁷

i) Großer Einfluß der USA.

Das ständige und zunehmende Eindringen der USA in die chilenischen Streitkräfte, das nach dem 2. Weltkrieg begann, hatte einen entscheidenden Einfluß der multinationalen Konzerne auf die Mentalität und die Handlungsweise der chilenischen Offiziere zur Folge.

II. IMPERIALISTISCHE DURCHDRINGUNG DER CHILENISCHEN STREITKRÄFTE

Der Durchdringungsprozeß der chilenischen und im allgemeinen der lateinamerikanischen Streitkräfte fand im Rahmen der reaktionären Strategie der „Sicherheit des amerikanischen Kontinents“ statt. Dazu gehörte eine systemati-

sche antikommunistische Indoktrinierung und eine antisubversive Ausbildung. Dabei wurde das Ziel verfolgt, eine solche Abhängigkeit der lateinamerikanischen Streitkräfte zu erreichen, daß sie direkt zur Verteidigung der Interessen der imperialistischen Konzerne eingesetzt werden können.

Vor der Panamerikanischen Gesellschaft von New York erklärte im März 1968 der US-amerikanische General Robert W. Porter Jr., damals Chefkommandierender des Militärischen Südkommandos mit Sitz in Panama: „Bedenken Sie, daß die kleine Menge öffentlicher Fonds der Vereinigten Staaten, die für Militärhilfe und die Programme für öffentliche Sicherheit der AID ausgegeben werden, nur eine bescheidene Versicherungspolice darstellen, die die enormen Privatinvestitionen in diesem Gebiet (Lateinamerika), das von so ungeheurem strategischen und kommerziellen Wert für unser Land ist, schützt.“⁸

In einem vom nordamerikanischen Senator William Proxmire Anfang 1971 erstellten Bericht wird festgestellt, daß seit 1945 insgesamt 175 Mrd Dollar für die „Unterweisung von 320 000 Militärs aus 70 unabhängigen Ländern“ investiert wurden.⁹

Was Chile anbetrifft, so wurden zwischen 1950 und 1968 in den USA 2064 Offiziere ausgebildet und weitere 549 in den Militärstützpunkten am Panamakanal.¹⁰ Dem Bericht der nordamerikanischen Senatskommission zufolge, die von F. Church angeführt wurde, sind zwischen 1969 und 1974 noch 1118 chilenische Offiziere ausgebildet worden.¹¹ Allein im Jahr 1975 waren es sogar 575. Außerdem fand auch eine ähnliche Ausbildung auf chilenischem Territorium statt, die von einer zahlenstarken nordamerikanischen Militärmission durchgeführt wurde, die eine ganze Etage vom Verteidigungsministerium in Santiago für sich in Anspruch nahm.

Bzüglich des Ziels dieser Ausbildung lateinamerikanischer Offiziere in den USA erklärten nordamerikanische Offiziere bei einem Interview mit der New York Times im November 1970, daß es der Politik der Vereinigten Staaten entspricht, „den lateinamerikanischen Armeen, ihren Offizieren zu vertrauen, daß sie in der Lage sind, jede Volksbewegung zu unterdrücken, ohne daß ein direktes Eingreifen der nordamerikanischen Streitkräfte erforderlich wird“¹². Oder mit den Worten eines anderen nordamerikanischen Militärspezialisten ausgedrückt: „Es geht, kurz gesagt, darum, daß die ausländischen Offiziere die außenpolitischen Ziele der USA mit ihren eigenen nationalen Interessen identifizieren, wobei unter dieser Außenpolitik der USA in erster Linie der Schutz der Interessen der großen Privatunternehmen zu verstehen ist“¹³.

Der Einfluß des Imperialismus auf die chilenischen Streitkräfte brachte ihnen den gewünschten Erfolg. Diesbezüglich schrieb General Prats am 27. 8. 1973: „Ich glaube, daß weder Präsident Allende noch die Anhänger der Unidad Popular



Verfassungstreue Generalstabschefs René Schneider (r.) und Nachfolger Carlos Prats

wissen, wie weit der nordamerikanische Einfluß auf unsere Streitkräfte reicht, insbesondere auf die Mentalität der chilenischen Militärs. Dieser durch nichts ausgewogene Einfluß ist ein Faktor, der bei den zu erwartenden Ereignissen eine schrecklich negative Rolle spielen kann¹⁴.

III. DIE CHILENISCHEN STREITKRÄFTE WÄHREND DER VOLKSREGIERUNG

Die erste Periode (3. 11. 1970–2. 11. 1972)

Als die Regierung der Unidad Popular (UP) ins Amt kam, gab es keinen einzigen sozialistischen oder kommunistischen General. Die Mehrheit der Offiziere war gegen das Programm der UP, sie hatten jedoch ein ausgeprägtes Bewußtsein der Verfassungstreue und politischer Enthaltsamkeit. Die ideologische Ausbildung des Offizierskorps war anti-kommunistisch. Nur eine Gruppe, zu der auch General René Schneider zählte, war demokratisch gesinnt. Andererseits machten aber auch die Faschisten nicht mehr als 1 % aus.

Die Tatsache, daß die Regierung der Unidad Popular die militärische Rolle und das Hierarchieprinzip der Streitkräfte respektierte, trug dazu bei, daß diese ihrerseits die Autorität des Präsidenten achteten.

Seit dem 4. 9. 1970 suchten die Parteien der UP und besonders die Kommunistische Partei Kontakt zu einigen Generälen. Dies wirkte sich positiv aus: sie begannen den sozialen Umwälzungsprozeß mit besseren Augen zu sehen. Dabei darf jedoch nicht vergessen werden, daß die Regierung nur dann auf die Unterstützung der Streitkräfte zählen konnte, wenn sie den Rahmen der Verfassung nicht verließ.

Die Faschisten begannen unmittelbar nach der Amtsaufnahme Allendes ihre aufrührerischen Tätigkeiten. Am 25. 3. 1972 schlug ihr erster Putschversuch fehl. Am 13. 4. 1972 kamen die Faschisten im Regimentsstab zu dem Schluß, daß „der Konflikt zwischen dem Präsidenten und dem Parlament keine verfassungsmäßige Lösung mehr zuließ“¹⁵. Im Juli erwogen sie in einem Memorandum „die Möglichkeit, die Kontrolle der Nation zu übernehmen“¹⁶. Im September 1972 wurde ein weiterer Putschversuch vereitelt.

Im Oktober fand der Unternehmerstreik statt, der das Ziel verfolgte, die Regierung zu stürzen. Bei dieser Gelegenheit spielten die Streitkräfte eine wichtige Rolle in der Verteidigung des Regimes. Am 2. November 1972 traten die drei Oberbefehlshaber der Streitkräfte und die beiden höchsten Führer der Einheitszentrale der Werktätigen (CUT) der Volksregierung bei.

Die zweite Phase (2. 11. 1972–29. 6. 1973)

Es begann so eine Periode der Zusammenarbeit der UP mit dem patriotischen Sektor der Streitkräfte. Das Kabinett UP-Streitkräfte-CUT zwang die Aufrührer, den Unternehmerstreik zu beenden und festigte die Regierung. Am 29. November 1972 übernahm der Innenminister General Carlos Prats als Vizepräsident während einer Auslandsreise Allendes für mehrere Tage die Regierungsgewalt.

Bei den Parlamentswahlen am 4. März 1973 vereitelte die Unterstützung der Werktätigen für die UP den Versuch der Opposition, durch die Erlangung einer zwei Drittel Mehrheit Allende verfassungsgemäß abzusetzen. Damit wuchs die Gefahr eines Putsches. In dieser Situation beging die UP den großen Fehler, die Militärs aus dem Kabinett zu entlassen. „General Prats vereinigte als Vorsitzender des Kabinetts einen bedeutenden Teil der regierungstreuen Streitkräfte, die bereit waren, sich für deren Verteidigung einzusetzen. Sein Austritt aus dem Ministerium schwächte die Regierung, ermutigte die Reaktion und machte die Konspiration innerhalb des Heeres leichter“¹⁷.

Am 20. März 1973 unterschrieben acht Generäle eine Akte,

in der sie sich dazu verpflichteten, die verfassungsmäßige Regierung zu stürzen¹⁸.

In den gleichen Tagen hatte die Kommunistische Partei die Losung „Nein zum Bürgerkrieg“ aufgestellt, die das Ziel verfolgte, breite Kreise gegen die Aufrührer zu vereinigen und bei einem Teil der Christdemokraten und bei der Katholischen Kirche Unterstützung fand.

Im März übergaben Funktionäre des Erziehungsministeriums – ohne es zuvor mit der Regierung oder der UP abzusprechen – der Öffentlichkeit einen Bericht über das Projekt einer nationalen Einheitsschule (Escuela Nacional Unificada, ENU). Dieses gründete sich im allgemeinen auf richtige Leitlinien, enthielt aber gleichzeitig ultralinke, sektiererische Elemente, die von der Reaktion geschickt benutzt wurde, um große Teile der Mittelschichten gegen die Regierung aufzuwiegeln, was sich wiederum negativ auf die Streitkräfte auswirkte.

Am 5. 4. 1973 überreichte der Generalstab Allende ein Memorandum, in dem Vorschläge zur Überwindung der Krise enthalten waren, zu denen auch die Notwendigkeit eines Dialogs mit der Christdemokratischen Partei gehörte. Die neue Möglichkeit eines Bündnisses mit patriotischen Militärs, die sich damit eröffnete, scheiterte am Widerstand der Sozialistischen Partei.

Am 6. Mai 1973 schrieb General Prats in sein Tagebuch: „Die ENU-Angelegenheit ist ein grober Fehler der Regierung gewesen und hat die negative Wirkung, daß sich die regierungsfeindlichen Äußerungen innerhalb der Streitkräfte, besonders bei der Marine, verstärken“¹⁹.

Zum ersten Mal übten Militärs offene Kritik an der Regierung und den Faschisten gelang es, ihren Anhängerkreis beträchtlich zu vergrößern.

Am 29. 6. 1973 kam es zum Aufstand des 2. Panzerregiments, das versuchte, das Regierungsgebäude La Moneda zu stürmen. Der Putschversuch wurde durch die Aktion der patriotischen Militärs, die General Prats anführte, und durch die Mobilisierung der Werktätigen niedergeschlagen.

Die dritte Phase (20. 6. 1973–11. 9. 1973)

Der gescheiterte Putschversuch schuf die Bedingungen, um die bekanntesten Faschisten aus den Streitkräften zu entfernen. Selbst in Offizierskreisen wurden energische Maßnahmen gefordert. Die Kommunistische Partei sprach sich entschieden für die „Durchführung gründlicher Säuberungsaktionen“ aus²⁰. Ähnlich äußerten sich auch andere Parteien der Unidad Popular. Die Regierung traf jedoch keinerlei Maßnahmen außer der Einleitung eines Militärverfahrens gegen die am Putsch beteiligten Offiziere. Diese Schwäche der Regierung ermunterte die Aufrührer. Am 1. Juli 1973 schrieb General Prats: „Eine beträchtliche Anzahl von Offizieren und Generälen der Streitkräfte und von den Carabineros unterhält enge politische Beziehungen zu Oppositionsführern, wobei diese Verbindungen konspirativen Charakter annehmen“²¹.

Man begann das Gesetz zur Waffenkontrolle, das im Oktober 1972 verabschiedet worden war, gegen die Werktätigen anzuwenden. Fabriken und Arbeitersiedlungen wurden unter Anwendung unberechtigter Gewalt durchsucht, wobei es zu offenen Provokationen von Seiten der Offiziere kam: die Truppe wurde auf den Putsch vorbereitet.

Am 27. 7. 1973 ermordete ein faschistisches Kommando den Hauptmann Arturo Araya, Marineadjutant Allendes und entschiedener Patriot. Am gleichen Tag verhaftete der Sicherheitsdienst der Marine in Valparaiso und Talcahuano 500 Marinesoldaten, die man der Durchführung subversiver Tätigkeiten bezichtigte. Man verfolgte damit ein klares Ziel: alle Patrioten aus der Marine zu entfernen.

Am 20. 8. 1973 fand ein Putschversuch der Luftwaffe statt. Er schlug fehl. Allende forderte den Rücktritt des Oberbe-

fehlshabers, der als Anführer aufgetreten war, und ernannte General Gustavo Leigh als Nachfolger. General Prats kommentierte: „Das Ergebnis: ein plumper, ehrgeiziger und mittelmäßiger Putschist wurde durch einen intelligenten, durchtriebenen und zehn Mal ehrgeizigeren Putschisten ersetzt“²². Leigh war einer der vier Verräter, die am 11. September 1973 die Macht an sich rissen.

Am 21. August führten mehrere Hundert Offiziersfrauen, darunter sechs Ehefrauen von Generälen, eine Demonstration gegen General Prats vor seiner Wohnung durch. Am Tag darauf forderte dieser als Oberkommandierender des Heeres den Generalsrat auf, die gegen ihn gerichteten Beleidigungen zu verurteilen. Von den 25 Generälen solidarisierten sich nur 6 mit ihm: Pinochet, Urbina, González, Brady, Sepúlveda und Pickering. Daraufhin reichte Prats seinen Rücktritt als Oberkommandierender des Heeres ein. Sein Nachfolger wurde General Pinochet. Auch die patriotischen Generäle Sepúlveda und Pickering, welche die in Santiago stationierten Truppen, d. h. die wichtigste Garnison des Landes befehligten, traten zurück. Damit ließ der patriotische Sektor der Streitkräfte alle Macht aus den Händen.

Die aufrührerischen Pläne der Faschisten hatten zum Erfolg geführt. Bedenkt man außerdem, daß sich zu diesem Zeitpunkt das soziale Kräfteverhältnis zugunsten der Faschisten verschoben hatte – sie hatten die Unterstützung breiter Kreise und aller Oppositionsparteien erreicht –, so wird deutlich, daß der Weg zum Putsch offen war.

IV. DIE MILITÄRPOLITIK DER REGIERUNG UND DER PARTEIEN DER UNIDAD POPULAR

Die Militärstrategie der Unidad Popular, sich auf den demokratischen Sektor der Streitkräfte zu stützen, war richtig, wurde jedoch nicht konsequent genug verfolgt. Dabei war es der beste Weg, die Putschisten zu neutralisieren oder im Falle eines Aufstandes über regierungstreue Militärkräfte zu verfügen, um ihn niederzuschlagen.

Die Militärpolitik der Volksregierung hatte mehrere positive Aspekte: man bemühte sich darum, die Isolierung der Streitkräfte von der sozioökonomischen Realität des Landes zu brechen; zu dem Prinzip der politischen Souveränität wurde die Verteidigung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit hinzugefügt und man übertrug hohen Offizieren Verantwortung bei der Leitung verstaatlichter Unternehmen. Die Ausrüstung des Militärs und seine Besoldung wurden verbessert.

Man beging aber auch ernsthafte Fehler: das Militärproblem wurde nicht genügend angegangen. Es fehlte eine umfassende und realistische Militärdoktrin. Die Unterwerfung der Streitkräfte unter die Zivilmacht, ihre politische Enthaltbarkeit und ihre rein professionelle Einstellung wurden überbewertet. Andererseits hat man den Klassencharakter des Offizierskorps und die Beeinflussung durch den US-Imperialismus unterbewertet.

Man trug nicht der Notwendigkeit Rechnung, den Staatsapparat und den Charakter der Streitkräfte zu verändern. Militärführer und leitende Carabineros, die sich renitent oder sogar offen aufrührerisch zeigten, beließ man viel zu lange im Amt. Man war sich nicht im klaren über die wirklichen Ideen und Absichten vieler Militärführer. Das gravierendste Beispiel ist General Pinochet, doch so wie er waren noch andere verkappte Faschisten vom Präsidenten für verantwortungreiche Ämter bestimmt worden. Dies beweist selbstmörderische Mängel im Informationsdienst der Regierung.

Auf dem Plenum ihres Zentralkomitees vom August 1977 übte die Kommunistische Partei bezüglich ihrer Militärarbeit ernste Selbstkritik. Man erklärte, daß das Fehlen einer Militärdoktrin ein sehr schwerwiegender Fehler war. Im Bericht wurde darauf hingewiesen, daß die Partei seit 1963 einigen ihrer Mitglieder eine militärische Ausbildung gab. Sie

zählte auf „etwa 1000 Mitglieder, die den Gebrauch verschiedener Arten von automatischen Waffen beherrschten, zum Teil auch Kenntnisse über militärische Taktik und Strategie und auf anderen Gebieten besaßen. Weitere 2000 hatten den Gebrauch kurzer Waffen gelernt, sich in der Selbstverteidigung und in verschiedenen Formen von Straßenkämpfen geübt“²³.

Aber all dies reichte nicht aus: die Kommunistische Partei „war nicht darauf vorbereitet, die Volksregierung auf jedem Gebiet erfolgreich verteidigen zu können“²⁴. Bezüglich der auf die Streitkräfte ausgerichteten Arbeit hat die Kommunistische Partei besonders im Dialog mit dem Heer eine wichtige Rolle gespielt. Mitglieder ihres Zentralkomitees „führten verschiedene Versammlungen mit mehreren Generälen durch und waren die Hautvermittler zwischen diesen und dem Genossen Allende“²⁵. Es wurde jedoch unterlassen, sich stärker auf die Unteroffiziere und die Truppe zu stützen, die von ihrer Klassenherkunft her der Volksregierung näher standen.

V. DIE ULTRALINKE UND DAS MILITÄRPROBLEM

Die Ultralinke (die MIR sowie Teile der zur UP gehörenden Sozialistischen Partei, MAPU und Christlichen Linken) widersetzten sich immer wieder einem Bündnis zwischen der Volksbewegung und dem patriotischen Sektor der Streitkräfte. Als das Kabinett UP-Streitkräfte-CUT gebildet wurde, gab die MIR am 8. 11. 1972 eine Erklärung heraus, in der sie die Arbeiter dazu aufrief, „die Bildung des Militärkabinetts zurückzuweisen . . . , weil es für das Volk gefährlich ist, Bündnisse, die mit hohen Offizieren in seinem Namen gemacht wurden, zu akzeptieren, ohne Garantien zu sichern und das Bündnis an ein Programm zu binden“²⁶. Die aufrichtige Haltung der Militärs, die von General Prats angeführt wurden und ihre Achtung vor dem Programm der UP bewiesen, wie falsch diese Einschätzung gewesen war. Doch das Sektierertum schwächte die Stellung der patriotischen Militärs und gab den Faschisten neuen Auftrieb. Die Ultralinken innerhalb der UP setzten nach den Parlamentswahlen vom März 1973 die Entlassung der patriotischen Militärs aus dem Kabinett durch und widersetzten sich später einem neuen Bündnis.

Ein weiterer Ausdruck von Sektierertum und falschen Einstellungen bei der Militärarbeit der Ultralinken wurde in ihrer Propaganda deutlich, die mechanistisch die Streitkräfte in horizontaler Form teilte und behauptete, der entscheidende Widerspruch sei der zwischen Offizieren und Truppe.

Die Arbeit der Ultralinken in Richtung auf die Streitkräfte wies auch große Mängel auf. Es wurde nicht die mindeste Maßnahme für konspirative Tätigkeiten beachtet und oft mit unverantwortlichem Infantilismus gehandelt. Außerdem gab die MIR ihre militärische Ausbildung öffentlich bekannt. Ihre „Milizen“ marschierten durch die Straßen: einige hundert Männer und Jugendliche mit Helmen und bewaffnet mit Stöcken. Diese konnten – außer daß sie den Faschisten Argumente lieferten – am 11. September 1973 keinerlei Widerstand leisten. Andererseits war die gesamte Aktion der MIR nicht darauf ausgerichtet, die Regierung der Werktätigen zu verteidigen, sondern verstand sich als Machtalternative zu ihr.

VI. DER PUTSCH VOM 11. SEPTEMBER 1973

Die vorübergehende Niederlage der Volksbewegung am 11. September 1973 war nicht nur militärischer sondern vor allem politischer Natur: „Die Isolierung der Arbeiterklasse erleichterte die Entfesselung der reaktionären Gewalt und machte eine bewaffnete Antwort der Arbeiterklasse und des Volkes . . . unmöglich, da sie einem massiven Opfer gleichgekommen wäre“²⁷.

Den Faschisten gelang es, die patriotischen Offiziere und

Soldaten zu neutralisieren (in der Nacht vom 10. zum 11. 9. 1973 wurden etwa 3 000 regierungstreue Soldaten ermordet) und die große Mehrheit der Streitkräfte und der Carabineros hinter sich zu bringen. Die Putschisten kannten außerdem die militärische Verteidigungsstrategie der UP und der CUT (letztere hatte etwa 10 000 Arbeiter in Selbstverteidigungsbrigaden organisiert). Deshalb führte sie einen vernichtenden Schlag durch, bei dem höchste Waffengewalt eingesetzt wurde.

Der Plan der Konterrevolutionäre, die von der CIA beraten und unterstützt wurden, wurde so angelegt und durchgeführt, daß es ihnen gelang, in wenigen Stunden die Situation unter Kontrolle zu bekommen und die Volksbewegung zu zersplittern. Hinzu kam noch, daß weder die Regierung noch die UP mit den regierungstreuen Militärs einen operativen Plan entwickelt hatten, um im Falle eines Putsches diesem wirkungsvoll entgegenzutreten zu können.

Trotz alledem kam es aber am 11. September zu Zusammenstößen. Nicht wenige Patrioten waren bereit, den Faschisten um jeden Preis entgegenzutreten. An vielen Orten wurde gekämpft. Aber der Kampfgeist allein war nicht genug. Dem Heldenmut waren durch die tatsächliche Machtlosigkeit Grenzen gesetzt. Es war unmöglich, den gesamten Streitkräften und Carabineros (insgesamt etwa 90 000 Mann), die außerdem noch mit der Unterstützung der Mehrheit der Bevölkerung zählen konnten, wirkungsvoll entgegenzutreten.

Am 11. September wurden auch gewisse Schwächen der Volksbewegung deutlich. Die Kommunistische Partei gab zu, daß in ihrem organisatorischen Apparat Mängel auftraten, „die eine gewisse Verbindungslosigkeit bewirkten, wodurch nicht einmal einige Widerstandsaktionen durchgeführt werden konnten, die den Zweck erfüllt hätten, den Rückzug auf mehr oder weniger bewußte Weise zu vollziehen und so ein jähes Abfallen der Moral der Massen zu verhindern“.²⁸

Andererseits hatte die richtige Entscheidung, unter den gegebenen Umständen keinen Kampf zu bieten, die positiven Folgen, daß die UP ihr Militärpotential bewahren konnte und viel patriotischen Militärs weiterhin in den Streitkräften blieben.

VII. DIE STREITKRÄFTE NACH DEM PUTSCH

Der chilenische Faschismus ist wegen der entscheidenden Rolle, die darin die Streitkräfte spielen, als Militärfaschismus bezeichnet worden. Die fehlende Massenunterstützung für die Diktatur wird durch militärische Gewalt ersetzt.

Die Tatsache, zu einem Werkzeug der Tyrannei geworden zu sein, hat sich auf die Militärs sehr negativ ausgewirkt. General Carlos Prats schreibt im Januar 1974 diesbezüglich: „Generale, Oberste, Majore, mit glänzenden Personalakten, Offiziere, die sich bei der Durchführung komplexer Militäraufgaben ausgezeichnet hatten, treten bei den neuen Verantwortungen, die ihnen die Junta gibt, mit der Ungeschicklichkeit von Kindern auf . . . Diese Männer, die für die Verteidigung der Heimat und für den Krieg vorbereitet wurden, gleichen ihre Unfähigkeit und Mängel für Regierungsaufgaben mit Repression und extremer Grausamkeit aus . . . Als Ergänzung dazu beginnt ein neues und trauriges Kapitel: das der Korruption“.²⁹

Die Repression hat auch vor Angehörigen der Streitkräfte nicht Halt gemacht. Dabei spielt die DINA, heute Nationale Informationszentrale (CNI), eine vorrangige Rolle. General Prats wurde am 30. September 1974 in Buenos Aires ermordet; General Bachelet starb im Gefängnis; Hunderte von Soldaten wurden verhaftet, gefoltert und des Landes verwiesen.

Seit 1975 wurden Widersprüche unter den Putschisten deutlich. Mehrere Generäle, die der Christdemokratischen Partei nahestanden und während des Putsches und in den ersten Monaten der Diktatur aktiv mitwirkten, mußten ihre Reihen



Im Penitenciaría von Santiago finden sich unter den politischen Gefangenen auch verfassungstreue Militärs aller drei Waffengattungen: Jorge Hernández Figueroa (9), Arturo Núñez Quintanilla (11), Sergio Fuentes Paredes (7), Juan Roidán Bernal (5), Juan Cárdenas Villablanca (6), Raúl Vergara Meneses (3), Luis Torres Valeria (10), Pedro Blas Castro (4), Ernesto Zúñiga Vergara (4), Jaime Salazar Jeldres (8), Pedro Lagos Carasco (1)

verlassen: General Bonilla, Innenminister der Junta, kam am 3. 3. 1975 bei einem ungeklärten Flugzeugunglück ums Leben; mehrere hohe Offiziere wurden in den Ruhestand versetzt: Vizeadmiral Justiniano am 30. 12. 1975, General Arellano Stark am 6. 1. 1976 und General Palacios am 9. 3. 1977. Im September 1977 sind weitere sieben Generäle des Heeres, darunter solche, die hohe Regierungämter innehatten, und fünf Admirale in den Ruhestand gerufen worden.

Auch gewisse Meinungsunterschiede unter den Juntamitgliedern traten an die Öffentlichkeit. Admiral Merino erklärte gegenüber der Zeitschrift *Ercilla*: „Ich wünsche nichts anderes, als möglichst bald zu gehen“ (26. 1. 1977) und versicherte wenig später, daß „wir bald Wahlen haben werden“ (20. 5. 1977). Dies wurde von Pinochet dementiert, der seinerseits einen langen Weg zu einer autoritären Demokratie ankündigte (9. 7. 1977), was wiederum von Leigh in Frage gestellt wurde, der behauptete, das könne nur von der Junta entschieden werden (11. 7. 1977).

Es zeigen sich auch Widersprüche zwischen den drei Waffengattungen und zwischen diesen und den Carabineros. Letztere fühlen sich versetzt und benachteiligt. Sie wollten u. a. ihren Flugzeug- und Kleinpanzerbestand erneuern. Doch die Luftwaffe bzw. das Heer widersetzten sich. Außerdem wird auch der Besoldungsunterschied zwischen Militärs und Carabineros immer größer.

Ein weiterer Schwierigkeitsherd für die Faschisten ist die wachsende Ablehnung der Geheimpolizei Pinochets durch die Mitglieder der Streitkräfte und Carabineros. In einem der vielen Entführungsfälle, in dem des ehemaligen Stadtverordneten von Concepción, Carlos Contreras Maluje, erklärten drei Carabinero-Offiziere vor dem Berufungsgericht, Zeugen seiner Verhaftung durch die DINA gewesen zu sein. Die allgemeine Abscheu, die die Geheimpolizei weckte, zwang Pinochet dazu, die DINA umzutauften: Jetzt heißt sie Nationale Informationszentrale (CNI), doch die demagogische Maßnahme hat weder die Struktur noch die Methoden der DINA geändert. Das Scheitern der Junta, die wirtschaftliche Krise, der Terror und das Abbröckeln der sozialen und politischen Basis der Diktatur haben viele Soldaten, die anfangs an die Versprechen der Verrätergeneräle geglaubt hatten, die Augen geöffnet.

Andererseits gewinnt die Aktion der patriotischen Militärs, die im Exil leben, nachdem sie verhaftet, gefoltert und aus der Heimat verwiesen wurden, immer größere Bedeutung. In mehreren Städten haben sie sich organisiert. Am 4. April 1977 gab General Sergio Poblete in Brüssel die Konstituierung der Demokratischen Chilenischen Streitkräfte im Ausland, Abteilung Belgien, bekannt. Einen Tag darauf wurde die entsprechende Organisation in Großbritannien gegründet

und später in der DDR, Bulgarien und anderen Ländern. Die Aktion dieser patriotischen Soldaten hat nicht nur im Ausland sondern auch in Chile ein großes Echo. Die Junta reagierte darauf, indem sie am 23. 9. 1977 durch eine Gesetzesverfügung General Sergio Poblete die chilenische Staatsangehörigkeit absprach.

VIII. DIE UNIDAD POPULAR UND DIE ZUKUNFT DER STREITKRÄFTE

Für die Volksbewegung gibt es keine Trennung zwischen Zivilkräften und Militär, sondern zwischen Faschisten und Nichtfaschisten. Die Soldaten, die sich der Verbrechen gegen das Volk schuldig gemacht haben, werden verurteilt und hart gestraft werden. Die anderen erwartet ein Platz an der Seite des Volkes.

Das August-Plenum der Kommunistischen Partei erarbeitete einige Vorschläge zur Gegenwart und Zukunft der Streitkräfte:

- „Die Kommunistische Partei mißt der Beteiligung der antifaschistischen und nichtfaschistischen Militärs am Kampf zur Beendigung von Pinochets Tyrannei und zum Wiederaufbau unserer Heimat eine besondere Bedeutung zu“.³⁰
- „Es besteht die Notwendigkeit tiefgreifender demokratischer Veränderungen der Struktur der Streitkräfte“.³¹
- „Wir sind nicht der Ansicht, daß die Militärs gezwungen werden sollen, ihre Eigenschaft als Staatsbürger aufzugeben. Wir schlagen nicht als Lösung für die gegenwärtige Lage die einfache ‚Rückkehr in die Kasernen‘ vor. Wir glauben, daß man sich die Integrierung der Militärs in die Gesellschaft vornehmen muß“.³²
- „Davon ausgehend, daß es innerhalb der Streitkräfte wirkliche patriotische Soldaten gibt und trotz allem immer geben wird, spricht sich die Kommunistische Partei dafür aus, daß in der Regierung, die der Ausdruck der breiten Einheit sein soll, zu der wir beitragen wollen, auch die demokratischen Kreise der Streitkräfte einen Platz haben müssen“.³³

Schon in der ersten Erklärung, die von der Unidad Popular in Chile nach dem Putsch herausgegeben wurde, heißt es: „Die politische Entwicklung, welche die Streitkräfte und Carabineros durchmachen werden, ist ein Faktor, der sowohl den Charakter als auch die Form des antifaschistischen

Kampfes entscheidend mitbestimmen wird. . . Das Volk weiß, daß es innerhalb der Streitkräfte Verbündete finden wird“.³⁴

Anmerkungen

- 1) B. Ponomarjov, La situación mundial y el proceso revolucionario. In: Algunas cuestiones del movimiento revolucionario. Editorial Internacional Paz y Socialismo, Prag 1975, S. 271
- 2) El Mercurio, Santiago, 8. 5. 1970
- 3) Zit. nach E. Labarca, Chile al Rojo, Mexiko 1971, S. 43
- 4) H. W. Bartsch u. a., Chile. Ein Schwarzbuch, Köln 1974, S. 81
- 5) V. Teitelboim, Reflexiones sobre los 1000 días del gobierno de la Unidad Popular, in: Revista Internacional, Nr. 1 Januar 1977, S. 37
- 6) Prats, Carlos, Una vida por la legalidad, Mexiko 1976, S. 112
- 7) F. Rivas und E. Reimann, Die Streitkräfte Chiles: Ein Fall imperialistischer Durchdringung, Frankfurt/Main 1977, S. 101
- 8) ebenda, S. 17
- 9) ebenda, S. 11
- 10) Vgl. M. Cantero, Rolle und Charakter der äußeren Faktoren. Lehren der Ereignisse in Chile, in: Probleme des Friedens und des Sozialismus, Prag, Nr. 8 1977, S. 1049
- 11) Vgl. Boletín Informativo, Havanna, Nr. 84/Februar 1976, La Habana
- 12) Zit. nach F. Rivas und E. Reimann, a. a. O., S. 32
- 13) ebenda, S. 13
- 14) C. Prats, a. a. O., S. 87
- 15) Los Angeles Times, 29. 12. 1973, zit. nach: J. Garcés, Allende y la experiencia chilena, Barcelona 1976, S. 284
- 16) ebenda, S. 285
- 17) L. Corvalan, Informe al Pleno de Agosto 1977 del Comité Central del Partido Comunista de Chile, Hektographiert, Frankfurt/M. 1977, S. 30
- 18) J. Garcés, a. a. O., S. 290
- 19) C. Prats, a. a. O., S. 50 f.
- 20) O. Millas, El libro der J. E. Garcés sobre Allende y la experiencia chilena, in: Boletín exterior del Partido Comunista de Chile, Nr. 22/März-April 1977, S. 41 f.
- 21) C. Prats, a. a. O., S. 58
- 22) ebenda, S. 75
- 23) L. Corvalan, a. a. O., S. 32 f.
- 24) ebenda, S. 33
- 25) ebenda, S. 28 f.
- 26) El Mercurio, Edición Internacional, 6.-12. 11. 1972, S. 8
- 27) R. Castillo, Chile: enseñanzas y perspectivas de la revolución, Hektographiert, Frankfurt/M. 1974, S. 17
- 28) L. Corvalan, a. a. O., S. 37
- 29) C. Prats, a. a. O., S. 113 f.
- 30) L. Corvalan, a. a. O., S. 66 f.
- 31) ebenda, S. 68
- 32) ebenda, S. 68
- 33) ebenda, S. 71
- 34) Unidad Popular, Declaración desde el Interior, Santiago, 1. 5. 1974, Hektographiert in Frankfurt/Main, S. 8 f.

Ulrich Rupp / Konstanze Wetzel

Das Treiben des »Deutsch-Chilenischen Freundeskreises«

Der Aufwertung der faschistischen Pinochet-Junta diene eine als vollkommen „unpolitisch“ getarnte Reise des Deutsch-Chilenischen Freundeskreises am 19. 11. 1977 nach Chile aus Anlaß des 125. Jahrestages der deutschen Einwanderung nach Chile.

Diese Goodwill-Tour wurde in Gemeinschaftsarbeit mit dem chilenischen Pendant des Freundeskreises, dem Deutsch-Chilenischen Bund (DCB) in Santiago organisiert. Der Deutsch-Chilenische Bund versteht sich als die Führung der 200 000–300 000 Chilenen deutscher Abstammung, die meist wohlhabend sind, zum oberen Mittelstand gehören und eine konservative Grundhaltung mitbringen und bis in höchste staatliche Stellen einschließlich der Armee vorrückten

(Kraushaar, Ackerknecht).

In einem Antwortschreiben vom 30. 4. 1977 an den DCB-Vorsitzenden Prof. Max Müller (siehe Kasten), bedauerte Außenminister Genscher, aus „Termingründen“! nicht an dem Festakt am Einwanderungsdenkmal „Unseren Ahnen“ auf dem Totoralhügel bei Llanquihúe teilnehmen zu können. Er sagte allerdings zu, Staatssekretärin Hamm-Brücher oder den Santiagoer BRD-Botschafter Strätling stellvertretend zu schicken, dessen Konsularbeamte im Konzentrationslager Colonia Dignidad ein- und ausgehen¹. Man sah sich jedoch schließlich zum Verzicht auf eine Entsendung Hamm-Brüchers veranlaßt, nachdem sozialdemokratische Abgeordnete gegen diese Pläne energischen Protest erhoben. U. a. wies

Genscher - Brief

Herrn
Professor Dr. Max Müller
Vorsitzender des Deutsch-Chilenischen Bundes
Santiago de Chile

Sehr geehrter Herr Professor Müller!

Ich danke Ihnen für Ihre freundliche Einladung zur Teilnahme an der 125-Jahrfeier der Deutschen Einwanderung in Chile, die am 19. November 1977 in Llanquihue stattfinden soll.

Dieses Datum ist ein Jubiläum, das die alte und neue Heimat der Deutsch-Chilenen, Deutschland und Chile, in besonderer Weise verbindet. Daher bedauere ich es, aus Termingründen nicht nach Llanquihue reisen zu können.

Herr Botschafter Strätling wird über die Bundesregierung bei der Feier am Ahnenstandort in Llanquihue offiziell vertreten und die aufrichtigsten Wünsche der Bundesrepublik Deutschland für eine weitere glückliche Zukunft der Deutsch-Chilenen und ihrer neuen Heimat Chile überbringen.

Ihre Bitte um eine deutsche materielle Förderung des Festes lasse ich derzeit prüfen.

Mit freundlichen Grüßen



der SPD-Abgeordnete Dr. Corterier in der Fragestunde des Bundestages darauf hin, daß alle politischen Parteien Chiles, einschließlich der Christdemokraten, von der Teilnahme an dem Jubiläum abgeraten hätten².

Daß dieser Besuch als eine politische Demonstration für die Junta angelegt war, geht aus folgendem hervor: Schon am 15. 3. 1976 beklagte sich der Präsident des Deutsch-Chilenischen Freundeskreises, Konsul Dr. Fritz Bohmüller, Wirtschaftsjurist und seit 1960 Bevollmächtigter der Howaldtswerke-Deutsche Werft AG, in einem Memorandum zur Konzipierung dieser Reise darüber, daß Chile in der bundesdeutschen Öffentlichkeit „durch die seit dem 11. 9. 1973 andauernden Hetzkampagnen der politisch links eingestellten Presse sowie durch Fernseh-Berichte und Rundfunksendungen nach wie vor sehr negativ beurteilt“³ würde. Eine Änderung dieses Zustandes sei am besten dadurch zu erreichen, „daß maßgebliche und einflußreiche Persönlichkeiten nach Chile reisen (sollten), um sich dort selbst ein Bild von der wirklichen Situation zu machen . . . Natürlich müßte Sorge getragen werden, daß einflußreiche Journalisten . . . an der Reise und an den Veranstaltungen beteiligt werden. Die Propagandawirkung in Deutschland wäre zweifellos groß“⁴.

Diese Reise darf in der Tat als das wohl spektakulärste Unternehmen des Freundeskreises gewertet werden. Bereits im Oktober 1973 hatte er sich unmittelbar nach dem faschistischen Putsch unzweideutig zu Wort gemeldet, um „angesichts der kritischen Situation in Chile“ Geld für Saatgetreide und Saatkartoffeln zu sammeln. Entsprechende Aufforderungen zu Spenden ergingen an das Bonner Finanz- und Innenministerium. Als Unterzeichner trat der CDU-Abgeordnete Gewandt auf. Bis Anfang 1974 wurden 40 000 DM gesammelt und „ein erster Scheck über 25 000 DM wurde nach Angaben Bohmüllers ‚im Rahmen eines schlichten Feieraktes‘ dem Junta-General Mendoza überreicht“⁵.

Das ganze Ausmaß der Kollaboration mit den faschistischen Machthabern wird aus der Trägerschaft des 250 Mitglieder umfassenden Freundeskreises deutlich. In den Leitungsgremien Präsidium und Kuratorium sind neben den CDU-Abgeordneten Gewandt und Frh. von Kühlmann-Stumm beispielsweise der Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt

Dr. Lothar Lahn und Generalleutnant a. D. Albert Schnez vertreten. Zur weiteren Mitgliederprominenz gehören Dr. Rudolf Baetzgen, Ministerialdirektor im Wirtschaftsministerium, und weitere Bundeswehrgeneräle aller drei Waffengattungen neben Bankenvertretern und Vertretern bundesdeutscher Großkonzerne, so der 1975 als Vorstandsvorsitzender der Norddeutschen Affinerie fungierende Paul Hofmeister. Seine Gesellschaft besitzt 40 % der Anteile der Deutschen Gießdraht GmbH Emmerich (ebenfalls 40 % sind im Besitz des chilenischen Staates), die bekanntlich einen auf 27 Jahre befristeten Vertrag geschlossen hat, der eine jährliche Zulieferung von 120 000 t Kupfer aus Chile garantiert. Die Norddeutsche Affinerie ist ihrerseits zu gleichen Teilen im Besitz der Degussa und der Metallgesellschaft AG (Jahresumsatz 1976: ca. 7 Mrd DM), die mit laufenden Investitionen von 96 Mio DM und Kapitalzusagen in Höhe von 87 Mio DM größter BRD-Investor in Chile ist⁶.

**„Freunde“ der Junta:
Konzernspitzen, Generäle, CDU/CSU-Politiker**

Der hohe Anteil von Beamten aus Regierungsstellen und Ministerien im Freundeskreis läßt Rückschlüsse auf die veränderte Politik des Interministeriellen Ausschusses (IMA) der Bundesministerien für Wirtschaft, Finanzen, Auswärtiges und wirtschaftliche Zusammenarbeit seit dem Putsch im Jahre 1973 zu. Dieses Gremium legt die Ausfuhrbürgschaften und -garantien für privatwirtschaftliche Unternehmungen bundesdeutscher Firmen fest. Hatte der Ausschuß während der Regierungszeit Allendes die Geschäfte von BRD-Firmen nur bis zur Höhe von 250 000 DM abgesichert, so erhöhte er diese Summe durch den Beschluß vom 30. 11. 1976 auf 2,5 Mio DM. In der Begründung heißt es, daß „in jüngster Zeit . . . eine zunehmende Nachfrage der Exportwirtschaft nach Deckungsmöglichkeiten für Kreditgeschäfte mit Chile zu beobachten (sein)“⁷.

Dieses Beispiel zeigt erneut, daß die bundesrepublikanischen Konzernherren es verstanden haben, hohe staatliche Stellen für ihre Ziele einzuspinnen, die auf die Aufrechterhaltung der faschistischen Pinochet-Politik hinarbeiten.

Anmerkungen

- 1) Vgl. AIB, Nr. 5/1977
- 2) Vgl. Protokoll des deutschen Bundestages, 8. 9. 1977
- 3) Zit. nach Memorandum des Deutsch-Chilenischen Freundeskreises e.V., Bonn, 15. 3. 1976
- 4) Ebenda
- 5) Nürnberger Nachrichten, 12. 2. 1974
- 6) Vgl. H. Hoffmann, Kein Kredit für Grundrechte, in: Vorwärts, 6. 10. 1977. Zur weiteren Investitionstätigkeit bundesdeutscher Unternehmen siehe W. Huismann, Die Beziehungen der BRD zum Chile Pinochets, in: AIB-Sonderdruck 2/1977, S. 17-23
- 7) Zit. nach Vorwärts, 6. 10. 1977

G. Stuby
E. Wulff
(Hrsg.)

Nürnberger
Verhandlungen
gegen die
Verbrechen der
Militärjunta
in Chile

Gerhard Stuby / Erich Wulff (Hrsg.)
**Nürnberger Verhandlungen
gegen die Verbrechen der
Militärjunta in Chile**

Kleine Pahl-
Bibliothek Rugenstein

Kleine Bibliothek Bd. 110, ca. 280 Seiten, DM 14,80
ISBN 3-7609-0322-3

Die „Nürnberger Verhandlungen gegen die Verbrechen der Militärjunta in Chile“ fanden im November 1976 in Bonn und Nürnberg statt.
Juristen, Völkerrechtler, Wirtschaftswissenschaftler und Historiker aus Europa und den Vereinigten Staaten legten die Verbrechen des Pinochet-Regimes anhand der Rechtsnormen bloß, die die Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse und die daraus abgeleiteten Völkerrechtsprinzipien in den vergangenen 30 Jahren setzten.
Zusammen mit den Aussagen chilenischer Zeugen und den Darstellungen führender Repräsentanten der Unidad Popular zeichnen die „Nürnberger Verhandlungen“ die Anatomie eines faschistischen Systems, das in vielen Zügen dem Hitlerfaschismus außerordentlich ähnlich ist.

Unidad Popular / Sozialistische Internationale

Kommuniqué der Rotterdamer Konferenz

An der unter der Schirmherrschaft der Sozialistischen Internationale, der Partei der Arbeit und des Instituts für das Neue Chile durchgeführten „Konferenz über die zukünftigen Perspektiven für Chile“ nahmen die Sozialistische Internationale, die Holländische Partei der Arbeit und andere Mitgliedsparteien der Sozialistischen Internationale, die Internationale Föderation Freier Gewerkschaften (IBFG), das Institut für ein Neues Chile, die Parteien der chilenischen Unidad Popular und das Auslandskomitee der chilenischen Einheitszentrale der Werktätigen (CUT) teil. Die Christdemokratische Partei war ebenfalls eingeladen worden. Aus Gründen, die wir akzeptieren müssen, konnte sie nicht teilnehmen; aber sie übersandte ein inoffizielles Memorandum. Die Konferenz fand in Rotterdam, Holland, vom 29.–31. August 1977 statt.

Übereinstimmung wurde über folgende Prinzipien und Empfehlungen zur Verstärkung der Solidaritätsaktionen mit dem Kampf des chilenischen Volkes für Freiheit, Demokratie und soziale Gerechtigkeit erzielt. Die Grundprinzipien, nach denen wir arbeiten, sind:

1. Wir kämpfen für Freiheit und Gleichheit
2. Wir bekämpfen die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen
3. Wir haben gemeinsame Feinde: den Imperialismus, den Kapitalismus, den Faschismus und den Rassismus.

Auf der Grundlage dieser Prinzipien ist es unsere Pflicht, die Solidaritätsarbeit mit dem chilenischen Volk aufzubauen und zu intensivieren.

Die Sozialistische Internationale hatte alle demokratischen politischen Parteien Chiles sowie die Einheitszentrale der Werktätigen, die Gewerkschaftsorganisation Chiles, eingeladen.

Die Konferenz nahm das von der Christdemokratischen Partei Chiles übersandte inoffizielle Memorandum, das einige Fragen offen läßt, zur Kenntnis. Die hauptsächlichste offene Frage besteht dabei darin, daß die Rolle der politischen Parteien im Prozeß der Demokratisierung nicht genügend klar zum Ausdruck kommt. Für den Prozeß der Wiedererrichtung einer pluralistischen Gesellschaft ist es wichtig, daß diese Rolle klar definiert wird. Die Konferenz unterstreicht erneut die Bedeutung, die sie der Existenz politischer Parteien als Ausdruck einer pluralistischen Demokratie beimißt.

Bezüglich der gegenwärtigen Situation in Chile nahm die Konferenz Berichte über die fortgesetzte Verletzung der Menschenrechte in diesem Land, deren schmerzlicher Ausdruck im Verschwinden von Menschen besteht, zur Kenntnis. Die ökonomische Situation zeigt keine Anzeichen von Verbesserung; das Gegenteil ist der Fall; es gibt einen Mangel an Investitionen, hohe und wachsende Arbeitslosigkeit und eine hohe Inflationsrate. Das heute in Chile herrschende politische Regime hat sowohl im nationalen als auch im internationalen Maßstab seine Glaubwürdigkeit verloren.

Die Konferenz ist der Auffassung, daß neue Konzepte für die politischen und ökonomischen Strukturen der chilenischen Gesellschaft entwickelt werden müßten, die darauf gerichtet sind, den dem Sturz des Regimes folgenden Demokratisierungsprozeß zu erweitern und zu vertiefen. Diesbezügliche Anstrengungen, die von der Unidad Popular, den verschiedenen politischen Parteien und den Gewerkschaften unternommen wurden, sollten sowohl innerhalb Chiles, als auch in anderen Teilen der Welt fortgesetzt werden. Das Institut für das Neue Chile in Rotterdam wird diese Anstrengungen unterstützen.

Wir empfehlen, daß in jedem Land Solidaritätsprogramme erarbeitet werden, die sowohl für kurzfristige als auch für langfristige Aktivitäten und Kampagnen als Grundlage dienen. Dasselbe sollte auf internationalem Gebiet geschehen.

Das Chilekomitee der Sozialistischen Internationale muß zur Erreichung dieses Ziels seinen Beitrag leisten.

Die wichtigsten kurzfristigen Aufgaben sind folgende:

1. Die Chilefrage muß an vorderster Stelle auf die Tagesordnung sowohl der Vereinten Nationen und der Internationalen Arbeitsorganisation als auch anderer Spezialorganisationen gesetzt werden. Ziel

muß es sein, die faschistische Militärjunta zu verurteilen, da sich ja nichts verändert hat.

2. Keine Anleihen und Kredite mehr von internationalen Finanzinstitutionen, Abschrecken der privaten Wirtschaftshilfe für das faschistische Regime in Chile, Zurückziehen jeglicher staatlicher Garantien für private Investitionen. Es ist deshalb von größter Wichtigkeit, daß alle Mitgliedsparteien der Sozialistischen Internationale mit dem Ziel arbeiten, weitere Anleihen und Kredite für die Junta zu stoppen und wenn möglich, Anleihen und Kredite, die bereits gewährt wurden, zurückzuziehen.

3. Durch den Generalsekretär der Vereinten Nationen muß gefordert werden, daß das chilenische Regime Auskunft über die in Chile verschwundenen Personen gibt. Ebenso ist es erforderlich, daß die Mitgliedsparteien der Sozialistischen Internationale große Anstrengungen unternehmen, um Kampagnen für die Verschwundenen zu initiieren oder an ihnen teilzunehmen.

4. Es muß die sofortige Wiederherstellung aller politischen und gewerkschaftlichen Freiheiten und die Freilassung aller politischen Gefangenen gefordert werden. Es ist wichtig, weiterhin die Aktivitäten der Geheimpolizei zu brandmarken.

5. Es ist notwendig, die Möglichkeiten für effektive Maßnahmen zur Isolierung der Militärjunta zu studieren, einschließlich der Möglichkeit ökonomischer Sanktionen.

6. Alle Regierungen werden aufgefordert, Waffenlieferungen und die Ausbildung militärischen Personals sofort einzustellen.

7. Es ist notwendig, daß die Regierungen ihre Aktivitäten hinsichtlich der Visagewährung für noch in Chile in Haft befindliche Personen koordinieren.

8. Die Entsendung von Delegationen politischen, gewerkschaftlichen und humanitären Charakters nach Chile ist zu verstärken. Diese Delegationen sollten, wie auch immer, Kontakt zu den demokratischen Parteien und Gewerkschaften Chiles aufnehmen. Daneben sollten die Mitgliedsparteien der Sozialistischen Internationale bestrebt sein, auf diesem Gebiet mit ihrer Schwesterpartei, der Radikalen Partei Chiles, zusammenzuarbeiten.

9. Die Regierungen, die diplomatische Beziehungen zu Chile unterhalten, sollten immer wieder versuchen, bei der chilenischen Regierung in der Frage der Menschenrechte vorstellig zu werden und aktuelle Informationen über die Situation zu erhalten.

Die Vereinigten Staaten tragen eine spezielle Verantwortung hinsichtlich ihrer Rolle bei der Entwicklung der augenblicklichen Situation in Chile.

Die Haltung der gegenwärtigen Regierung der Vereinigten Staaten zur Frage der Menschenrechte hat auf diesem Gebiet gewisse Erwartungen geweckt. Der Vorschlag, General Pinochet zur Teilnahme an der Zeremonie anlässlich der Unterzeichnung des Panama-Kanal-Abkommens einzuladen, würde in gewissem Sinne eine Legitimierung des Regimes bedeuten und kann daher als ein ernsthafter Schritt zurück in der USA-Haltung zu den Menschenrechten betrachtet werden. Das hat unter den Teilnehmern der Konferenz große Besorgnis und Enttäuschung hervorgerufen.

Das Chile-Komitee sollte diesen Vorschlag aufgreifen und ein Programm ausarbeiten, das dann dem Büro der Sozialistischen Internationale vorgelegt werden kann.

Anmerkung der Schriftleitung:

An der Konferenz nahmen als Vertreter

Carlos Altamirano, Jorge Arrate von der Sozialistischen Partei, Volodia Teitelboim und Orlando Millas von der Kommunistischen Partei,

Felipe Ramirez und Luis Maira von der Christlichen Linken,

Anselmo Sule und Carlos Parra von der Radikalen Partei,

Javier Ossandon und Jaime Gazmuri von den MAPU-Parteien und Clodomiro Almeyda, Generalsekretär der Unidad Popular teil.

Als Gäste nahmen Vertreter der Gewerkschaften teil.

(Quelle: Unidad Popular - Chile. Secretaria Ejecutiva, Comunicado de la Conferencia Sobre Perspectivas Futuras de Chile, Berlin, Oktober 1977)

J. Rodriguez Absage an Bermudez' Rechtskurs



General Bermudez (l.); Generalstreik vom Juli 1977, angeführt von der stärksten Gewerkschaft Perus, der KP-nahen CGTP

Die konservative und gegen das Volk gerichtete Tendenz des peruanischen Militärregimes, die im Verlauf des Jahres 1976 offenbar geworden war und die zur Entlassung der noch verbliebenen progressiven Offiziere wie z. B. der Generale Jorge Fernandez Maldonado und Armando Valdés geführt hatte, wurde in den letzten Monaten des Jahres 1976 und zu Beginn des Jahres 1977 noch ausgeprägter.

Der rapide Anstieg der Preise, der 1976 44,8 % betrug, hatte eine massive Unzufriedenheit mit der Wirtschaftspolitik der Regierung von Morales Bermudez hervorgerufen und zu einer wachsenden Suche nach einer linken Alternative geführt. In den ersten Monaten des Jahres 1977 verkündete die Regierung einen Notstandswirtschaftsplan, der auf eine weitere Reduzierung des Lebensstandards der Arbeiter und auf eine Rückkehr zu der orthodoxen liberalen Wirtschaftspolitik hinauslief, die 1968 als die einzige Alternative zur wachsenden Wirtschaftskrise aufgegeben worden war. Die Antwort der Organisationen der Arbeiterklasse war entschieden. Sie nahm die Form des wirkungsvollsten, diszipliniertesten und einheitlichsten Generalstreiks an, den Peru seit Beginn dieses Jahrhunderts erlebte. Im Zuge des Generalstreiks löste die Regierung eine massive Welle der Repression aus, die auf die Führung der progressiven Gewerkschaftsorganisation abzielte, und bereitete gleichzeitig die Bedingungen für einen Übergang der Macht an einen Block aus den traditionellen bürgerlichen Parteien vor.

Im November 1976 wurde eine neue linke politische Kraft, die Revolutionäre Sozialistische Partei (PSR) gegründet, die ein Manifest veröffentlichte, das eine Fortführung der Reformen der Velasco-Periode in eine sozialistische Richtung hin fordert (siehe Kasten). Die PSR stellt eine unmittelbare politische Bedrohung für die Regierung Morales Bermudez dar, da sie eine Koalition aus hohen Offizieren und radikalisierten Intellektuellen repräsentiert, die über den Nationalen Landwirtschaftsbund (CNA) und den Bund der Werktätigen der Peruanischen Revolution (CTRP) über eine klare Unterstützung in Teilen der Bauernschaft und der Arbeiterklasse verfügt.

Trotz der Aufrechterhaltung der Außerkraftsetzung von Verfassungsgarantien und des Kriegsrechts erlaubte die Regierung das Wiedererscheinen von sieben Zeitungen und behauptete, daß diese Maßnahme eine „demokratische Öff-

nung“ bedeute. Tatsächlich aber ist dies ein weiterer Schritt hin zur Wiedererrichtung der bürgerlichen politischen Macht, da sechs dieser Zeitungen ganz klar rechts sind und einzig die Unidad, das Organ der Kommunistischen Partei Perus (PCP), links steht. Marka und andere militante Blätter bleiben verboten. Der „demokratischen Öffnung“ folgte sechs Tage später, am 8. Januar d. J., die Deportation von vier Führern der PSR: Leonidas Rodriguez, Armando Valdés, Jorge Dellepiane und Manuel Benza. Gleichzeitig kam es zu intensiven Kontakten zwischen den führenden rechten Parteien, der Volksallianz (APRA), der Volksaktion (PAP) und der Christlichen Volkspartei (PPC), um sich die günstigsten Bedingungen zu verschaffen für die erwartete Lösung der politischen Krise durch Wahlen.

Am 6. Februar veröffentlichte Morales Bermudez den „Plan Tupac Amaru“, den langerwarteten Plan der Regierung für die zweite Phase der Revolution, der den radikaleren Plan INCA (Wortlaut in: AIB, Nr. 2/1975) ersetzen sollte.

Der erklärte Zweck des Plan Tupac Amaru ist, „den revolutionären Prozeß zu konsolidieren, und die Möglichkeit zu verhindern, daß er sich hinbewegt zu einer kommunistischen Planwirtschaft oder, als Reaktion darauf, zurück zu den überwundenen Formen eines vorrevolutionären Kapitalismus“ (so der Plan Tupac Amaru). Er gibt auch das Ziel der Velasco-Regierung, die Schaffung eines dominierenden „sozialen Sektors“ in der Wirtschaft, auf und unterminiert den kleinen Machtanteil, den die Arbeiterklasse im kapitalistischen Sektor erreicht hatte, indem die Notwendigkeit einer Reform des Gesetzes über die Arbeitergemeinschaften (Comunidades Laborales) erklärt wird, um die „Investitionen zu fördern“ und um die „Leitung der Unternehmen durch die Unternehmer zu garantieren“.

Der Monat Februar endete mit der Besetzung der Nationalen Universität für Erziehung (La Cantuta) durch die Polizei und der Festnahme von 650 Studenten. Die Regierung behauptete, daß sie zu einem „Zentrum der marxistisch-leninistischen Indoktrination“ geworden sei.

Während des Monats März eskalierten die reaktionären Kräfte innerhalb wie auch außerhalb der Regierung ihre Offensive weiter. Die traditionellen Parteien, unzufrieden selbst mit dem neuen Inhalt des Plan Tupac Amaru, versuchten weiterhin, dem Regime eine klare Erklärung hinsichtlich des Zeitpunktes und der Bedingungen für allgemeine Wahlen abzupressen, während gleichzeitig weitere massive Entlassungen von militanten Gewerkschaftern nach dem Dekret Nr. 11-76-TR erfolgten. Dieses Dekret hatte die Kapitalisten in die Lage versetzt, 1976 im Gebiet Lima 32 000 Arbeiter zu entlassen und so die Arbeiterbewegung ernsthaft geschwächt.

Auf der internationalen Ebene drückte sich der Schritt nach rechts in engeren Beziehungen zu Argentinien und Brasilien und in einer freundlicheren Haltung gegenüber Chile aus. Am 3. März zeichnete Morales Bermudez den argentinischen Präsidenten Videla mit dem „Sol de Peru“ aus, dem höchsten vom peruanischen Staat zu vergebenden Orden. Am 14. März folgte die Auszeichnung von General Pinochet mit dem „Cruz Peruana al Merito Militar“, dem höchsten Orden der peruanischen Armee, und die Erklärung von Generalleutnant Gastón Zapata, dem Oberbefehlshaber der Peruanischen Zivilpolizei, daß die chilenischen Carabineros „das heiligste Menschenrecht, das Recht auf Leben, verteidigen“. Im Mai

akzeptierte die peruanische Regierung die Ernennung von Harry Schlaudemann, einem bekannten CIA-Agenten, der in den Putsch gegen Allende verwickelt war, zum US-Botschafter, und im folgenden Monat schloß sie ein Militärabkommen mit den USA ab, dessen Zweck der Austausch von militärischen Instruktoren ist.

Obwohl er sich bereit erklärte, eine Delegation des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes der Werktätigen Perus (CGTP) zu empfangen, ignorierte Morales Bermudez während dieser ganzen Zeit die Forderungen der Arbeiter, insbesondere die nach Aufhebung des Dekrets Nr. 11-76-TR, das zum Hauptinstrument für die Neutralisierung der Gewerkschaftsführer geworden war.

Ganz im Gegenteil, im Mai wurde ein weiterer Schritt nach rechts getan. Der Präsident gab dem Prozeß der Wiederbelebung der traditionellen bürgerlichen Parteien einen zusätzlichen Anstoß, indem er offizielle „Konsultationen“ mit diesen einleitete und im Gefolge einer Kabinettskrise den ersten zivilen Minister, Walter Piazza Tangüis, ernannte, den er direkt aus den Reihen der proimperialistischen Teile der Bourgeoisie holte. Piazza ist bekannt dafür, daß er direkt die Ansichten und Interessen der multinationalen Konzerne (der von ihm ernannte Vizeminister war ein Angestellter von

Eckdaten der Wirtschaftsentwicklung Perus

	1968	1970	1973	1976
Wirtschaftswachstum (in %)	4,4	7,3	5,4	1,6
Verbraucherindex (in Lima/1968 = 100)	100	112	140	315
Inflationsrate (in %)	19,11	5,02	9,52	44,68
Index der Reallohnentwicklung (1968 = 100)	100	101,4	133,8	91,0
Handelsbilanzsaldo (in Mio US-Dollar)	+236,9	+431,0	+79,0	-611,0
Auslandsverschuldung (in Mio US-Dollar)	-	979	1447	4023

Chrysler) und des Finanzkapitals repräsentiert. Daher bedeutete die Ernennung von Piazza eine endgültige Kapitulation vor den Forderungen des Internationalen Währungsfonds (IMF) nach einer „strengen Sparpolitik“, bezahlt von den Arbeitern und mit einem „roll back“ der Reformen.

Am 10. Juni verkündete Piazza im Fernsehen ein neues „Notstandsprogramm“, das in seinem Angriff auf die Interessen der Arbeiterklasse sogar noch weiter ging als die gegen das Volk gerichteten Maßnahmen, die 1976 durchgeführt wurden und die der Plan Tupac Amaru enthielt. Die Hauptpunkte des „Notstandsprogramms“ waren:

- eine Senkung der Regierungsausgaben um 8 %, die wesentliche Dienstleistungen für die Bevölkerung z. B. im Gesundheits- und Bildungsbereich traf;
- eine drastische Einschränkung des Imports von Rohstoffen und Ausrüstungen für den staatlichen Sektor, die das Gleichgewicht noch stärker zugunsten des kapitalistischen Sektors verschob;
- die Verdopplung des Preises für Benzin und andere Brennstoffe (was sich unmittelbar in den Transportpreisen niederschlagen würde), und ein 30 %iger Anstieg der Preise für Grundnahrungsmittel;
- die Löhne sollten unterdessen weiterhin relativ eingefroren bleiben mit einem höchstens 15 %igen Anstieg für eine kleine Minderheit der Arbeiter.

Als ob diese „kurzfristigen“ Maßnahmen noch nicht genug wären, liefen die „langfristigen“ Ziele auf nichts weniger hinaus als auf die Rekonsolidierung eines abhängigen Kapitalismus. Die zur Rechtfertigung des Programms verwendete ökonomische Sprache war seit 1968 nicht mehr über die Lippen eines peruanischen Ministers gekommen. Sie klang wie

Erklärung der PSR

(...) Am 3. Oktober 1968 wurden die heute noch wirksamen Statuten der revolutionären Militärregierung unterzeichnet. In Artikel 2 werden sehr klar als Ziele genannt, die Bedürfnisse der Mehrheit der Bevölkerung zu befriedigen. Um dies zu erreichen, müßten die ökonomischen, sozialen und kulturellen Strukturen des Landes verändert werden, womit die Beseitigung des existierenden kapitalistischen Systems gemeint war.

Um sich diesem Ziel zu nähern, realisierte das revolutionäre Regime wichtige Veränderungen in unserer Gesellschaft. Die PSR, die das verteidigt, was bereits Teil unserer Geschichte ist, lehnt entschieden ab, daß die Agrarreform, die Arbeitsgemeinschaft und das Gemeineigentum, bei deren Realisierung heutige Mitglieder der Partei eine wichtige Rolle spielten, ein Resultat irgendeiner Art von Abwechlerium gewesen sein sollen.

Das Ziel der zweiten Phase war, um Personalismus und Abwechlerium zu eliminieren, die Revolution durch den Aufbau des peruanischen Sozialismus zu vertiefen. In den letzten Monaten jedoch begann unter dem Deckmantel der Revolution ein Prozeß des systematischen Abbaus der Reformen, um das kapitalistische System wiederaufleben zu lassen, dessen Beseitigung das Ziel jenes revolutionären Prozesses war, der nun jedoch beendet wird...

Leonidas Rodriguez Figueroa, Antonio Heza Cuadra V.

(Quelle: Equis X, Lima, Nr. 13/1977, S. 5)

ein spätes Echo von Pedro Beltrans ökonomischem Liberalismus, der der peruanischen Exportbourgeoisie viele Jahre lang als ideologische Hauptwaffe gedient hatte.

Die Antwort des Volkes auf den Piazza-Plan war scharf und erfolgte unverzüglich. Zwölf Tage nach der Fernsehübertragung der Botschaft kam es zu einer Erhebung von 3000 Studenten in Sicuani, brach ein größerer Streik in Arequipa aus und fanden in Cusco, Puno und Ayacucho Massendemonstrationen statt. Am 30. Juni schlossen sich die Studenten von Tacna dem Kampf an, und am 5. Juli riefen die Lehrer einen nationalen Streik aus.

Die Antwort der Massen

Alle Organisationen und Parteien der Arbeiterklasse brandmarkten den Plan als Kapitulation vor der Erpressung des internationalen Finanzkapitals, repräsentiert durch den IMF, und riefen zu einer Massenmobilisierung auf, um seine Durchführung zu stoppen und der rechten Offensive Einhalt zu gebieten, die im Piazza-Plan ihren Höhepunkt zu erreichen schien. Die von der Linken erreichte entschiedene Einheit und ihre Wirksamkeit bei der Massenmobilisierung zwangen Piazza am 7. Juli zum Rücktritt. Die PCP bezeichnete das als einen „Sieg des Volkes“, und die PSR charakterisierte den Rücktritt als „ein Versagen der kapitalistischen Lösungen, die vom Volk zurückgewiesen wurden“.

Dem Rücktritt Piazas folgte jedoch weder die klare Ablehnung seines Wirtschaftsplanes noch die Akzeptierung der Forderungen der Arbeiter nach einem Stopp der Repression und der Massenentlassungen. Am folgenden Tag kam es zur Unterstützung der Massenmobilisierung durch den Nationalen Landwirtschaftsbund (CNA) und zu gewaltsamen Protesten in Huancayo, in deren Verlauf 6 Menschen getötet und 36 verwundet wurden. Am 15. Juli wurden die Nahrungsmittelpreise erhöht, trotz des breiten Protestes im Volk, und der Veröffentlichung einer Erklärung, in der zum Generalstreik ab dem 19. aufgerufen wird (siehe Kasten) durch mehr als 20 vornehmlich Arbeiterorganisationen, darunter die Gewerkschaften CNT, CGTP und CTRP. Der Aufruf zum Generalstreik erfolgte mit der breitesten politischen Unterstützung, die je in der neueren peruanischen Geschichte erreicht wurde.

Die einzigen Gewerkschaftsorganisationen, die eine Teilnahme ablehnten, waren der schwache, von der APRA kon-

trollierte Gewerkschaftsbund der Werktätigen Perus (CTP) und die Gewerkschaft der Minengesellschaft CENTROMIN die unter dem Einfluß der maoistischen Gruppe „Rotes Vaterland“ steht. Die Einheit der Organisationen der Arbeiterklasse und der fortschrittlichen Parteien sicherte den totalen Erfolg des Generalstreiks, der Lima und die meisten der größeren Städte vollkommen lahmlegte. Er wurde mit der größten Disziplin durchgeführt.

Die Gefahr, die die Einheit der Volkskräfte und die Entschiedenheit der Arbeiterbewegung für die Regierung Bermudez und die um sie gruppierten reaktionären Kräfte bedeutete, war den letzteren absolut klar.

Die Antwort der Regierung bestand in der Verschärfung der Repression gegen die Linken. Ein Dekret (Nr. 10-77-TR) erlaubte den Unternehmen, alle Streikführer zu entlassen. Die Büros der CGTP, des Einheitsrates der Gewerkschaftsorganisationen (CUOS), der den Generalstreik koordinierte, und der CTRP wurden besetzt. 1500 Führer, unter ihnen Eduardo Castillo, Generalsekretär der CGTP, und Victor Sánchez von der CNT wurden verhaftet. Als schließlich am 25. Juli die Arbeiter der CENTROMIN in den Streik traten, wurden alle ihre Führer entlassen und verhaftet. Die Repression war so breit und so brutal, daß der Erzbischof von Lima und Kardinal von Peru, Juan Landázurri Ricketts, sie auf das heftigste verurteilte und die Aufhebung des Dekrets 10-77 verlangte. Ein breites Spektrum von peruanischen Intellektuellen, das vom konservativen Historiker Jorge Basadre bis zum Ex-Vizektor von San Marcos, Alberto Escobar, reichte, unterzeichnete einen Brief, in dem sie die Beendigung der massiven Verletzungen der Menschenrechte, die nach dem Generalstreik stattgefunden hatten, forderten.

Die Welle der Repression dauerte jedoch bis zum 28. August an, als Morales Bermudez befand, daß er der Arbeiterbewegung „eine Lektion erteilt“ hätte. An diesem Tag hob er den ausgerufenen Notstand auf und versprach, bei der Anwendung des „Notstandsplans“ „flexibel“ vorzugehen, und erlaubte gleichzeitig einigen der entlassenen Arbeiter, an ihre Arbeitsplätze zurückzukehren. Diese Maßnahme betraf jedoch nur 10 % der insgesamt Entlassenen, deren Zahl auf 3000 geschätzt wurde.

Während er diese geringen Zugeständnisse machte, gab er einen genauen Zeitplan bekannt, der auf die Forderungen des Blocks der bürgerlichen Parteien, geführt von der APRA, zugeschnitten war: 1978 würden Wahlen für eine Verfassungsgebende Versammlung abgehalten, welche während des zweiten Halbjahres 1978 eine neue Verfassung ausarbeiten würde, „die die von der Revolution hervorgerufenen Veränderungen einschließt“, und die allgemeinen Wahlen würden 1980 abgehalten. Das politische Ziel von Morales Bermudez, die Übergabe der Macht an den von der APRA geführten Block der rechten Parteien über den Weg der Wahlen stellt die Linke vor eine drängende politische Aufgabe: Aus der am 19. Juli erreichten Einheit eine breite Allianz zu schmieden, die fähig ist, der ökonomischen und politischen Krise ein sozialistisches Alternativbündnis entgegenzustellen. Und diese Aufgabe muß erfüllt werden unter den Bedingungen der schärfsten und konsequentesten Repression der Arbeiterbewegung und der fortschrittlichen Organisationen seit dem Beginn des Reformprozesses im Jahre 1968.

Als Quellen wurden benutzt: DESCO, Informativo Politico, Lima; Eguis X, Lima; Granma, Havanna; Latin American Political Report, London; Le Monde, Paris; Prensa Latina, Havanna.

Nationaler Gewerkschaftsaufwurf zum Generalstreik

Die unterzeichnenden Gewerkschaftsorganisationen lehnen entschieden die von der Regierung ergriffenen wirtschaftlichen Maßnahmen ab, deren Ziel es ist, die Wirtschaftskrise auf dem Rücken der Werktätigen und des peruanischen Volkes auszutragen.

Wir stellen fest, daß diese wirtschaftlichen Maßnahmen bei Einfrierung der Löhne und Gehälter zur schwindelerregenden Erhöhung der Lebenshaltungskosten führen. Gleichzeitig wird von der Regierung ein brutaler Angriff gegen die Rechte und Errungenschaften der Arbeiterklasse geführt, um ihr die gegen die Werktätigen und das Volk gerichteten Maßnahmen aufzwingen zu können. In diesem Sinne wurden die Verhandlungen zwischen den einzelnen Gewerkschaften weiterhin behindert, das Streikrecht wurde aufgehoben, und zur Absicherung dieser Aufhebung folgte durch die Regierung und die Unternehmer eine Welle von Entlassungen und anderen Herausforderungen, was auf den Erlaß eines „Gesetzes der Arbeitsunsicherheit“ hinausläuft. Mit dem gleichen Ziel schreitet man gegen die Gewerkschaften ein und sperrt führende Persönlichkeiten mit der Absicht ein, die Arbeiter einzuschüchtern.

Wir demonstrieren unsere Absicht, die verletzten Rechte und Errungenschaften energisch zu verteidigen. In diesem Sinne stellen wir die folgende Kampfplattform auf:

1. Für allgemeine Lohn- und Gehaltserhöhungen entsprechend den gestiegenen Lebenshaltungskosten und gegen das Notstandsprogramm von Piazza
2. Für die Einfrierung der Preise für Grundnahrungsmittel.
3. Für die Einhaltung der jährlich ausgehandelten Tarifverträge.
4. Für die volle Geltung der Arbeitsplatzgarantien (Aufhebung des Gesetzes 011-76, das die Entlassung wegen „Produktionsminderung“ zuläßt).
5. Für die Wiedereinstellung aller Entlassenen. Freiheit für und Repatriierung aller wegen gewerkschaftlicher und sozialer Kämpfe Verhafteten und Ausgewiesenen.
6. Für die unbegrenzte Geltung aller demokratischen Rechte (Aufhebung des Ausnahmezustands und der nächtlichen Sperrstunde, unbeschränktes Streikrecht, Versammlungs-, Presse-, Organisations-, Meinungs- und Demonstrationsfreiheit, gegen die Einmischung in Vertretungsorgane der Arbeiter).

7. Lösung der kritischen Situation der Fischer.

8. Gegen die Einmischung in die landwirtschaftlichen Produktionszentren und für die Aufhebung der Agrarschuld.

9. Gegen die Einmischung in die Universitäten und Aufhebung des Gesetzes 21 878 (ein Ermächtigungsgesetz des nationalen Universitätenrates CONUP, das jegliche Universitätsautonomie aufhebt, d. Red.).

Die unterzeichnenden Gewerkschaftsorganisationen rufen alle unabhängigen Organisationen und die Basis des Gewerkschaftsverbands der Werktätigen Perus (CTP) auf, ihre Kräfte zu vereinigen, um die Kampfplattform durch den nationalen Generalstreik unserer gewerkschaftlichen Organisationen vorwärtszubringen.

Nationaler Bund der Minen- und Metallarbeiter Perus, Bund der Brauereiarbeiter, Bund der peruanischen Bauern (CCP), Allgemeiner Gewerkschaftsbund der Werktätigen Perus (CGTP), Nationaler Bund der Werktätigen (CNT), Bund der Werktätigen der peruanischen Revolution (CTRP-Lima), Bund der Arbeiter der Elektrizitäts- und Kraftwerke Perus, Bund der Drucker Perus, Bund der Ölarbeiter, Bund der peruanischen Fischer, Einheitsgewerkschaft der Werktätigen im Bildungsbereich Perus (SUTEP), Einheitsgewerkschaft der Werktätigen im Bildungsbereich der Hauptstadt Lima (SUTELM), Nationaler Bund der Werktätigen der peruanischen Universitäten (PENTUP), Bund der Werktätigen in Versicherungsgesellschaften, Bund der industriellen Textilgemeinschaften (FECITEX), Bund der Zollarbeiter (FEDTAAP), Bund der Werktätigen im Hotel- und Gaststättengewerbe Perus, Verband der Angestellten und Arbeiter der CORPAC (ASEOCOR), Verband der Werktätigen in ESAL (ATESAL), Bund der Glaser, Komitee der von Arbeitern kontrollierten Unternehmen (CEAT), Bund der Werktätigen in der Filmindustrie, Kampfkomitee der zentralen Autobahn, Bund der Metallarbeiter der peruanischen Revolution, Bund des Handels in Lima-Collao und Balnearis, Bund der industriellen Grafikergemeinschaften und Zeitungsunternehmen, Bund der Salzarbeiter.

(Quelle: DESCO, Informativo Politico, Lima, Nr. 58/Juli 1977, S. 24 und 44)

Destabilisierung der peruanischen Revolution (1. Teil)

Als Sonderkorrespondent der portugiesischen Zeitung *O Diário* hielt sich Miguel Urbano Rodrigues 1976 mehrere Monate in Peru auf. Im Mittelpunkt seiner im Dezember letzten Jahres veröffentlichten Analyse steht die Frage, welche Faktoren für die Rückentwicklung der peruanischen Revolution, die im Oktober 1968 mit dem Machtantritt linker Militärs unter Führung von General Velasco Alvarado begann (zur Innen- und Außenpolitik unter Velasco siehe AIB, Nr. 6/1974, S. 22-26 und Nr. 2/1975, S. 23-26); verantwortlich waren.

Der erste Teil der Analyse beschäftigt sich vordringlich mit dem für die peruanische Revolution entscheidenden Zeitraum vom August 1974 bis zum August 1975, dem Zeitpunkt der Ablösung „des großen Mannes der Revolution“ (Velasco). Der zweite Teil, der in Nr. 1/1978 folgt, behandelt vornehmlich die wirtschaftliche Konzeption von Bermudez und das Wiederaufblühen der peruanischen Bourgeoisie.

(. . .) Nachdem im August 1974 durch die Verstaatlichung der Presse scheinbar unabdingbare Voraussetzungen für den Neubeginn auf dem Weg zu der im Plan INCA (dem im Oktober 1968 mit dem Machtantritt progressiver Militärs eingeschlagenen Weg lag als Programm der Plan INCA zugrunde, der jedoch erst im Juli 1974 öffentlich bekanntgemacht wurde, d. Red.) entworfenen Gesellschaft geschaffen worden waren, sah sich das Militär sehr bald schwerwiegenden Einschränkungen und Widersprüchen gegenüber. Man kann ohne Übertreibung behaupten, daß die Streitkräfte sich vor den Folgen ihres eigenen Werkes fürchteten.

Einige Generäle bedienten sich noch einer sehr revolutionären Sprache, aber im Offizierskorps griff die Neigung zurückzuweichen immer mehr um sich. Die bereits erkämpften Siege flößten ihren Initiatoren Angst ein. Der Revolutionär, der bereit ist, im Kampf für den Sozialismus bis ans Ende zu gehen, wird nicht von heute auf morgen geschaffen. Nichts ist bezeichnender für die Grenzen der peruanischen Armee als die Entfremdung von Militärs des linken Flügels nach ihrem Rückzug aus der Regierungsverantwortung. Generäle, die jahrelang konsequent gegen den Imperialismus gekämpft hatten, übernahmen leitende Positionen bei den multinationalen Konzernen, die zuvor ihre Gegner gewesen waren.

Die imperialistische Einkreisung

Angesichts eines solchen Verhaltens, woran sich verdeutlichen läßt, wo die Entscheidung für die Revolution beginnt, ist es nicht verwunderlich, daß die schwankende Einheit der Streitkräfte zerbrochen ist, nachdem die Popularität der Militärs zwangsläufig einen sehr niedrigen Stand erreicht hatte. Die Revolution war für den Stolz der Streitkräfte nicht mehr gewinnbringend. Sie stand unmittelbar vor dem direkten Zusammenstoß mit ihren Gegnern. Wie in Chile wurden Beifall und Blumen des für wirtschaftliche Schwierigkeiten sehr anfälligen peruanischen Kleinbürgertums zu Protesten und unerfüllten Forderungen. Regierung und Armee waren auf den revolutionären Bruch nicht vorbereitet. Es gab viele Gründe zur „Besorgnis“.

Als erstes schloß der Imperialismus seinen wirtschaftlichen Belagerungsring. Anfangs bekämpfte Washington verbissen das peruanische Experiment, da es seine Ausstrahlung auf



General Velasco: „großer Mann“ der Revolution

andere Länder des Kontinents befürchtete. Aber als das Chile der Unidad Popular zum Hauptfeind wurde, konnte die peruanische Revolution im Laufe von zwei Jahren frei von stärkerem äußerem Druck wichtige Errungenschaften verwirklichen. Nach der Ermordung Allendes und der Errichtung des Faschismus in Santiago schloß sich der Ring um das Land immer enger, wo es eine Hand voll Militärs wagte, die Herrschaft der USA über einen ganzen Kontinent in Frage zu stellen.

Rückblickend muß heute die Standhaftigkeit überraschen, die man nach dem Pinochet-Putsch in Lima bewies. In diesen Monaten wurden die Cerro de Pasco Mining (ein US-Kupferkonzern, d. Red.) verstaatlicht und der Kontrolle der Bourgeoisie über das Informationswesen ein Ende gesetzt. Nach dem Tode Perons (argentinischer Staatspräsident bis 1974, d. Red.) war die Isolierung vollständig. Die Möglichkeit eines Krieges mit Chile bedrängte die peruanischen Militärs. Die feindliche Haltung Brasiliens trat immer deutlicher zu Tage. Boliviens Position bei den Verhandlungen über die Frage „des Zugangs zum Meer“ war provozierend. In Ekuador trat eine Militärjunta an die Stelle der fortschrittlichen Regierung unter General Rodriguez Lara. Argentinien kehrte der Regierung in Lima den Rücken.

An die Stelle positiver Salden, mit denen die Handelsbilanz in den letzten Jahren abschloß, treten alarmierende Defizite. Zur Wirtschaftskrise kommt hinzu eine schwere Finanzkrise. In Lima ereignen sich Bombenexplosionen; zwei Gene-

räle werden Opfer von Attentaten, deren Hintergründe im Unklaren bleiben. Die Marine ist ein Zentrum der Konspiration.

In den ersten Februartagen des Jahres 1975 geht die Rechte zu einer Offensive großen Stils über. Die Zivilgarde (25 000 Mann) stellt ultimativ einen Forderungskatalog auf und rebelliert in der Kaserne von La Victoria, einem Wohnviertel im Zentrum von Lima.

General Leonidas Rodriguez, Kommandant der 2. Militärregion und einer der Oberste des Oktober 1968, ahnt die unmittelbare Herausforderung der Revolution und schickt Tanks der 2. Panzerdivision zur Wiederherstellung der Disziplin in die rebellierende Kaserne. Die Großstadt erwacht von dem Donner der Kanonen, als Leonidas Fahrzeuge Tore und Mauern eindrücken und in wenigen Minuten die Situation beherrschen.

Es wird deutlich, daß der „Streik“ der Zivilgarde nur die Initialzündung für einen ehrgeizigen Umsturzversuch sein sollte. Von den Balkonen in La Victoria schießen Hecken-schützen auf die Armee. Sehr bald bilden sich in der Stadt Gruppen, die Geschäfte plündern und auf ihrem Weg alles zerstören. Die Reaktion bemächtigt sich der Straße. Bekannte Agitatoren der APRA, der proimperialistischen „sozialdemokratischen“ Partei von Haya de la Torre, treten auf und schüren die Gewalt an der Spitze von Banden aus dem Armenviertel.

Der 5. Februar 1975

Zwölf Stunden lang herrscht in Lima die Anarchie. Die Häuser der Zeitung Correo und des Militärzirkels werden zerstört und niedergebrannt. Auf viele öffentliche Gebäude werden Brandanschläge verübt. Die Zeitung Expreso, ein vorgeschobener Posten bei der Verteidigung der Revolution, und das Regierungsorgan La Cronica werden von den Arbeitern tapfer verteidigt; zuerst mit Schußwaffen, später im Kampf Mann gegen Mann wehren sie Tausende von Angreifern ab, die antikommunistische Parolen rufen. Andere Banden versuchen, die Universität anzugreifen. Auf den Straßen ruft die aufgeputschte Rechte: „Velasco an die Wand“.

Am Nachmittag gleicht Lima einer Stadt, die bombardiert oder von einem Erdbeben heimgesucht wurde. Auf den Bürgersteigen und Fahrbahnen liegen 86 Tote. Hunderte von Verletzten suchen in den Krankenhäusern Hilfe. Der Schaden beläuft sich auf weit über 100 Mio DM. Es ist ein kleiner „Bogotazo“, eine eigenartige Explosion der Gewalt – provoziert von einer Rechten, die sich geschwächt und demoralisiert, ohne Zeitungen, ohne Land, ohne Minen, ja fast ohne Banken versteckt, die aber noch über gewaltige ökonomische Mittel verfügt und der massiven Unterstützung durch den Imperialismus sicher ist.

Schließlich interveniert die Armee und – um die knappe Sprache der Soldaten der Revolution zu gebrauchen – „das reaktionäre Pack“ wird in wenigen Augenblicken von der Straße



Februar 1975: Vereitelung eines Rechtsputsches

gefeht. Es zieht sich in seine Schlupfwinkel zurück.

In der Euphorie des Sieges werden die beunruhigenden Gründe für das späte Eingreifen der Armee (einige Minister waren in die Sache verwickelt) vergessen. Die peruanische Revolution erlebt ihre vielleicht ruhmreichsten Tage. General Velasco beschuldigt öffentlich die APRA und prangert die Beteiligung der CIA und der Agentur Reuter an. Die Zeitungen veröffentlichen die Namen von Mitgliedern der Botschaft der USA, die in den gescheiterten Umsturzversuch verwickelt waren. In der Hauptstadt und im ganzen Land wird die Arbeiterklasse aktiv, um die Revolution zu verteidigen. Die Beteiligung der Volksmassen schwilt zu einem mächtigen Strom an. Die Regierung erhält die Zustimmung Hunderter von Gewerkschaften und der drei Gewerkschaftszentralen, die den revolutionären Prozeß unterstützen. In einer von Begeisterung geprägten Versammlung entsteht im Haus des Bauern das Koordinationskomitee der Volksorganisationen (COCOP). Die peruanischen Werktätigen glauben, daß die organisierte Beteiligung des Volkes zum Aufbau der Partei der Revolution führen wird. Ohne dieses politische Instrument werde der revolutionäre Prozeß sich nicht verteidigen, festigen und vorantreiben lassen. Der revolutionäre Impuls der Massen findet jedoch im Palast kein Echo.

Das Eindringen der Rechten

Nach diesen Tagen fiebrhafter Erregung weicht die Revolution langsam zurück. Es gibt aber noch Hoffnung. Es bilden sich Kommissionen zur Beteiligung der Werktätigen. Man versucht, ein hohes Produktionsniveau zu erreichen, die Versorgung abzusichern und zu kontrollieren, die Aktionen zur Verteidigung der öffentlichen Ordnung zu unterstützen, gegen Gerüchte anzukämpfen und die Losungen und Initiativen des COCOP im ganzen Land zu popularisieren.

All diese schöpferische Dynamik erschreckt die Männer, die die Regierung kontrollieren. Das COCOP war von Anfang an zum Scheitern verurteilt, General Velasco praktisch isoliert. Bevor Informationen von außen zu ihm gelangen, wurden sie von einigen konservativen Generälen gefiltert, die als Gruppe La Mision bekannt sind. Diese Generäle – Richter, Prada, Pedro Sala, Zavaleta, Segura und Tantalean Vanini – kontrollieren das Innen- und das Fischereiministerium, den Dienst zur Unterstützung der gesellschaftlichen Mobilisierung (SINAMOS) und den Nationalen Informationsdienst. Die Mannschaft wird vervollständigt durch Admiral Jimenez de Lucio, den Industrieminister. Der Kopf ist General Tantalean Vanini, der damals schon in die dunkelsten Geschäfte verwickelt war. Das Fischereiministerium wird zu einem Sumpf, wo Skandale einander ablösen und die Korruption blüht.

Tantalean hat den Blick fest auf das Präsidentenamt gerichtet und benutzt seine alte persönliche Freundschaft mit Velasco, um der Rechten den Zugang zu den Spitzenpositionen des Staatsapparats zu ermöglichen. Der von Krankheit gezeichnete Präsident bemerkt nicht, daß umfangreiche Verschwörungen hinter den Kulissen beginnen, deren gefährlichste und bedrohlichste das Eindringen der APRA in die Regierung über die Revolutionäre Arbeitsbewegung (MLR) ist. Die MLR wurde als Instrument zur Spaltung der Werktätigen und als Waffe gegen die Gewerkschaften geschaffen. Hinter APRA und MLR stehen die peruanische Bourgeoisie und der Imperialismus.

Im Augenblick der Entscheidung erhalten ausgerechnet die Generäle von La Mision den Auftrag, die Unterstützung des Volkes für die Revolution zu organisieren. Es sind die Männer, die sich gegen das COCOP gestellt haben.

Die Situation ist dramatisch und grotesk zugleich. Die MLR, eine konterrevolutionäre, 1971 im Untergrund gegründete APRA-Organisation, die von der CIA finanziert und die von

ihr mit den wesentlichen Kadern beliefert wird, erscheint im ganzen Land als Speerspitze der Rechten; ausgestattet mit der Autorität und Macht der Generäle und Minister der La Mision-Gruppe.

Das Wort Revolution erhält in Peru nun die widersprüchlichsten Bedeutungen. Im Juli 1975 setzt die Regierung bei den Tageszeitungen reaktionäre Chefredakteure ein, deren Kontrolle ursprünglich nach Ablauf eines Probejahres endgültig an die Basisorganisationen der Arbeiter und Angestellten übergehen sollte. Rechte Zeitschriften, die für ihren antikommunistischen Fanatismus bekannt sind, dürfen wieder erscheinen. Im ganzen Land kommt es zu Protesten gegen die Politik der Kapitulation, die dem Geist des Planes INCA und der Revolution widerspricht.

Ministerpräsident Morales Bermudez schweigt und wird in der Krise zu einer zentralen Figur. Aufgrund des spezifischen Charakters des Prozesses kommt den subjektiven Faktoren innerhalb des Militärs große Bedeutung zu.

Die Absetzung von Velasco

Fünf Jahre lang hatte Morales als Minister die Wirtschaftspolitik geleitet. Der Enkel eines früheren Präsidenten gilt als kalt und distanziert, als Technokrat mit konservativen Tendenzen. Bei der Weltbank gilt er als einer der begabtesten Ökonomen Lateinamerikas. Derartige Meinungen rechtfertigen das Mißtrauen der Werktätigen. Andererseits hatte Morales in Kuba während der Manöver zum Gedenken an die Schlacht von Ayacucho (die die endgültige Niederlage der spanischen Heere in der Befreiungsrevolution Lateinamerikas bedeutete) Worte gesprochen, die den Technokraten, den das Volk in ihm sah, in einem anderen Licht erscheinen ließen. Arm in Arm mit Fidel sprach er nicht nur bewundernd vom Werk der kubanischen Nation. Er ging viel weiter. Er bezeichnete sich als einen Soldaten, der bereit ist, für den Sieg des Sozialismus zu kämpfen. Voller Hoffnung hallte in ganz Amerika der Satz Fidels beim Abschied von Morales wider: „Ich grüße Dich, brüderliches Peru, freies Territorium von Amerika!“

Als Lima am 29. August 1975 der Welt verkündet, daß es einen neuen Präsidenten hat, überrascht weniger die Nachricht als solche, sondern vielmehr die verschiedenen Reaktionen darauf. Sowohl im Inland wie auch im Ausland begrüßen Rechte und Linke, daß Francisco Morales Bermudez an die Stelle von Velasco Alvarado tritt. Beide haben ihre Gründe. Es scheint, als seien die Argumente der fortschrittlichen Kräfte überzeugender. Denn die militärische Linke bringt Morales in den Präsidentenpalast; die La Mision-Gruppe wird ausgeschaltet; die vier alten revolutionären Oberste des Planes INCA stehen in der vordersten Reihe. Als das Volk erfährt, daß die Generäle Fernandez Maldonado (der später Ministerpräsident werden sollte), Leonidas Rodriguez, Enrique Gallegos und Hoyos Präsident Morales unterstützen, geht eine Welle der Begeisterung und Hoffnung durch das Land. Aber auch Bitterkeit fehlt nicht. Um die Kontinuität des revolutionären Prozesses zu gewährleisten, hatten die konsequentesten Kommandanten der Armee den schweren Entschluß gefaßt, einen Mann zu entfernen, in dem alle den großen Mann der Revolution sahen: El Chino, wie das Volk ihn liebevoll nannte, hatte das Lächeln und den Gesichtsausdruck vom Oktober 1968 behalten. Aber der Velasco von 1975 hatte nicht nur ein Bein verloren. Es fehlte ihm die Weitsicht, die Kraft und die Energie, die durch den Kontakt mit den Massen entstanden waren und gestärkt wurden. Er lebte, aber politisch war der größte Peruaner der Geschichte längst vor diesem Augustmorgen 1975 gestorben, als er zum letzten Mal den Palast als Präsident, der er gar nicht mehr war, betrat. Sein Ausscheiden war unter den damaligen Umständen unvermeidlich, aber der Marsch nach

rechts konnte dadurch nicht aufgehalten werden.

Die „sozialistische“ Option Morales war nur von kurzer Lebensdauer. 16 Monate nach seinem Amtsantritt als Präsident wurden fast alle Kräfte der militärischen Linken aus der Regierung und den Kommandostellen der Armee entfernt. Seit fünf Monaten lastet über Lima der Ausnahmezustand. Seit fünf Monaten erinnert die nächtliche Ausgangssperre daran, daß sich die Streitkräfte immer mehr vom Volk und dem revolutionären Projekt entfernen, das sechs Jahre lang den amerikanischen Imperialismus beunruhigt hatte. Heute beleidigen die Unternehmer die Werktätigen in den Spalten der offiziellen Presse, die sich weigert, irgendeine Kritik von Seiten der Arbeiter- und Bauernorganisationen an der Regierung zu veröffentlichen.

Velasco Oberste denken jetzt als junge Generäle der Reserve ohne Truppe und ohne Macht über die Fehler nach, die im Verlauf der Revolution begangen wurden; einer Revolution, die ihre Ziele nicht erreichte, die aber die Strukturen der alten Klassengesellschaft so tiefgreifend veränderte, daß die Rechte die alten sozioökonomischen Verhältnisse nicht wiederherstellen können wird.

Das Erbe der Revolution lebt in den Errungenschaften von über 2500 Tagen fort. Und die Errungenschaften sind so bedeutend, daß ihre Verteidigung für den Kurs der Geschichte bestimmend ist. Trotz der Erfolge der Reaktion verläuft der Prozeß nicht in den Bahnen, die der amerikanische Imperialismus für ihn vorgesehen hat.

Die Politik der Rückeroberung durch Kapitalismus, Imperialismus und Großgrundbesitzertum ist derzeit bittere Wirklichkeit in Peru. General Morales genießt das (relative) Vertrauen und die Unterstützung Washingtons. Aber sein Projekt, das in vielen Aspekten dem von Mario Soares gleicht, stößt auf wachsende Schwierigkeiten. Es bietet weder einen politischen noch einen wirtschaftlichen Ausweg. Es ist ein historisch undurchführbares Projekt.

(Fortsetzung in Nr. 1/1978)

(Quelle: O Diário, Lissabon, 17. 12. 1976)

CADHU
ARGENTINIEN
AUF
DEM WEG
ZUM
VÖLKER-
MORD

DM 11,-
238 Seiten
erhältlich bei ila
buschstr. 20
5300 Bonn

Der "unheilvolle Staatsstreich" am 24.3.76 in Argentinien hat eines der blutigen Regimes installiert, die Lateinamerika je erlebt hat. Die argentinische Kommission für Menschenrechte hat die in eine umfangreichen Arbeit nachgewiesen. Offizielle Terrorhandlungen werden ungedeckt, die Junta schafft durch Strafrechtsänderungen und Militärgerichte den "legalen" Rahmen. Der Terrorismus des Staates trifft die Gefangenen ebenso wie ihre Angehörigen. Entführungen, Foltern, Massenmorde, öffentliche Hinrichtungen, Geiselerkämpfungen sind tägliche Praxis. Die Kirche, ausländische Flüchtlinge, Journalisten, Anwälte, Wissenschaftler werden zum Opfer der Herrschaft. Die notwendige Ausbildung erhalten die Folterknechte von den USA. Das ist nur verständlich auf dem Hintergrund der Klassenkämpfe in Argentinien. Die Arbeiterklasse, die sich von der personalistischen Bevormundung befreit, ist der eigentliche Gegner, den die Militärs fürchten. Sie trifft der Terror am härtesten, sie leistet den entscheidenden Widerstand. So ist der Blutvergießen "keine Ausweitung, keine Ausschweifung, sondern eine Politik". Eine Sammlung von Zeugenaussagen vervollständigt die Buch.

ila
pdw

Frank Werkmeister Bei den Partisanen von Cu Chi



Auf dem Kampfgebiet von Cu Chi: F. Werkmeister und Oberstleutnant N. Thanh Linh (l.); Oberst D. Long San und Thanh Linh (m.); Krater von B-52 Bombenlast

Die Freundschaftsgesellschaft BRD-SR Vietnam und die Firma Hansa-Tourist vermittelten im September/Oktober 1977 ihre erste Reisegruppe in die Sozialistische Republik Vietnam. Als Geste gegenüber den mitreisenden Mitgliedern der Freundschaftsgesellschaft und als ein Zeichen der Anerkennung für die Arbeit der bundesrepublikanischen Solidaritätsbewegung mit Vietnam ermöglichten es die vietnamesischen Gastgeber erstmals, daß eine Reisegruppe aus einem westlichen Land ein Gebiet besuchen konnte, das zuvor nur für Militärdelegationen aus befreundeten Ländern zugänglich war: Cu Chi – ein berühmtes Partisanenzentrum in der Nähe von Saigon, der heutigen Ho Chi Minh-Stadt.

Frank Werkmeister, Mitherausgeber des AIB und Vorstandsmitglied der Freundschaftsgesellschaft BRD-SR Vietnam, leitete die Reisegruppe. Er berichtet exklusiv für das AIB über die Begegnung mit den Kämpfern von Cu Chi.

Die Millionenstadt Saigon war schon im Krieg gegen die französischen Kolonialherren, mehr noch während des Krieges, den die US-Imperialisten und die von ihnen ausgehaltenen jeweiligen Marionettenregierungen dem Land aufzwingen hatten, stets heiß umkämpft. Einzelne militärische Aspekte des langandauernden Befreiungskampfes sind bei uns häufig nur noch bruchstückhaft in Erinnerung. So z. B. die große Tet-Offensive von 1968, als plötzlich Befreiungskämpfer mitten in Saigon die US-amerikanische Botschaft stürmten und gleichzeitig im Präsidentenpalast kämpften, oder die erfolgreichen Angriffe auf scheinbar stark gesicherte US-Militäreinrichtungen oder die zahlreichen Raketenangriffe, die ihren Ausgang in Zonen hatten, die von den US-Militärs oder den Saigoner Söldnern als kontrolliert erachtet worden waren.

Heute, zwei Jahre nach der vollständigen Befreiung des Landes und ein Jahr nach der vollzogenen Wiedervereinigung Vietnams, sehen sich die siegreichen vietnamesischen Patrioten offenkundig in der Lage, einigen ihrer Freunde aus anderen Ländern einen kleinen Einblick in die während des Befreiungskampfes selbstverständlich gut gehüteten militärischen Geheimnisse zu gestatten, um so das Verständnis für die Zusammenhänge des Kampfgeschehens zu wecken oder zu vertiefen. Zugleich geben diese Informationen Auskunft über die Kampfformen, den Heldenmut, die Opferbereitschaft und die großen Siege, die in den einzelnen Etappen errungen wurden.

200 km unterirdische Tunnels

Eine der wichtigsten Operationsfelder und Kommandozentralen der Befreiungstreitkräfte lag in der Zone Cu Chi, einem 180 qkm großen Gebiet ca. 25 km südwestlich von Saigon am Saigon-Fluß.

Die 30jährige Kampfgeschichte dieser Region, in der zwischen 1945 und 1975 etwa 12 000 vietnamesische Patrioten gefallen sind – davon die meisten im Kampf gegen die US-Aggressoren – erläutern zwei der vier noch lebenden vietnamesischen Offiziere, die hier gekämpft haben: Oberst Duong Long San, der 30 Jahre in Cu Chi gelebt und seine Heimat hier verteidigt hat. Er entschuldigt sich bei den Besuchern aus der fernen BRD, daß seine Schulbildung – wie er meint – nicht so gut sei, aber 30 Jahre Kampf mit der Waffe in der Hand hätten ihm wenig Zeit für die Schule gelassen. Der zweite Offizier, der berichtet und Fragen beantwortet, ist Oberstleutnant Nguyen Thanh Linh, einer der letzten



Von FNL-Partisanen abgeschossener US-Panzer

Kommandeure der in Cu Chi kämpfenden Truppen.

Bereits im Kampf der Vietminh-Verbände gegen die französische Kolonialmacht im 2. Indochinakrieg (1945-54) galt für die ausländischen Aggressoren und deren einheimische Helfer die Parole: „Wo Kommunisten sind, da sind auch Revolutionäre!“ Deshalb schlußfolgerte man, daß alle Funktionäre und Parteikader vernichtet werden müßten. Diese wiederum mußten sich mit Hilfe der Bevölkerung verstecken, zunächst in den Schlafräumen der Dorfbewohner, dann in den Wäldern, später in den ersten Unterständen unter den Hütten und Häusern. Als die Gegner sie auch da aufstöberten, sahen sich die Patrioten gezwungen, mit dem Bau der ersten unterirdischen Gänge zu beginnen, deren prinzipielle Anlage bis in die heutige Zeit beibehalten ist.

Nur 50-60 cm hohe Tunnelgänge wurden gegraben. Während der Boden in der unmittelbaren Umgebung von Saigon ziemlich weich ist, konnte in Cu Chi der viel härtere Boden

für dieses System unter der Erde genutzt werden. 48 km Gänge errichteten die Vietminh-Kämpfer im 2. Indochinakrieg. Als nach dem Genfer Indochina-Abkommen von 1954 die vorgesehene Umgruppierung der Vietminh in den Norden vollzogen wurde, verbarg und schützte die Bevölkerung Cu Chi dieses Gänge und stellte sie 1960, nachdem die süd-vietnamesische Befreiungsfront FNL (siehe Kasten) den bewaffneten Kampf eröffnet hatte, den patriotischen Kräften wieder zur Verfügung.

In der Zeit von 1960 bis 1975 bauten die Partisanen und Soldaten der Befreiungsarmee das Tunnelsystem auf 200 km aus. Sie verbanden die unterirdischen schmalen Kanäle miteinander, verengten die Gänge an einigen Stellen bewußt so, daß nur die schlanken Vietnamesen Durchlaß hatten, bauten Abzweigungen, Sackgassen zur Täuschung, unterbrachen die Gänge durch steile Aufwärts- oder Abwärtsverbindungen. Und wie in der Zeit der Vietminh konnte man sich nur mit Kerzen oder Taschenlampen, meist auf dem Bauch robbend bewegen. Nur an wenigen Stellen können zwei Personen aneinander vorbei. Vorratslager, Krankenstationen, sanitäre Anlagen, Waffen- und Munitionslager wurden eigens unter der Erde installiert.

Cu Chi: Ausgangspunkt zum Sturm der US-Botschaft

Auch in Saigon selbst – so berichteten die Offiziere – gibt es ein ähnliches Tunnelsystem, worin man über 10 Jahre viele Soldaten und 2-3 Tonnen Kriegsmaterial verborgen hielt. Aber diese Tunnels – so erklärte man um Verständnis bitend – seien für Ausländer nicht zu besichtigen.

Die enorme physische Leistung der Soldaten, Partisanen und Bevölkerung wird erst richtig deutlich, wenn man sich vor Augen führt, mit welchen Mitteln dieses unterirdische Tunnelsystem in Cu Chi geschaffen wurde. Da standen ja

Stationen der FNL

Die Bildung von Einheitsfronten ist in der Tradition des nationalen Unabhängigkeitskampfes Vietnams tief verwurzelt. Ein historischer Erfolg war beispielsweise 1941 die Bildung der **Liga für den Kampf um die Unabhängigkeit Vietnams (Viet Minh)**, in der 50 Parteien und Organisationen zusammengeschlossen waren. Die Viet Minh wurde schließlich zum Garanten des Erfolges über die japanischen Besatzer und das französische Kolonialregime.

Während jedoch im Norden im Jahre 1955 die **Vaterländische Front Vietnams** das Erbe der Viet Minh antrat und vorantreibende Kraft beim Aufbau des Sozialismus wurde, etablierten die USA im Süden des Landes ein neokolonialistisches Marionettenregime unter Diem, das mit blutigem Terror die Herrschaft der einheimischen Großgrundbesitzer und des US-Imperialismus zu erhalten suchte. Dagegen entwickelte sich schnell ein umfassender Widerstand, der am 20. Dezember 1960 mit der Bildung der **Nationalen Front für die Befreiung Südvietnams (FNL)** auch organisatorischen Ausdruck fand.

Der FNL gehörten u. a. an: Die Kommunistische Partei, die Demokratische Partei (nationale Bourgeoisie), die Radikalsozialistische Partei (Intellektuelle), der Gewerkschaftsbund, der Bauernverband, Organisationen der Jugend, der Frauen, der Katholiken, der Buddhisten und die Bewegungen verschiedener nationaler Minderheiten. Entsprechend der sozialen und politischen Zusammensetzung der FNL trug ihr Programm der Landreformen, des Aufbaus einer nationalen Industrie, der sozialen und kulturellen Maßnahmen eindeutig Volksfrontcharakter. Als Kern des Programmes wurde der **„Sturz des getarnten Kolonialregimes der amerikanischen Imperialisten und der als Handlanger in ihrem Sold stehenden Diktatur Ngo Dinh Diems“** gefordert.

Da sie von der übergroßen Mehrheit der südvietnamesischen Bevölkerung unterstützt wurden, erzielten die Volksbefreiungsstreitkräfte als militärischer Arm der FNL bald große Erfolge, so

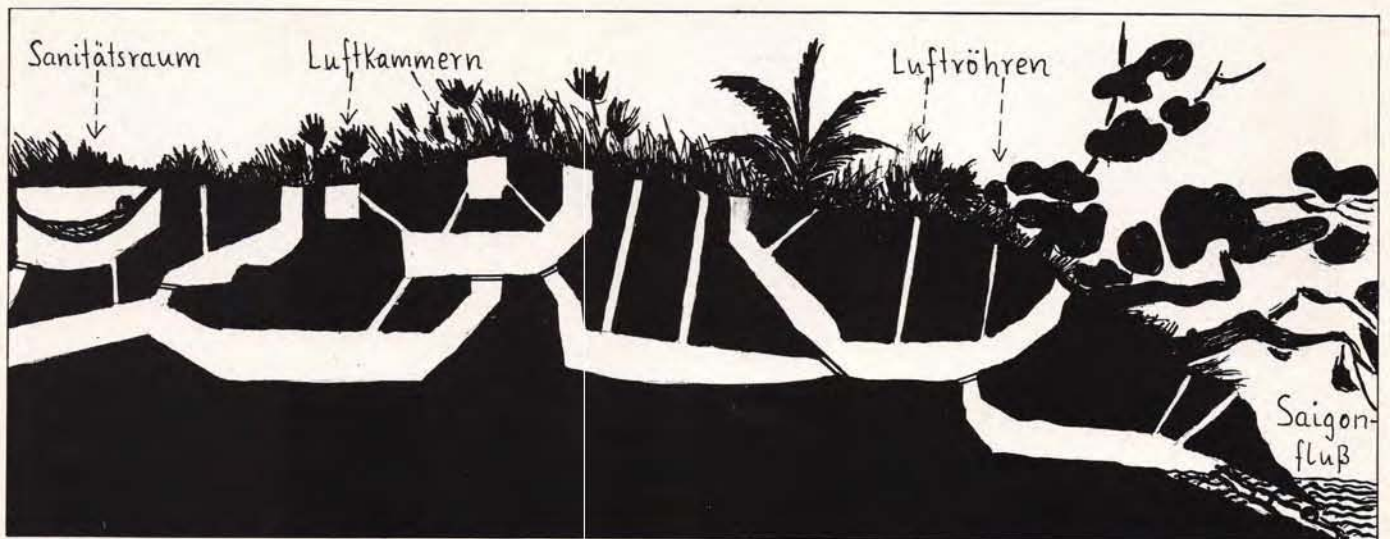
daß bereits 1961 50 % aller Dörfer der Herrschaft der Saigoner Behörden entrissen, Diem 1963 mit Hilfe der CIA beseitigt und durch eine andere Marionette ersetzt worden war.

Von 1960-1964 brachte die FNL auch den **„Spezialkrieg“** Kennedys zu Fall, der darauf abzielte, die Bauern in KZ-ähnliche Wehrdörfer zu sperren, um sie so von der Befreiungsbewegung zu isolieren.

Der **„lokale Krieg“** Johnsons, d. h. die offene US-Aggression mit Hilfe von 550 000 Soldaten und eskalierendem Bombenterror erlitt für alle sichtbar mit den Offensiven der FNL zur Zeit des Tet (des vietnamesischen Neujahrs) in den Jahren 1968 und 1969 ein totales Desaster. Zu Beginn des Jahres 1969 mußten die USA schließlich die FNL bei der Pariser Vietnam-Konferenz als gleichberechtigten Verhandlungspartner anerkennen. Im Juni 1969 waren die Voraussetzungen soweit herangereift, daß eine eigene offizielle Regierung gebildet werden konnte, die **Provisorische Revolutionäre Regierung der Republik Südvietnam**.

Auf der anderen Seite erwies sich, daß die Saigoner Verwaltung über keinerlei Autorität bei der Bevölkerung verfügte und nur durch die USA am Leben erhalten werden konnte. Nixons **„Vietnamisierungspolitik“** war deshalb von Anfang an zum Scheitern verurteilt. Nach der Unterzeichnung des Pariser Vietnam-Abkommens 1973 zeigte sich trotz einer gigantischen Aufrüstung des Thieu-Regimes, daß der Obstruktionskurs gegen das Abkommen nur begrenzte Zeit durchzuführen war. Unter der Frühjahrs-offensive der Volksbefreiungsstreitkräfte im Jahre 1975 brachen die Marionettentruppen binnen weniger Wochen vollständig zusammen.

Im Zuge des Prozesses der Wiedervereinigung Vietnams schlossen sich schließlich am 31. 1. 1977 in Ho Chi Minh-Stadt die Vaterländische Front Vietnams, die FNL und die Allianz der Nationalen, Demokratischen und Friedenskräfte Südvietnams zur **neuen Vaterländischen Front Vietnams** zusammen. (Vgl. AIB, Nr. 4/1977 und 9/1977)



Das Tunnelsystem von Cu Chi (Skizze F. Werkmeister)

keine Bohrer, Preßluftschlämmer, Hacken oder andere technische Hilfsmittel zur Verfügung. Lediglich die Körperkraft, also die bloßen Hände der Kämpfer und der Dorfbewohner, vielleicht einmal ergänzt um ein Stück Horn oder einen scharfen Stein, kamen zum Einsatz. Dabei stützten sich die Tunnelbauer auf folgendes Verfahren: Alle 10 m wurden Gruben oder Löcher von 60 cm Durchmesser ausgehoben, die vor dem Feind in jedem Fall verdeckt sein mußten. Dann grub man sich sitzend oder liegend mit den Händen aufeinander zu. Eine Person schaffte so in 8 Stunden 1 m neuen Tunnel. Die mit Erde gefüllten Bambus- oder Strohkörbe schoben die Grabenden unter ihrem Körper nach hinten durch, von wo aus sie bis zur Außenwelt transportiert wurden. Hier wiederum war erneute Vorsicht geboten, denn der militärische Gegner durfte eine Anhäufung frischer Erde nicht bemerken. Deshalb mußte dafür gesorgt werden, daß der ausgehobene Boden verteilt gelagert wurde und zwar so, daß er immer mit alten Blättern oder Reisig bedeckt war. Auf diese Weise hoben sich – unbemerkt vom Gegner – ganze Landstücke Zentimeter um Zentimeter.

Warum, so kann man zu recht fragen, wurden alle diese Maßnahmen getroffen? Warum wurde gerade diese Zone unter so großen Opfern ausgebaut und verteidigt?

Die französischen Kolonialsoldaten und die Marionettensöldner weinten häufig, wenn sie erfuhren, in Cu Chi eingesetzt zu werden, und viele von ihnen nahmen diesen Einsatzbefehl zum Anlaß, zu desertieren; denn sie wußten, daß sie auf die tapfersten und opferbereitesten Patrioten stoßen würden.

An einem Tag 2 000 US-Soldaten getötet

Als 1968 während der Tet-Offensive Kämpfer der FNL die Botschaft der USA in Saigon eine Zeit lang besetzt hielten und als gleichzeitig Befreiungskämpfer den Präsidentenpalast stürmten, horchte nicht nur die militärische Fachwelt auf. Heute wissen wir, daß die Vorbereitung für die Offensive an konkreten unterirdischen Modellen geprobt wurde und daß der Kampfbefehl von Cu Chi ausging. Es waren Partisanen aus den Tunnels dieser Region, die den unausweichlichen Zusammenbruch der US-Aggressoren und ihrer Marionetten sichtbar ankündigten. Auch wenn nur wenige FNL-Kämpfer diese Aktion überlebten, so war die Tet-Offensive doch ein zündendes Signal für die weiteren Anstrengungen der vietnamesischen Patrioten bei der Befreiung ihres Landes. Sie zeigte die Verwundbarkeit des US-Imperialismus einmal mehr auf und ermutigte die weltweite Solidaritätsbewegung zu neuen Aktivitäten.

Cu Chi wurde für die US-Militärs nach und nach zu einem Alptraum. Ihre ersten bitteren Erfahrungen mußten die US-Soldaten gleich am Tage ihrer Ankunft, am 1. Januar 1966, machen. Die vietnamesischen Offiziere erinnern sich: „Viele von uns hatten noch nie einen Amerikaner gesehen. Sie waren vom Körperbau her recht groß und wir glaubten, sie seien gut ausgebildet und sehr tapfer. Doch sofort am ersten Tag setzten sie ein eigenartiges Gerät ein, das wir noch nicht kannten. Es war eine Motorsäge. Damit fällten sie Kautschuk-Bäume und bauten erst einmal Schutzwälle. Da wußten wir, die haben – wie die Franzosen – Angst. Und da griffen wir an.“





Die US-Soldaten, die sich nicht recht vorstellen konnten, woher die Schüsse kamen, verloren an diesem Tag 2 000 Mann. Ein vietnamesischer Patriot tötete allein 60 US-Eindringlinge. Die Kämpfer kamen aus den unterirdischen Tunneln und zogen sich auch wieder dahin zurück. Dabei gingen sie rückwärts und verwischten ihre Spuren mit den Händen. Später kam es oftmals vor, daß US-Soldaten auf Stühlen direkt über den Deckeln zu den Eingangshöhlen saßen, ohne zu ahnen, was unter ihnen vorging.

Immer wieder starteten die Soldaten der Befreiungsarmee und die Partisanen ihre Angriffe aus diesem Gebiet, wobei sie bemüht waren, das Ziel, den Zeitpunkt und die Kampfform stets selbst zu bestimmen und sie sich nicht vom Feind aufzwingen zu lassen. Im April 1969 z. B. holten die vietnamesischen Patrioten zu einem weiteren großen Schlag aus. Sie griffen aus den unterirdischen Gängen kommend die US-Garnison Dong Sou an und zerstörten dabei über 200 Flugzeuge und viele Geschütze. 800 US-Soldaten wurden bei diesem Angriff getötet. Daraufhin ließen die US-Kriegsführer einen 6 m tiefen Graben um die Basis ausheben und sicherten sie zusätzlich mit einem hohen Stacheldrahtzaun ab.

Taktik der verbrannten Erde

In zunehmenden Maße erkannten die führenden US-Militärs die Gefahr, die für sie und ihre Strategie von Cu Chi ausging. „Wenn diese Zone bleibt“, so faßten sie zusammen, „ist das eine große Gefahr für Saigon“. Deshalb sollte Cu Chi vernichtet werden. Der Kampfbefehl der Befreiungsstreitkräfte dagegen lautete: „Weil das so ist, wird diese Zone bis zum letzten Blutstropfen verteidigt!“

Gnadenlos verfolgten die US-Aggressoren ihre Vernichtungsstrategie: Alle Kautschuk-Wälder und Pflanzungen wurden gerodet oder abgebrannt, nachwachsendes Grün mit chemikalischen Mitteln ausgemerzt. Tag und Nacht kreisten ständig 5 US-Flugzeuge über dem Gebiet mit dem Auftrag, gegebenenfalls Verstärkung anzufordern. US-Flugzeugstaffeln waren mit besonderen Schalltrichtern ausgestattet, die einen ungeheuren Lärm erzeugten und die Bewohner und Partisanen am Schlaf hindern sollten. Auf 1 qkm warfen die Aggressoren durchschnittlich 200 l chemische Kampfstoffe ab. Den Menschen in den Dörfern dieses Gebiets fiel das Atmen schwer, ihre Augen tränten und der Lärm raubte ihnen den Schlaf. Das ohnehin geringe Trinkwasserpotential wurde knapper, da die Amerikaner Gift in die Brunnen schütteten. Unter dem Druck der parallel laufenden ständigen Bombardierungen entschlossen sich die Patrioten 1967, sämtliche Kinder und Alten aus Cu Chi zu evakuieren.

Später zwangen die Amerikaner alle verbliebenen Einwohner in strategische Wehrdörfer. Der gesamte Reis mußte abgeliefert werden, die Insassen mußten zusammen kochen

und essen. Auf diese Weise sollten die Kämpfer von der Nahrungszufuhr abgeschnitten werden. „Ich selbst“ – so beschreibt Oberstleutnant Nguyen Thanh Linh die Situation – „war in dieser Zeit 17 Tage ohne Reis oder eine andere Nahrung“.

Aber auch diese Maßnahme hatte für die US-Militärs nicht den erwarteten Erfolg gebracht, ebenso wenig wie die Konzentration einer Panzerdivision von 800 Tanks, der Einsatz von 3 Infanterie-Divisionen und die Stationierung der großen Basen „Big red 1“ und „Tropischer Donner“.

Partisanenkampf gegen Hunde und „Tunnelratten“

Hauptangriffsziel der US-Militärmaschinerie war natürlich das verhaßte Tunnelsystem. Zunächst setzten die US-Militärs Hunde ein, die sie aus verschiedenen Ländern bezogen und entsprechend abrichteten. Die Hunde fanden auch einige Öffnungen und krochen in die Gänge. Für die Partisanen stand die Frage: Wie kann man die Hunde unschädlich machen, ohne entdeckt und zum Kampf gezwungen zu werden? Die Möglichkeit, Minen zu legen oder zu schießen, entfiel, denn damit hätte der Gegner gewußt, wo sich Kämpfer befanden. Die Partisanen fanden ein Abwehrmittel: Sie stahlen US-Soldaten die Seife, rieben sich und die Tunneleingänge damit ein und desorientierten so die auf Geruch abgerichteten Hunde.

Die US-Strategen setzten daraufhin eine Spezialeinheit von besonders kleinwüchsigen und schlanken Soldaten ein, die als „Tunnelratten“ auch den Nahkampf unter der Erde suchen sollten. Hier galt es für die Vietnamesen, die Eindringlinge möglichst lautlos auszuschalten, damit wiederum nicht feststellbar war, wo sich die Kämpfer befanden. Doch die US-Spezialisten „verfeinerten“ ihre Methode: Sie hefteten an die Körper der „Tunnelratten“ Sprengkörper und Minen. Ein langes Kabel verband die Hineinkriechenden mit der Außenwelt. Wenn sich das Kabel draußen eine bestimmte Zeit nicht bewegte, ging man davon aus, daß die „Ratte“ im Kampf getötet worden sei und man sprengte den vermeintlich oder tatsächlich Toten in die Luft, was zum Einsturz des dortigen Tunnelsystems mit allen möglichen Konsequenzen führte.

Eine weitere Methode der US-Einheiten bestand darin, die Kämpfer unter der Erde dadurch ausfindig zu machen, daß man mit langen spitzen Eisenstangen von oben den Boden durchbohrte. Wurde auf diese Weise ein Partisan tatsächlich einmal getroffen, so hielt er zunächst das eindringende Stahlstück mit den Fäusten umklammert und ließ es langsam in seinen Körper eindringen, damit oben der Eindruck entstand, man sei auf den natürlichen Widerstand des Bodens gestoßen. Wenn die Eisenstange herausgezogen wurde, wischten die Getroffenen nach Möglichkeit ihr eigenes Blut von

Bilanz der US-Zerstörungen

Die USA hatten sich im Pariser Vietnam-Abkommen und in einem Brief des damaligen Präsidenten Nixon verpflichtet, zur Heilung der Kriegswunden in Vietnam mit Milliardenbeträgen beizutragen. Bis jetzt weigert sich die Carter-Administration allerdings kategorisch, dieser Verpflichtung nachzukommen. Eine jetzt in Hanoi veröffentlichte Bilanz der Kriegsschäden macht die hohe Verpflichtung der USA zur Wiederaufbauhilfe in Vietnam mit aller Eindringlichkeit deutlich:

Südvietnam

Geschätzte Anzahl von Toten: 430 000.

Geschätzte Anzahl von Kriegsversehrten: 362 000.

Flüchtlinge: 5 909 000.

9000 von 15 000 Weilern beschädigt oder total zerstört.

10 Mio ha an Reis- und Getreidefeldern verbrannt oder zerstört.

Über 1,5 Mio Büffel getötet.

Die Hälfte der 10 Mio ha Waldfläche vernichtet.

20 Mio Bombenkrater, was einer unbrauchbaren Fläche von 140 000 ha entspricht.

Mehr als 800 000 Waisenkinder.

Über 1 000 000 Witwen.

Mehr als 3 Mio Arbeitslose.

4 Mio Analphabeten.

Mehr als 500 000 Prostituierte.

500 000 Drogensüchtige.

Nordvietnam

2,5 Mio Tonnen Bomben abgeworfen (2. Weltkrieg: 2 057 244 Tonnen).

12 Mio qm an Wohnfläche in Steinhäusern zerstört, hunderttausende von Strohütten vernichtet.

700 000 Waisenkinder.

Mehr als 1000 wichtige Stellen des Deichsystems beschädigt.

68 von 70 Staatsfarmen mehr oder weniger zerstört.

400 Fabrikanlagen zerstört.

Alle Elektrizitätswerke beschädigt.

Alle sechs Eisenbahnlinien sowie alle Häfen beschädigt.

4500 Kraftfahrzeuge zerstört.

2923 Schulen zerstört oder beschädigt.

465 Pagoden und Tempel, 484 Kirchen ausgebombt.

350 Krankenhäuser beschädigt.

Insgesamt wurden 15 Mio Menschen direkt von der US-Aggression betroffen: Tote, Verwundete, Versehrte, Flüchtlinge, Witwen, Waisen, Obdachlose.

(Zahlenangaben nach: Vietnam. Destruction, War Damage, Hanoi 1977, S. 23-31)

der Spitze ab, um den Gegner zu täuschen.

Um sich gegen „Tunnelratten“ und Eisenstangen zu schützen, waren die Partisanen gezwungen, von den ersten Tunnels aus eine zweite, tiefere Ebene von unterirdischen Gängen anzulegen. Deren Eingänge sicherten sie mit zement-ähnlichen Platten ab. Oft waren die Amerikaner überzeugt, alle Kämpfer getötet zu haben, aber immer wieder wurden sie vom Gegenteil überzeugt! Daraufhin legten die Aggressoren eine Wasserleitung vom nahegelegenen Saigonfluß an die Tunnelleingänge und pumpten sieben Tage und Nächte pausenlos Wasser in die Gänge. Doch das Wasser floß durch die Gänge in der zweiten Ebene wieder in den Saigonfluß zurück. Die Kämpfer saßen derweil unter den Eingängen in der ersten Etage.

Sensoren und B-52 konnten den Widerstand nicht brechen

Im Rahmen der elektronischen Kriegführung – eine der letzten Stufen in der US-Eskalation des Krieges – sollten hochempfindliche Sensoren herausfinden, wo sich noch Leben in den Tunnels regte. Die an Fallschirmen herabgelassenen Sensoren sahen wie vertrocknete Äste von Bäumen oder Sträuchern aus. Sie registrierten jeden Laut. Folglich durften

die Partisanen unter der Erde nur sehr leise miteinander reden, oberhalb gar nicht. Sprach jemand dennoch über der Erde, dann – so erläutern die vietnamesischen Offiziere – antworteten kurze Zeit später schon hunderte von Geschützen und Kanonen.

Gegen Giftgas und Chemikalien kannten die Kämpfer nur ein Mittel. Da sie keine Gasmasken oder ähnliches besaßen, banden sie sich mit Urin und Oel getränkte Lappen vors Gesicht. Amputierte Befreiungskämpfer lagen oft 3 Monate im Dunkeln unter der Erde. Es war für viele Tunnelkämpfer schon ein große Freude, wenn sie nach mehreren Tagen oder Wochen erstmals wieder Sauerstoff über der Erde atmen konnten, da man sich in dieser Zeit sonst nur durch die eingebauten Luftlöcher versorgen konnte. (Daß man unter der Erde wegen der Sauerstoffknappheit einen genügenden Abstand voneinander halten muß, lernten diejenigen Teilnehmer aus der Reisegruppe kennen, denen es gelang, auch nur 100 m der 200 km langen Tunnels zu durchbrohen.)

Der letzte Versuch der US-Aggressoren und ihrer Helfer war der konzentrierte Einsatz der B-52 Bomber. Die unterirdischen Gänge sollten durch systematische Bombardierung getrennt und verschüttet werden. Erfolge blieben nicht aus, viele erstickten oder mußten an die Oberfläche kommen.

Andere kämpften weiter, legten Minen und schossen Panzer ab: „Wir halten einen Weltrekord: In 7 Minuten haben wir 21 Panzer außer Gefecht gesetzt“, bekräftigt einer der letzten Kommandeure, Oberstleutnant Linh und erklärt anschließend, wie sie mittels eines hochstehenden Zweiges, der mit einer Mine verbunden war, sogar einen tieffliegenden Hubschrauber abgeschossen haben.

Das „Bataillon im Kampfeswillen“

Sieben Mal wurde das hier kämpfende vietnamesische Bataillon der regulären Befreiungsstreitkräfte aufgerieben und immer wieder neu aufgestellt. Es trug den Ehrennamen „Bataillon im Kampfeswillen“. Von den 500 Kämpfern lebt heute nur noch einer. Von den Partisanen und der Dorfbewölkerung haben weit mehr überlebt. Drei Bataillone der US-Aggressoren wurden vernichtet, dazu noch viele Soldaten der Marionetten aus Saigon, Südkorea und Australien.

Ein Bataillonskommandeur der USA, der in Cu Chi einen Brustschuß erhielt, verriet einem AP-Korrespondenten in einem Saigoner Krankenhaus seinen innigsten Wunsch: Wenn er wieder gesund sei, möchte er einmal einen der Kommandeure der tapferen anderen Seite kennenlernen. Wir trafen sie. Und sie sagten mit leiser Stimme: „Wir haben gesiegt. Aber der Sieg war nicht so leicht für uns. Doch wenn der Feind wiederkäme, wir würden noch einmal kämpfen.“

Für die Reisegruppe aus der BRD war klar: Wir haben an diesem Tag in Cu Chi Helden getroffen, vor deren Taten und Opfermut wir uns mit Respekt verneigen.



**Vietnam
bleibt
unsere
Sache!**

Mitglied werden in der
„Gesellschaft für die Freundschaft
zwischen den Völkern in der Bundes-
republik Deutschland und der Sozial-
istischen Republik Vietnam, e.V.“,
Bismarckstr. 33, 4000 Düsseldorf 1

Rainer Falk

Westliche Strategien des »friedlichen Wandels«

Anfang November stimmten die fünf westlichen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats einem bindenden und unbefristeten Waffenembargo gegen die Republik Südafrika (RSA) zu – eine Maßnahme, die bislang stets durch eigenes Veto verhindert worden war. Ende Oktober schloß die Bundesregierung ihr Konsulat in Windhoek, das sie dort entgegen weltweiter Proteste jahrelang als einziges westliches Land neben Portugal aufrechterhalten hatte. Im September hatte die Europäische Gemeinschaft (EG) einen Verhaltenskodex für in Südafrika investierende multinationale Konzerne verabschiedet (siehe Kasten), mit dem das internationale Kapital zur Mißachtung von Apartheidgesetzen ermuntert werden soll. Seit dem Mord an Steve Biko und dem Verbot von 18 schwarzen Organisationen vornehmlich der Black Consciousness-Bewegung sowie dreier schwarzer Zeitungen hat die Intensität, mit der die Westmächte bestimmte Praktiken des Apartheidregimes verurteilen, sichtlich zugenommen.

Südafrika – ein „Sonderproblem“?

Waffenembargo und EG-Verhaltenskodex sind der vorläufige Höhepunkt eines diplomatischen Unternehmens, das die fünf westlichen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats seit Beginn des Jahres beharrlich verfolgen. Damit sollen neokoloniale Anpassungslösungen in Zimbabwe, Namibia und der RSA auch gegen den Widerstand der Rassistenregimes durchgesetzt werden. Das vorläufige Ergebnis besteht in einem neuen angloamerikanischen Rhodesienplan, im verstärkten Bemühen um eine Namibialösung seit Anfang April und in einer Serie von Verhandlungen mit der südafrikanischen Regierung, in der diese von der Notwendigkeit überzeugt werden soll, die krassesten Bestimmungen der Apartheidgesetzgebung fallen zu lassen. Im Unterschied zu Namibia und Zimbabwe ist in den Verhandlungen über die RSA der Übergang zur Mehrheitsregierung, die „schematische Anwendung des Prinzips One Man – One Vote“ jedoch kein

Erörterungsgegenstand. Deutlich erkennbar ist das westliche Bemühen, Südafrika als „Sonderproblem“ aus der international geführten Entkolonialisierungsdiskussion herauszuhalten. Indessen zeigen Waffenembargo und Verhaltenskodex, daß es dem Westen auch in Südafrika um einschneidende Veränderungen geht, die jedoch eher langfristig und gegen die authentische Befreiungsbewegung herbeigeführt werden sollen.

Eine Schlüsselrolle im Zusammenhang mit der diplomatischen Offensive des Westens im südlichen Afrika spielt zweifellos der neue UN-Botschafter der USA, Andrew Young. Seine bisweilen verbalradikalen Attacken auf das Apartheidregime dienen ebenso wie seine dunkle Hautfarbe als Mittel der Imagepflege des US-Imperialismus. Zuweilen jedoch und in entsprechender Gesellschaft kommt auch Young auf Kernpunkte westlicher Strategie zu sprechen. In einer Ansprache für südafrikanische Geschäftsleute Anfang des Jahres ließ er verlauten: „Mein Argument läuft auf meine Überzeugung hinaus, daß das freie Marktsystem die größte Kraft für einen konstruktiven Wandel überall auf der Welt sein kann. Die erfolgreichsten Gesellschaftsveränderungen können weder durch einige leidenschaftliche ideologische Doktrinen oder gar durch Waffengewalt – Gott bewahre! – kommen, sondern eher durch fortgeschrittene Technologie und Organisation zur Produktion von Gütern und Dienstleistungen.“¹



Diplomaten Young und Owen (m.) im Gespräch mit Mugabe (l.) u. Nkomo

Hauptpunkte des EG - Verhaltenskodex

- Freie Wahl von Arbeitnehmervertretungen durch die schwarzen Afrikaner und Zulassung des gewerkschaftlichen Koalitionsrechts. Gewerkschaften für die schwarzen Afrikaner sind nicht illegal und den Unternehmen ist freigestellt, mit ihnen zu verhandeln.
- Verbesserung der Freizügigkeit von einem Unternehmen und einem Arbeitsplatz zum anderen.
- Ausübung einer nichtdiskriminierenden Lohnpolitik unter Anwendung des Prinzips „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“.
- Gleichheit zwischen schwarzen und weißen Arbeitern in Bezug auf Beförderung, Ausbildung und Weiterbildung.
- Vermeidung jeglicher Diskriminierung in Bezug auf Wohnung, Transport, Erziehung, Gesundheitsfürsorge usw.
- Beseitigung der Rassentrennung am Arbeitsplatz, in den Kantinen, beim Sport und im Schulwesen.

Youngs dort lebhaft beklatschtes Eingeständnis offenbart gleich mehrere Kernelemente der gegenwärtigen imperialistischen Strategie im südlichen Afrika:

1. Wahrung der Kapitalinteressen

Wesentliches und übergeordnetes Ziel sowie treibendes Motiv der westlichen Afrikadiplomatie ist weniger der Erhalt des quasikolonialistisch funktionierenden Apartheidregimes, sondern vielmehr die langfristige Sicherung des Systems der kapitalistischen Ausbeutung im südlichen Afrika („das freie Marktsystem“). Auch für die politischen und strategischen Gesamtinteressen des Imperialismus werden wesentliche

Bestandteile der Apartheidgesetze als gefährlich eingeschätzt. Dies gilt umso mehr, je stärker das Apartheidregime sich mit extremen Maßnahmen der Unterdrückung in die internationale Isolierung hineinmanövriert und von den Westmächten nicht mehr offen unterstützt werden kann. Schon Ende 1974 erklärte der jetzige britische Premierminister James Callaghan, die Apartheidpolitik sei geeignet, „zu Chaos und Anarchie im südlichen Teil Afrikas und zur Ausbreitung des Kommunismus in diesem Teil der Welt zu führen.“² Die um Südafrikas größten Industriellen Harry Oppenheimer gescharten Kreise des „liberalen“ Kapitals haben das schon seit langem erkannt und fordern deshalb wesentliche Korrekturen am bestehenden sozialen und politischen Herrschaftsmechanismus.

Auch der angloamerikanische Rhodesienplan bringt vor allem die Interessen der Multis zum Ausdruck. Wie selbstverständlich wird dort davon ausgegangen, „daß (nach der Unabhängigkeit, d. Verf.) internationale ökonomische Hilfe-

stellung und ausländische Privatinvestitionen (!) nötig sein werden.“³ Um dies zu gewährleisten, soll – ähnlich wie im Kissingerplan – ein Fonds zwischen 1 und 1,5 Mrd Dollar bereitgestellt werden, den die westlich dominierte Weltbank verwalten soll und der auf eine gemeinsame Studie von State Department, Pentagon und CIA zurückgeht. Während der schwarzen Mehrheit nur verwaschen die „Garantie der individuellen Menschenrechte“ geboten wird, werden die sozialen Interessen von einheimischer weißer Minderheit und multinationalen Konzernen z. B. so ausgedrückt: „Schutz vor Raub und Eigentum; dies betrifft den Schutz vor Enteignung außer aus spezifischen Gründen im öffentlichen Interesse und dann sogar nur unter der Bedingung einer sofortigen Zahlung einer angemessenen Entschädigung (deren Höhe im Falle der Nichtübereinstimmung durch ein unabhängiges Gericht festgesetzt werden kann) und unter der Bedingung, daß die Entschädigung in einer angemessenen Zeitspanne ins Ausland überführt werden kann.“

Deklaration des ZK der SWAPO

Das jährliche Treffen des Zentralkomitees (ZK) der SWAPO von Namibia wurde vom 21.–24. September 1977 in Lubango, Südafrika, abgehalten. Die Eröffnungssitzung wurde beehrt durch die Anwesenheit von zwei Präsidenten aus revolutionären Bruderstaaten, aus der Volksrepublik Angola und der Republik Guinea-Bissau, Genosse Agostinho Neto und Genosse Luis Cabral. Darüber hinaus überbrachten Repräsentanten der Sowjetunion und Kubas brüderliche Solidaritätsbotschaften. Die Anwesenheit der Präsidenten der beiden revolutionären Bruderstaaten und ebenso der militärischen und diplomatischen Repräsentanten der Sowjetunion und Kubas belegt das kritische Stadium, das der namibische Kampf erreicht hat.

Die ZK-Tagung besprach die gesamte politische, militärische und diplomatische Situation Namibias im besonderen und des ganzen südlichen Afrika im allgemeinen und entwarf die Strategie und Taktik der Organisation zur beschleunigten Befreiung Namibias. Die Beratungen fanden in kameradschaftlichem und revolutionärem Geist statt, und als Ergebnis dieser offenen und tiefgreifenden Diskussionen verabschiedete die Organisation folgendes:

1. Trotz aller diplomatischen Unternehmungen durch die fünf westlichen Sicherheitsratsmitglieder und unablässiger öffentlicher Ankündigungen Südafrikas, daß es bereit sei, seine illegale Besetzung Namibias zu beenden, hat sich die Situation in Namibia nicht zum Besseren gewendet.
2. Sie hat sich im Gegenteil noch verschlimmert, da die Balkanisierung des Landes ständig fortschreitet. Zum Beispiel ist der Prozeß der Errichtung von elf Stammes-„Parlamenten“ und elf Stammesarmeen immer noch in vollem Gange.
3. Zudem bleibt die repressive Maschinerie der südafrikanischen Truppen völlig intakt. Auf diese Weise bleiben Einschüchterungen, Verhaftungen, Internierungen, Aburteilungen, Folter und Erschießungen an den Tagesordnungen.
4. Darüber hinaus gibt es eine neue und noch alarmierendere Entwicklung, nämlich den südafrikanischen Aggressionsakt der Verletzung der territorialen Integrität, indem es Walfisch Bai zum Teil Südafrikas erklärte.
5. Ein anderes neues explosives Element ist der schon gefährlichen Situation im südlichen Afrika hinzugefügt worden. Es ist dies Südafrikas Entwicklung von Kernwaffen und deren Erprobung in der als Testgebiet dienenden Kalahari-Wüste in Namibia. Die Verantwortung für diese gefährliche Entwicklung liegt direkt bei den westlichen Hauptländern, die das faschistische Südafrika mit dem technologischen Know-how der Kernenergie versorgen.
6. Das ZK verurteilt auf das Schärfste die fortwährenden politischen und militärischen Manöver Südafrikas, dem namibischen Volk eine Marionettenföderation von elf Mini-Stamm-„staaten“ aufzuzwingen.
7. Das ZK brandmarkt entschieden Südafrikas aggressive Verletzungen der territorialen Integrität Namibias in Bezug auf Walfisch Bai.
8. Das ZK verurteilt entschieden Südafrikas Benutzung von Namibia als Kernwaffen-Testgebiet, als Sprungbrett für Angriffsunter-

nehmungen gegen Nachbarländer und als Übungsplatz für UNITA-Konterrevolutionäre, die dazu benutzt werden, die Souveränität und Stabilität der Volksrepublik Angola zu unterminieren.

9. Darüber hinaus verurteilt das ZK entschieden Südafrikas politische Manöver, die darauf zielen, Scheinwahlen unter Aufsicht der Truppen abzuhalten mit der Absicht, ein marionettenhaftes neokolonialistisches Turnhallenregime einzurichten, und weist dies kategorisch zurück.

10. Das ZK bekräftigt den Standpunkt der SWAPO, daß eine Verhandlungslösung bezüglich der Unabhängigkeit Namibias nur auf der Basis eines völligen Rückzugs der südafrikanischen Truppen erreicht werden kann.

11. Im Lichte der obengenannten Tatsachen beschließt das ZK, den bewaffneten Befreiungskampf fortzuführen und zu intensivieren, als das wirksamste Mittel, die Beendigung der illegalen Okkupation des faschistischen Regimes von Südafrika zu erzwingen.

12. Weiterhin drückt das ZK den breiten Massen des namibischen Volkes seine Dankbarkeit aus für ihre eindrucksvolle und zielgerichtete Aktionseinheit gegen Südafrikas illegale Besetzung unseres Landes, und es ruft sie dazu auf, vereint zu bleiben und ihre Anstrengungen zu verdoppeln, um die Befreiung Namibias in kürzestmöglicher Zeit zu erreichen.

13. Das ZK gratuliert der Volksbefreiungsarmee Namibias PLAN herzlich zu ihren Heldentaten auf dem Schlachtfeld und den glänzenden Siegen und Erfolgen über die feindlichen Truppen.

14. Mit der gleichen Anteilnahme bezeugt das ZK den Patrioten Namibias, die im Kampf gefallen sind, den Exekutierten, den Verwundeten und den in feindlichen Gefängnissen und Internierungslagern Schmachthenden sowie den unter Hausarrest Stehenden seine Ehrerbietung.

15. Das ZK betont seine tiefe Dankbarkeit und Anerkennung gegenüber den Frontstaaten Angola, Botswana, Moçambique, Tansania, Sambia und anderen OAU-Mitgliedsstaaten für ihre unbeugsame und selbstlose materielle, moralische und politische Unterstützung, die sie für das namibische Volk durch die SWAPO geleistet haben.

16. Das ZK drückt gleichermaßen seinen aufrichtigen Dank allen sozialistischen Ländern, den skandinavischen Ländern, den Niederlanden und allen anderen fortschrittlichen und friedliebenden Ländern und Organisationen aus für ihre unnachgiebige Unterstützung des namibischen Volkes in seinem gerechten Kampf für nationale Befreiung.

17. Das ZK bekräftigt seine kämpferische Solidarität mit den Befreiungsbewegungen, namentlich dem ANC (Südafrika), der Patriotischen Front (Zimbabwe), der Polisario, der PLO und der Bewegung der Kanarischen Inseln, und übermittelt ihnen seine revolutionären Grüße.

(Quelle: SWAPO of Namibia, Information & Comments, Declaration of the SWAPO of Namibia Central Committee adopted on its meeting held from 21–24 September 1977, Stockholm, 28. 9. 1977)

2. Die „friedliche Lösung“

Erst recht wären die Interessen von internationalem Kapital und Hochfinanz durch eine „gewaltsame Auseinandersetzung“ gefährdet, die womöglich noch durch Befreiungsbewegungen mit einer „leidenschaftlichen ideologischen Doktrin“ siegreich zuende geführt würde wie etwa in Angola oder Moçambique. Deshalb spielt das propagandistisch in den Vordergrund gestellte Schlüsselwort vom „friedlichen“ oder „konstruktiven Wandel“ eine hervorstechende Rolle in dem Bemühen, den zusehends erfolgreicher geführten bewaffneten nationalen Befreiungskampf einzudämmen und zu kanalisieren. In diesem Sinne z. B. formulierte Harry Oppenheimer auf seine Art eine Lehre aus Angola: „Das wesentliche, worüber man sich klar sein muß, ist, daß jede denkbare friedliche Lösung völlig anders als jede gewaltsam erzwungene Lösung ist.“⁴ Oder, wie Entwicklungshilfeministerin Marie Schlei es ausdrückt: „Wir gehen den Weg der rechtzeitigen Reform, weil wir die Revolution als einen zerstörerischen Weg vermeiden wollen.“⁵

Deshalb versucht man das scheinbar Unmögliche möglich zu machen und dadurch seine „letzte Chance“ wahrzunehmen: In Zimbabwe die Befreiungsarmee mit der Smitharmee zu „verschmelzen“, den Smithschen Macht- und Gewaltapparat aber unangetastet zu lassen; in Namibia die SWAPO zur Einstellung des bewaffneten Kampfes aufzufordern, ohne einen vorherigen vollständigen Truppenrückzug Pretorias sicherstellen zu können; in Südafrika mit Reformen dem bewaffneten Kampf zuvorzukommen, ohne auf Vorster und seine weiße Minderheit als Bündnispartner, bei dem das „Privileg zum Wandel“ läge⁶, fallen zu lassen.

3. Die „neue soziale Strategie“ der Multis

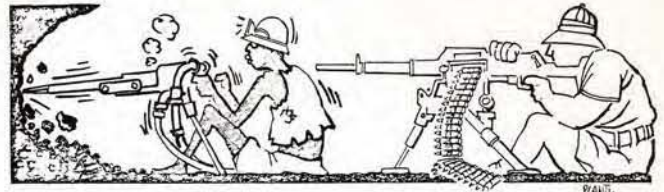
Nicht hinein in dieses Konzept paßt jedoch die weltweit erhobene Forderung nach einem Rückzug des westlichen Kapitals aus Südafrika. Ihm wird vielmehr eine zentrale Funktion als „Träger des Wandels“ zugeordnet. Dabei wird angeknüpft an bestimmte Grenzen, die das System der Apartheidgesetzgebung der Modernisierung des kapitalistischen Produktionssystems der RSA setzt. Vor allem aber soll so der Tendenz entgegengewirkt werden, daß die schwarze Mehrheit in zunehmendem Maße die Verbrechen des Apartheidsystems mit dem kapitalistischen System identifiziert. Dies ist der reale Kern, der hinter dem Verhaltenskodex der EG steckt.

Im März d. J. verpflichteten sich auch 12 US-amerikanische Großkonzerne zu einer „Konzertierten Aktion zum Abbau der Rassenungleichheit“ in Südafrika. Die Propaganda für das neu aufgeputzte „soziale“ Image der internationalen Konzerne kann jedoch weder über die Unverbindlichkeit eines solchen „Ehrenkodex“ hinwegtäuschen noch über die Tatsache, daß sich von den insgesamt 300 US-amerikanischen und 400 bundesdeutschen Konzernfilialen in Südafrika höchstens 33 bzw. 10 zu derart „weitreichenden“ Maßnahmen wie zum Einreißen von Trennwänden in Kantinen o. ä. bereitfinden wollten.

4. Die Suche nach geeigneten Kollaborateuren

Freilich stellen die multinationalen Konzerne oder das „liberale“ südafrikanische Kapital allein keine ausreichende soziale Basis dar, auf die sich ein neokolonialistischer Wandlungsprozeß stützen könnte. Vor allem unter der schwarzen afrikanischen Mehrheit suchen die Westmächte wie die herrschenden Kreise im südlichen Afrika deshalb kollaborationsbereite Kräfte.

In Zimbabwe erblicken sie in Marionettenführern à la Muzo-



rewa und Sithole, die sich beide zum „Gewaltverzicht“ verpflichtet haben, ihre Chance. Gleichzeitig versuchen sie auf die nach wie vor heterogene Patriotische Front Einfluß zu nehmen. Ebenso gehen die Versuche weiter, die einheitliche antirassistische Phalanx der Frontstaaten über die Nutzung interner Entwicklungswidersprüche und wirtschaftlicher Schwierigkeiten aufzusplittern. Zu diesem Zweck konzentriert die BRD unter Marie Schlei zunehmend ihre Entwicklungshilfe auf als „gemäßigt“ geltende Frontstaaten wie Botswana, Sambia und Tansania. „Sie (d. h. Marie Schlei)“ – so die Zeit am 30. 9. 1977 – „setzt auf die Befreiungsbewegungen, nicht zuletzt mit dem Hintergedanken, einer weiteren Radikalisierung entgegenzuwirken.“

In Namibia gelten nach wie vor die traditionellen und von Pretoria abhängigen Bantustanhäuptlinge als zuverlässige Kollaborateure, die – in einer „Turnhallenpartei“ unter dem Vorsitz von Dirk Mugde vereint – in Wahlen unter der Kontrolle von Pretorias Besatzungsarmee zum „demokratisch“ legitimierten neokolonialistischen Regime avancieren könnten, wenn es gelänge, die SWAPO auszumanövrieren. Dies ist jedoch in Anbetracht des ständig wachsenden internationalen Ansehens der SWAPO und ihres internen Masseneinflusses kaum denkbar. Bemerkenswert sind deshalb bekanntgewordene Versuche seitens westlicher Geheimdienste, Agenten in die Volksbefreiungstreitkräfte Namibias (PLAN) einzuschleusen.⁷

Grenzen der imperialistischen Strategie

Vor allem in Südafrika jedoch muß ein ausreichender sozialer Nährboden für neokolonialistische Lösungswege erst geschaffen werden. Bislang behinderte die restriktive Apartheidgesetzgebung die Entstehung einer breiten schwarzen Mittelklasse und Bourgeoisie. Umso ärgerlicher mußten deshalb westliche Strategen reagieren, als das Vorster-Regime im Oktober d. J. mit dem Verbot von 18 schwarzen Organisationen eine legale Entfaltung als „gemäßigt“ geltender Kräfte innerhalb der Black Consciousness-Bewegung zu behindern drohte. Nicht zufällig traf sich Andrew Young Anfang 1977 im Haus Harry Oppenheimers mit einer Gruppe von Führern der Studentenorganisation SASO. Die ideologische Heterogenität der Black Consciousness-Bewegung bietet genug Ansatzpunkte für eine weitsichtige Förderung des „Schwarzen Kapitalismus“ (siehe AIB, Nr. 7 und 11/1977).

Wiederum ist es kein geringerer als Harry Oppenheimer, dessen Konzern mit einer Millionienstiftung das soziale Problem der schwarzen Vorstädte in den Griff bekommen und „Aufstiegsmöglichkeiten“ für Schwarze innerhalb des bestehenden Systems positiv beeinflussen will. Denn auf Dauer kann nach Oppenheimer, dessen Vorstellungen sich in vielen Punkten mit der westlichen Strategie bis ins Detail decken, das System der „freien Wirtschaft“ in Südafrika nicht erhalten werden, wenn der Mehrheit der afrikanischen Bevölkerung nicht die Möglichkeit gegeben wird, „sich der Annehmlichkeiten dieses Systems zu erfreuen“ und an seinem Wohlstand sowie an den politischen Entscheidungen teilzunehmen⁸.

Freilich ist die Strategie des „friedlichen Wandels“ nicht nur innerlich widersprüchlich, sondern wird durch objektive Fak-

toren in ihren Erfolgchancen eingeschränkt. Sie will und kann auf den prinzipiellen Bündnispartner Vorster nicht verzichten, sie will ihn „überzeugen“, sich den geforderten Anpassungen an die neuen Bedingungen nicht länger zu verschließen. Deshalb wird z. B. in der Begründung des Waffenembargos die jüngste Maßnahme des Organisationsverbots angeführt, nicht das „System der Apartheid“, wie es die afrikanischen Staaten gefordert hatten. In seiner praktischen Bedeutung ist es ohnehin stark eingeschränkt dank der großenteils eigenständigen Rüstungsindustrie, über die Südafrika dank der jahrzehntelangen Aufrüstung durch die Westmächte verfügt. Wirtschaftliche Sanktionen wurden zum wiederholten Male durch Veto blockiert.

Eine intensivierete Investitionstätigkeit multinationaler Konzerne – auch unter „sozialen“ Vorzeichen – stärkt objektiv das Apartheidsystem und die relative Eigenständigkeit, über die der südafrikanische Imperialismus eben dank der Milliardeninvestitionen und Kapitalkredite aus dem Westen heute verfügt. Die konsequente Befolgung der langfristigen Ziele, die der EG-Verhaltenskodex beinhaltet, wird nicht nur an der fehlenden Verbindlichkeit des Kodex, sondern vor allem an den kurzfristigen Profitinteressen der einzelnen Konzerne scheitern. Die Erklärung des westdeutschen BDI, sich nicht an den Kodex halten zu wollen, zeigt das.

Durch eine Verschärfung der Unterdrückung will das Vorster-Regimes nunmehr jene „Stabilität“ wiederherstellen, die für das ungehinderte Florieren der Kapitalprofite notwendig ist. Ob dieser extrem reaktionäre Ausweg aus der Herrschaftskrise des südafrikanischen Systems angesichts der zunehmenden Massenbewegungen in Südafrika und even-

tueller Unabhängigkeitsregierungen in Zimbabwe oder/und Namibia gangbar ist, das gilt auch bei den Westmächten als fraglich. Andererseits sind deren neokolonialistische Lösungen heute aufgrund der Erfahrungen, die die Völker der ehemaligen portugiesischen Kolonien und das südlichen Afrika in jahrzehntelanger und harter Auseinandersetzungen mit der westlichen Politik gewonnen haben, wesentlich schwerer durchsetzbar als zu Beginn der Entkolonialisierung in Afrika. Insofern scheint die auch von bürgerlichen Kommentatoren vielfach geäußerte Befürchtung nicht unberechtigt, die Strategie der „friedlichen Lösung“ komme um 10 oder 20 Jahre „zu spät“.

Anmerkungen:

- 1) Zit. nach: M. Williams, *There is a Solution to the Crisis*, hektographiert, London 1977
- 2) *Parliamentary Debates (Hasard)*, House of Common, Official Report, Fifth Series, Bd. 880, Sp. 1049
- 3) Der Text des Rhodesienplans wird zit. nach der im *Guardian Weekly*, London, 11. 9. 1977 veröffentlichten Fassung.
- 4) Zit. nach: AIB, Nr. 11/1977
- 5) Zit. nach: Ostrowsky, *Nationaler Befreiungskampf und Klassenkampf in Südafrika*, Manuskript, maschinenschriftlich, Marburg 1977
- 6) So heißt es in einem Forschungsprojekt des Arnold-Bergstraesser-Instituts, das auf der Jahrestagung des Arbeitskreises der Afrikaforschungs- und Dokumentationsstellen der BRD vom 23.-26. Februar 1977 vorgestellt wurde. Die Tagung von 30 Afrikainstituten stand bezeichnenderweise unter dem Thema „Zukunftsperspektiven für friedlichen Wandel im südlichen Afrika“.
- 7) Vgl. *Afrique Asie*, Paris, Nr. 144/19. 9. 1977. Siehe auch den CIA-Geheimplan gegen die SWAPO in AIB, Nr. 2/1977.
- 8) Vgl. dazu: *Anglo American Corporation of South Africa Limited, Chairman's Statement 1977*, Johannesburg, 4. 5. 1977; *Der Spiegel*, Nr. 33 und 43/1977.

Äthiopien

Georg Polikeit

Die Radikalisierung der äthiopischen Revolution

Äthiopien ist das meistumkämpfte Land des in den letzten Monaten eskalierten Rote Meer-Konflikts, dessen Gesamtzusammenhänge wir in AIB 10/1977 bereits vorstellten. Nach vertiefenden Einzeldarstellungen solcher hauptbeteiligter Staaten wie Saudi Arabien und Sudan (in AIB 10 bzw. 11/1977) sollen in den nächsten Ausgaben gesonderte Analysen zur Eritreafrage und zu Somalia folgen.

G. Polikeits Äthiopien-Beitrag hat den Radikalisierungsprozeß der äthiopischen Revolution seit Anfang 1977 und die Problematik des Ogadenkonflikts zum Gegenstand.

Der „Konflikt am Horn von Afrika“ zwischen Äthiopien und Somalia, der in den letzten Monaten immer wieder neue Pressemeldungen hervorrief, ist keineswegs in erster Linie ein nationales oder regional-afrikanisches Problem. Vielmehr ist damit in Nordostafrika ein neuer explosiver Spannungsherd mit internationaler Tragweite entstanden. Er berührt nicht nur die Interessen der beiden unmittelbar beteiligten Staaten, sondern aller Völker und aller Kräfte des antiimperialistischen Befreiungskampfes in Afrika und in der ganzen Welt.

Die Entstehung dieses Konfliktes erklärt sich auch nicht in erster Linie aus nationalen oder regionalen Faktoren, wie es in vielen Darstellungen bei uns versucht wird. Gewiß be-



Staatschef Mengistu (l.) und verdrossener US-Militärattaché in Addis Abeba

standen zwischen den beiden unmittelbar beteiligten Staaten Somalia und Äthiopien schon seit längerer Zeit Meinungsverschiedenheiten über den Verlauf der äthiopisch-somalischen Grenze und über die im Südosten Äthiopiens gelegene, überwiegend aus wüstenartigen Steppen bestehende Provinz Ogaden, in der vor allem nomadisierende Volksgruppen der gleichen ethnischen Abstammung und wie die Hauptvölker Somalias leben. Zweifellos ist die Grenze zwischen den beiden Ländern ein Erbe der kolonialen Vergangenheit, die – wie viele andere Grenzen auf dem afrikanischen Kontinent – vor Jahrzehnten durch das Eingreifen der ausländischen Kolonialmächte ohne Rücksicht auf bestehende, ethnische, ökonomisch-territoriale oder geographische Gegebenheiten gezogen worden war.

Doch in einen gefährlichen militärischen Konflikt ver wandelten sich die über diesen Grenzverlauf bestehenden Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Staaten nur dadurch, daß sich fremde imperialistische Kräfte, vor allem der USA-Imperialismus und seine Verbündeten und politischen Helfershelfer, in die vorhandenen Streitigkeiten einmischten, um ihre eigenen imperialistischen Ziele zu verfolgen. Diese richten sich in Wahrheit gegen die echten nationalen Interessen **beider** unmittelbar beteiligten afrikanischen Staaten und gegen die antiimperialistische Befreiungsbewegung in Afrika überhaupt.¹

Sicher sind es mehrere Faktoren, die den Imperialismus veranlaßten, gerade zum jetzigen Zeitpunkt eine Aktivierung des Konflikts zwischen Somalia und Äthiopien anzustreben. Der Einfluß der antiimperialistischen Kräfte war nach der Konsolidierung von drei Staaten mit nationaldemokratischer Orientierung im Raum des Roten Meeres (Volksdemokratische Republik Jemen, Somalia und Äthiopien) stark angewachsen. Dies hatte zusammen mit der Ausstrahlung der erfolgreichen revolutionären Entwicklung in Ländern wie Angola und Moçambique auch beträchtliche Auswirkungen auf das Anwachsen der antiimperialistischen Kräfte im Süden Afrikas.

Ein wesentlicher Grund für die Verstärkung der imperialistischen Machenschaften liegt jedoch auch in der inneren Entwicklung Äthiopiens in den letzten Monaten. Der Zeitpunkt der Zuspitzung des somalisch-äthiopischen Konflikts ist unter diesem Gesichtspunkt keineswegs zufällig.

Äthiopische Revolution an kritischem Punkt

Die Entwicklung der äthiopischen Revolution war gegen Ende des Jahres 1976 an einen kritischen Punkt gelangt.² Auf der einen Seite waren bedeutende revolutionäre Veränderungen in der Struktur der Gesellschaft und im Leben des ganzen Volkes vollzogen, die frühere feudalistische Gesellschaftsordnung Äthiopiens zerstört worden. Auf der anderen Seite spitzten sich vor dem Hintergrund der riesigen objektiven Probleme und Schwierigkeiten, die sich aus der vom Feudalregime verursachten ökonomischen, sozialen, politischen und kulturellen Rückständigkeit ergaben, die inneren Klassenauseinandersetzungen um den weiteren Weg Äthiopiens nach der erfolgreichen antifeudalen Revolution zu.

Dabei verband sich der Widerstand der gestürzten konterrevolutionären Kräfte des Feudalregimes, die zwar von der politischen und ökonomischen Macht verdrängt, aber damit natürlich noch nicht völlig aus dem gesellschaftlichen Leben des Landes verschwunden sind, mit dem Widerstand anderer Kräfte, die zwar den Sturz des Feudalregimes bejahten, aber damit keiner antiimperialistisch-nationaldemokratischen und sozialistischen Orientierung Äthiopiens den Weg bahnen wollten, sondern eine kapitalistische Entwicklung des Landes nach „westlichem Vorbild“, in mehr oder weniger enger Kollaboration mit dem Imperialismus, anstrebten.

Die proimperialistischen und reaktionären Kräfte unternahmen ab Frühjahr/Sommer 1976 alle Anstrengungen und setzten alle Mittel ein, von der Wirtschaftssabotage und der Anstiftung von Chaos und Unruhe bis zu unverhülltem Mordterror und bewaffneten Bandenüberfällen, um die Weiterentwicklung der äthiopischen Revolution auf dem vom Provisorischen Militärischen Verwaltungsrat (DERG) im April 1976 beschlossenen nationaldemokratischen Entwicklungsweg mit sozialistischer Orientierung zu verhindern. Ihr Ziel war es, die progressiven Kräfte, die sich unter der Führung des Programmes der Nationaldemokratischen Revolution³ zusammengeschlossen hatten, zu spalten und zurückzudrängen, den Einfluß dieser Kräfte innerhalb des Militärates zu beseitigen und letztlich anstelle des nationaldemokratisch und antiimperialistisch orientierten Militärregimes eine prokapitalistische und proimperialistische Staatsmacht zu schaffen, eine konterrevolutionäre Entwicklung einzuleiten.

Gescheiterte Verschwörung zur Jahreswende 1976/77

Dabei traten die Gegner der antiimperialistischen Entwicklung Äthiopiens bald mit bürgerlich-pluralistisch und reformistisch verbrämten Forderungen nach „freier Zulassung aller Parteien“ und Schaffung einer „Zivilregierung“, bald unter ultralinks gefärbten Parolen auf. Eine besonders negative Rolle spielte in diesem Zusammenhang auch die in einem scheinrevolutionären Gewand auftretende illegale Äthiopische Revolutionäre Volkspartei (EPRP), die gewisse Wurzeln in einem Teil der äthiopischen Studenten im Ausland hatte. In Äthiopien selbst machte diese konspirativ operierende Gruppierung jedoch durch ihre ultralinks maskierte



Äthiopische Volksmiliz

Agitation gegen die progressiven Kräfte des Militärates und durch ihre kriminellen terroristischen Attentate und Mordanschläge auf Vertreter der revolutionären Bewegung seit dem Frühjahr/Sommer 1976 ihren wahren konterrevolutionären Charakter sichtbar.

Die Auseinandersetzung um den weiteren Entwicklungsweg der äthiopischen Revolution, die Ende 1976 an Schärfe zunahm, widerspiegelte sich auch innerhalb des Militärates selbst.

Am 5. Februar 1977 vereitelten die konsequent revolutionären Kräfte des Militärates unter Führung von Oberstleutnant Mengistu Haile-Mariam einen Putschversuch einer Verschwörergruppe innerhalb des Militärates, der auch der damalige DERG-Vorsitzende Terefi Benti angehörte. Aus einem sichergestellten 47seitigen Geheimdokument der Verschwörer ging hervor, daß sie schon seit geraumer Zeit darauf hinarbeiteten, die weitere Entwicklung der Revolution auf dem Weg des beschlossenen nationaldemokratischen Programms zu bremsen, die politische Organisation der Volksmassen und deren Bewaffnung zu hemmen, und schließlich im Einvernehmen mit Kräften der inneren Reaktion und ausländischen imperialistischen Kreisen einen Staatsstreich zur Errichtung ihrer politischen Alleinherrschaft unter Ausschaltung der konsequent revolutionären linken Kräfte des Militärates durchzuführen.

Übergang aus der Defensive in die Offensive

Oberstleutnant Mengistu Haile-Mariam, der nun den Vorsitz des DERG selbst übernahm, kündigte auf den unmittelbar nach der Niederschlagung des Komplotts stattfindenden Massenversammlungen an, daß die äthiopische Revolution nunmehr „aus der Defensive in die Offensive“ übergehen werde.

Tatsächlich unternahm der Militäratt in Frühjahr 1977 eine Reihe energischer Maßnahmen, um die Schaffung von Bauernmilizen und auch von Betriebs- und Einwohnermilizen in den städtischen Wohnvierteln voranzutreiben, sie mit Waffen auszurüsten und auszubilden. Ende Juni fand anlässlich des „Tages der Armee und der Miliz“ ein großer Appell statt, auf dem die Volksmilizen erstmals in einer Massenparade aufmarschierten.

Bereits vorher begannen Armee und Milizen gemeinsam mit einer Serie energischer Säuberungsmaßnahmen gegen bewaffnete Banden, die Ende des Jahres 1976 in verschiedenen Teilen des Landes Überfälle verübten, Unsicherheit verbreiteten und teilweise auf offener Straße Mordanschläge auf Vertreter des DERG ausführten. Im Frühjahr und Sommer 1977 wurden eine Reihe größerer konterrevolutionärer Banden dieser Art ausgehoben bzw. zur Kapitulation gezwungen.

Gleichzeitig wurde der Ausbau der politischen Massenorganisationen, die Bildung und Festigung der Bauernvereinigungen auf dem Lande und der Einwohnervereinigungen in den Städten als Keime lokaler Selbstverwaltungs- und Machtorgane des Volkes vorangetrieben.

Am 1. Mai 1977 erließ die Staatsführung anlässlich großer Massendemonstrationen einen Aufruf zu einem landesweiten Produktionsaufgebot für die spürbare Steigerung der materiellen Produktion in Stadt und Land, dessen Träger die betrieblichen Gewerkschaftsorganisationen und die örtlichen Bauernvereinigungen sind. Anfang Juli 1977 beauftragte der Militäratt die zuständigen staatlichen Organe, unverzüglich mit der Erarbeitung von Grundlagen für eine längerfristige Wirtschaftsplanung, zunächst für einen Zeitraum von zwei bis drei Jahren, zu beginnen.

Anfang August fand in Addis Abeba der außerordentliche Kongreß des neuformierten All-Äthiopischen Gewerkschafts-

bundes (AETU)⁴ statt, auf dem die Bildung von Arbeiterkomitees in allen Betrieben zur Überwachung und Steigerung der Produktion initiiert wurde. Im Zusammenhang damit wurde mitgeteilt, daß die auf revolutionärer Grundlage neuformierte Gewerkschaftsbewegung Äthiopiens nunmehr über 300 000 Mitglieder in 1 400 Grundorganisationen erfaßt (die dreifache Mitgliederzahl gegenüber dem noch unter der Feudalherrschaft gebildeten und später aufgelösten reformistischen Gewerkschaftsverband CELU).

Mitte September wurde in einer Erklärung des DERG auch die Gründung eines All-Äthiopischen Bauernverbandes (AEFA) bekanntgegeben, der alle lokalen Bauernvereinigungen zu einer gesamt-nationalen Organisation zusammenfaßt.

Aus diesen Angaben ist ersichtlich, daß die Organisierung der Arbeiterklasse und der anderen werktätigen Volksschichten ebenso wie die Anstrengungen zur Lösung der ökonomischen Probleme nach der Klärung der Situation in der militärischen Führung im April 1977 zielstrebig vorangetrieben wurde.

Auch die Verwirklichung des Programms der Nationaldemokratischen Revolution in Bezug auf das Nationalitätenproblem wurde energisch in Angriff genommen. Beispielsweise fand Mitte April in Ostäthiopien eine Versammlung von Repräsentanten der in Äthiopien lebenden nationalen Minderheit der Afar-Nomaden statt, die Vorschläge des DERG für eine regionale Autonomie dieser Stämme billigte. Der zu dieser Beratung entsandte Vertreter des DERG, Leutnant Negusse-Negassa, fiel auf dem Rückweg einem Mordanschlag zum Opfer.

Klare antiimperialistische Positionen

Schließlich kam es im Frühjahr/Sommer 1977 auch zu einer weiteren Ausprägung der antiimperialistischen Position des Militärates unter Führung von Mengistu Haile-Mariam in außenpolitischen Fragen.

Ende April wurden drei westliche Korrespondenten aus Äthiopien ausgewiesen, die sich als „Werkzeuge der Konterrevolution“ betätigt hatten, und kurz darauf eine Reihe von US-Einrichtungen wie die Filiale des US-„Informationsdienstes“ USIS in Addis Abeba und andere ausländische Institutionen, sowie die Konsulate der USA und ihnen verbundener anderer Länder in Eritrea behördlich geschlossen, weil sie sich als Koordinierungszentralen der CIA mit den konterrevolutionären Kräften in Äthiopien erwiesen hatten.

Einen Monat später wurden die Büros der Militärattachés der USA, Großbritanniens und Ägyptens und die ihnen unterstehenden militärischen Einrichtungen in Äthiopien geschlossen und das Militärpersonal zur Rückkehr in seine Heimat aufgefordert. Großbritannien wurde zum Rückzug seiner See-, Land- und Luftstreitkräfte und die USA zur Reduzierung ihres diplomatischen Personals auf die Hälfte aufgefordert. Von diesen Maßnahmen war auch der wichtige US-Stützpunkt Kängew-Station in Eritrea betroffen, eine der fünf wichtigsten elektronischen Überwachungs- und Abhörstationen der USA in der Welt, von der aus angeblich sowohl Signale aus der Sowjetunion aufgefangen wie ganz Mittel- und Ostafrika und der Vordere Orient überwacht werden konnten.

Mitten in dieser Auseinandersetzung fuhr der Militäratt-Vorsitzende Mengistu Anfang Mai d. J. zu Verhandlungen in die Sowjetunion, die im Geist solidarischer Verbundenheit verliefen. Einige Wochen später besuchte eine Delegation des Militärates die DDR und die anderen europäischen sozialistischen Staaten, wobei neben politischen auch Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit beraten wurden.

Gleichzeitig unterstrichen die Führer des Militärates ihren

außenpolitischen Kurs der Nichtpaktgebundenheit und der antiimperialistischen Solidarität. In einem Interview mit der libanesischen Zeitschrift Al Hurriya im Juli 1977 erklärte der DERG-Vorsitzende Mengistu beispielsweise: „Der gerechte Kampf des palästinensischen Volkes unter Führung der PLO genießt unsere volle Unterstützung. Es wäre sehr gut, wenn die PLO zur weiteren Festigung der Beziehungen mit unserem Staat in Addis Abeba eine offizielle Vertretung eröffnen würde. Wir sind bereit, der PLO für die Einrichtung eines solchen Büros das Gebäude der ehemaligen israelischen Botschaft in Addis Abeba zur Verfügung zu stellen.“

In anderen außenpolitischen Erklärungen brachte die äthiopische Militärregierung ihre Solidarität mit Angola zum Ausdruck. Anlässlich des Referendums über die Unabhängigkeit Djiboutis betonten die Vertreter des DERG, daß Äthiopien keinerlei territoriale Ansprüche gegen Djibouti erhebe und bereit sei, das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten auch auf ein unabhängiges Djibouti anzuwenden. Am 25. Juli 1977 erklärte Mengistu vor Journalisten in Addis Abeba, daß Äthiopien zur freundschaftlichen Lösung der mit dem Sudan bestehenden Probleme bereit sei. Außerdem wiederholte er bei dieser Gelegenheit das äthiopische Angebot, mit der Ausbildung von Befreiungskämpfern aus dem südlichen Afrika zu beginnen.

Damit sind auch die außenpolitischen Positionen der äthiopischen Militärregierung klar umrissen. Auch auf diesem Gebiet bestätigt sich wie in der inneren Entwicklung die Einschätzung, daß sich der revolutionäre Entwicklungsprozeß in Äthiopien entsprechend der beschlossenen nationaldemokratischen Orientierung im Jahr 1977 in heftigen Klassenauseinandersetzungen weiter gefestigt und beschleunigt hat. Die Linksentwicklung der äthiopischen Revolution machte trotz aller Schwierigkeiten und erbitterten Widerstände weitere Fortschritte.

Und eben hierin ist ein entscheidender Grund dafür zu suchen, daß ab Ende Juni/Anfang Juli 1977 der äthiopisch-somalische Konflikt systematisch geschürt und bis zu regelrechten Kriegshandlungen aufgeschaukelt wurde.

Der Konflikt um Ogaden

Daß es sich hierbei keineswegs um einen „Aufstand“ einer „unterdrückten nationalen Minderheit“ gegen die äthiopische Militärregierung, sondern um eine direkte bewaffnete Intervention Somalias in Äthiopien unter Verletzung der Prinzipien der Organisation für afrikanische Einheit (OAU) handelt, sagen selbst die großbürgerlichen Presseorgane und Nachrichtenagenturen in unserem Land in ungeschminkter Offenheit. So die Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 2. 8. 1977: „Die Ausrede, daß es sich bei den Kämpfen in der Provinz Ogaden um einen Aufstand von Äthiopiern somalischer Abstammung gegen die marxistische Zentralregierung von Addis Abeba handle, in die Somalia nur indirekt verwickelt sei (durch Unterstützung der Rebellen), ist fadenscheinig. In Wirklichkeit ist hier ein handfester Krieg zwischen zwei Nachbarn im Gange.“

Tatsächlich begann genau nach den Februar-Ereignissen in Äthiopien, bei denen die konsequent revolutionären Kräfte den Sieg davontrugen, die Intensivierung der Beziehungen des reaktionären Regimes von Saudi Arabien mit Somalia. Hinter Saudi Arabien stehen der US-Imperialismus und die NATO.

Im April und Mai 1977 wurde der Plan eines „Sicherheitsgürtels am Roten Meer“ auf einer Tagung der NATO-Außenminister in London und bei einem Treffen Carters mit dem saudiarabischen Kronprinz Fahd, im Juni d. J. das gleiche Thema auf der Londoner Gipfelkonferenz der imperialistischen Mächte beraten. Die New York Times schrieb dazu:

„Saudi Arabien, Ägypten und der Sudan versuchen, Somalia in die Allianz der Staaten am Roten Meer einzubeziehen.“ Am 26. Juli kündigten die USA und Großbritannien, wenig später auch die französische Regierung an, daß sie bereit seien, Somalia „Waffenhilfe“ zu gewähren.

Somit ist klar ersichtlich, daß der eigentlich Anlaß des Streits zwischen Somalia und Äthiopien nicht von den weitreichenden politisch-strategischen Absichten zu trennen ist, die der Imperialismus, besonders der US-Imperialismus und die ihm verbundenen reaktionären Regimes einiger arabischer Staaten, mit der Anstachelung dieses Streites verfolgen.

Die nationale Politik dem Antiimperialismus unterordnen

Hieraus ergibt sich aber die Schlußfolgerung, daß eine authentisch nationale Politik in dieser Frage niemals ohne die Berücksichtigung dieser weitreichenden politischen Zielsetzung des Imperialismus gegen die antiimperialistische Befreiungsbewegung in Afrika und dem Nahen Osten bestimmt werden kann. Eine authentisch nationale Position kann nur davon ausgehen, daß eine wirklich unabhängige nationale und demokratische Entwicklung des eigenen Landes lediglich möglich ist, wenn es sich aus imperialistischer Abhängigkeit und Ausbeutung befreit und die machtpolitischen Ambitionen des Imperialismus in Afrika zurückgewiesen werden. Ein politisches Handeln jedoch, das den Interessen und Plänen des Imperialismus entgegenkommt oder ihm sogar in die Hände spielt, kann niemals eine nationale Politik sein, selbst wenn es mit nationalen Interessen und Parolen begründet wird.

Im konkreten Fall heißt dies: Eine nationale Politik sowohl in Äthiopien wie in Somalia kann nur eine Politik sein, die die bestehenden Meinungsverschiedenheiten zwischen beiden Ländern dem gemeinsamen Interesse **beider Völker am Kampf gegen den Imperialismus unterordnet**. Keine historische oder ethnische Argumentation könnte es rechtfertigen, daß durch das Infragestellen des Grundsatzes der OAU über die Unverletzlichkeit der heute bestehenden Grenzen in Afrika der gemeinsame Feind aller afrikanischen und arabischen Völker einen Vorteil erlangt und seine Machtgebiete, die die Unabhängigkeit und revolutionärdemokratische Entwicklung aller afrikanischen Länder bedroht, zur Geltung bringen kann. Deshalb muß das gemeinsame Interesse des Kampfes gegen den Imperialismus gegenüber allen anderen Interessen und Problemen den Vorrang haben und im Übrigen eine einvernehmliche, friedliche Klärung der bestehenden Meinungsverschiedenheiten angestrebt werden.

Eben darauf drängen die Freunde der revolutionären Kräfte Äthiopiens und Somalias im Interesse der weiteren progressiven Entwicklung beider Länder und im gemeinsamen Interesse aller antiimperialistischen Kräfte der Welt.

Anmerkungen:

- 1) Siehe hierzu M. Kamil, Konflikt am Horn von Afrika, in: AIB, Nr. 10/1977
- 2) Vgl. auch Analyse G. Polikeits in: AIB, Nr. 11-12/1976 und Nr. 1/1977
- 3) Wortlaut des Programms in: AIB, Nr. 11-12/1976
- 4) Die AETU ist Mitglied des Weltgewerkschaftsbundes.

**Adressenänderungen
bitte rechtzeitig
bekanntgeben!**

Peter Wahl

Pariser Nahost - konferenz: Ja zur PLO

Internationale Zusammenkünfte nichtstaatlicher Organisationen und Gruppen haben in der Regel gegenüber Staatenkonferenzen einen großen Vorteil: sie unterliegen nicht den Zwängen diplomatischer Rücksichten, Verfahrensfragen bleiben von untergeordneter Bedeutung. Folglich wird auf solchen Treffen offener und ungezwungener selbst über komplizierteste Probleme diskutiert. Dies trifft nachgerade auf die „Internationale Konferenz für eine gerechte Lösung der Nahostkrise“ in Paris vom 14.-16. Oktober 1977 zu, auf der gesellschaftliche Organisationen, Parteien und Solidaritätskomitees aus rund 60 Ländern – aus der Bundesrepublik nahm das Antiimperialistische Solidaritätskomitee (ASK) teil – und 16 internationale Organisationen die Lösungsmöglichkeiten für den Nahostkonflikt berieten.

Essentials einer gerechten Lösung

Die Anwesenheit von Teilnehmern aus Israel, die sich selbst als „linke Zionisten“ bezeichneten, sorgte dafür, daß auch kontrovers diskutiert wurde. Daß dabei in ideologischen Grundfragen keine Einigung erzielt werden konnte, war zu erwarten; die Widersprüchlichkeit „linkszionistischer“ Positionen wird erst in einem langwierigen Prozeß aufzulösen sein. Doch interessant genug bleibt es, daß selbst diese „linken Zionisten“ mit der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) und mit den anderen Teilnehmern der Konferenz schließlich in den politischen Essentials einer zukünftigen Friedensregelung übereinstimmen: Rückzug Israels aus allen im Juni 1967 besetzten Gebieten, Anerkennung der legitimen Rechte des palästinensischen Volkes einschließlich des Rechtes auf Gründung eines eigenen Staates, Achtung der Unabhängigkeit und Souveränität aller Staaten in dieser Region, Anerkennung der PLO als einziger legitimer Vertretung des palästinensischen Volkes und schließlich baldigstmögliche Einberufung der Genfer Konferenz unter gleichberechtigter Teilnahme der PLO.

Die Zustimmung „linkszionistischer“ Kreise zu diesen Punkten ist andererseits ein Indiz für den beschleunigten Differenzierungsprozeß innerhalb Israels. Denjenigen, die – wie

das „Komitee für einen gerechten Frieden zwischen Israel und den arabischen Staaten“ und die KP Israels – seit Jahren diese essentiellen Forderungen vertraten, wird dadurch zweifellos der Rücken gestärkt; die Front der Gegner der offiziellen israelischen Politik wird in der letzten Zeit breiter. Die Konferenz in Paris war gleichzeitig ein Gradmesser für



die große Internationale Anerkennung, die die PLO bei den fortschrittlichen Kräften in der Welt gewonnen hat. Die achtköpfige palästinensische Delegation unter Leitung des Informationsministers der PLO wurde mit großem Beifall begrüßt, kein Redner der nicht seine ungeteilte Unterstützung für die PLO erklärte. In einem nachstehend in Auszügen dokumentierten Grundsatzpapier stellte die PLO ihre Position zur Genfer Nahostkonferenz vor. Während der Diskussion ergriffen Vertreter der PLO immer wieder mit richtungsweisenden Beiträgen das Wort und trugen wesentlich dazu bei, daß in der einmütig verabschiedeten Abschlusserklärung eine klare, konsequent antiimperialistische Position formuliert werden konnte. In der Erklärung heißt es:

Abschlusserklärung

(...) Die Konferenz weiß sich einig, daß die Kernfrage der Nahostkrise das Palästina-Problem ist. Es kann keinen Frieden geben ohne Sicherstellung der legitimen nationalen Rechte des palästinensischen Volkes und die Errichtung seines eigenen unabhängigen Nationalstaates. Es kann keinen Frieden geben ohne die Anerkennung der PLO als einzigem, rechtmäßigem Repräsentanten des palästinensischen Volkes. Die Konferenz würdigt in diesem Zusammenhang insbesondere die Entschließungen der Vereinten Nationen und den von der überwältigenden Mehrheit der Regierungen der Welt bezogenen Standpunkt. Die Konferenz begrüßt die kürzliche gemeinsame sowjetisch-amerikanische Erklärung, welche zur Wiederaufnahme der Genfer Konferenz beitragen möchte. Diesbezüglich unterstreicht die Konferenz die Wichtigkeit der in dieser Erklärung enthaltenen Anerkennung der legitimen Rechte des palästinensischen Volkes.

Die Konferenz verurteilt die gefährlichen Maßnahmen, die die Begin-Regierung mit dem Ziel der Festschreibung der israelischen Okkupation der arabischen Territorien ergriffen hat. ... Die Konferenz verurteilt unzweideutig die wohlüberlegten Manöver der israelischen Regierung, um – in Widerspruch zur US-Administration – die neuen Möglichkeiten einer gerechten Lösung der Nahostkrise zu sabotieren. Das israelisch-amerikanische „Arbeitspapier“ über die Genfer Konferenz erschwert jedwede Fortschritte hinsichtlich eines Friedens in der Region.

Die Genfer Konferenz kann ohne eine vollständige Repräsentanz der PLO auf gleichberechtigter Basis mit allen anderen Teilnehmern nicht einberufen werden. Die Genfer Konferenz muß in ihre Tagesordnung die Gesamtheit der Rechte des palästinensischen Volkes einschließen, wie sie die Resolution 3236 der UN-Generalversammlung beinhaltet. Die Genfer Konferenz muß sich mit dem ganzen Problem der Nahostkrise im Sinne einer Gesamtsicht befassen und nicht auf einer teilweisen oder „Schritt für Schritt“-Basis. Die Genfer Konferenz muß die legitimen Rechte aller Völker der Region sicherstellen – des palästinensischen Volkes, der Völker der arabischen Länder und des Volkes von Israel. (...)

PLO Genf und die Palästinenser

(...) Innerhalb weniger Jahre ist die palästinensische Revolution in ihrem Streben nach Einbeziehung aller palästinensischen Massen, wo immer sie sich befinden, beträchtlich vorangekommen. Das palästinensische Volk hat die Unterstützung und den Rückhalt der arabischen Massen in der ganzen arabischen Heimat erhalten. Diese Unterstützung ist ein entscheidender Faktor dafür gewesen, daß die palästinensische Revolution unter Führung der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) als legitime und einzige Vertretung des palästinensischen Volkes auf den arabischen Gipfelkonferenzen von Algier und Rabat benannt wurde¹. Die PLO hat beständig die Aufnahme der palästinensischen Sache auf die Tagesordnung der XXIX. Sitzung der UN-Vollversammlung gefordert. Diese Handlungsweise erwuchs aus dem Glauben des palästinensischen Volkes an den politischen Kampf, der als ein wichtiges Mittel bei der Realisierung seiner Ziele und als ein Ausdruck seines Wunsches nach Herstellung eines gerechten und dauerhaften Friedens im Nahen Osten angesehen wird. Es drückt auch die Zuversicht aus, die das palästinensische Volk in das Wirken für seine Sache durch die UNO und in die Notwendigkeit setzt, die Meinung der Weltgemeinschaft zu respektieren.

Washingtons Vetopolitik

Die Forderung der PLO wurde von der Mehrheit der Staaten der Welt akzeptiert und am 13. November 1974 wurde die Palästinafrage von der UN-Vollversammlung diskutiert, als Yasser Arafat, der Vorsitzende des Exekutivkomitees der PLO, auf dem Weltforum die Palästinafrage mit all ihren Dimensionen und Implikationen erläuterte und sein Konzept von der Zukunft vorstellte. So kam es, daß die Resolution Nr. 3236² und weitere folgende Resolutionen der UN-Vollversammlung entschieden betonten, daß die PLO die einzige legitime Vertretung des palästinensisch-arabischen Volkes ist. Diese Resolutionen bekräftigten auch das Recht des palästinensischen Volkes auf Rückkehr in seine Heimat und Selbstbestimmung, sowie auf nationale Unabhängigkeit und Souveränität. (...)

Eine der gefährlichsten Formen der (imperialistischen) Hilfe (für den Zionismus) waren die fortgesetzten, zur Deckung des israelischen Bedarfs an hochentwickelten Waffen bestimmten Rüstungslieferungen, um seine militärische Überlegenheit gegenüber der Gesamtheit der benachbarten arabischen Staaten zu gewährleisten. Diese Überlegenheit mußte unvermeidlich zu größerer Arroganz und zunehmender Aggressivität auf israelischer Seite führen. Angesichts dieser Tatsachen kann die total ablehnende und obstruktive Haltung der imperialistischen Länder gegenüber jeder Resolution zugunsten der Palästinafrage nicht überraschen. Beispielgebend ist hier der US-Imperialismus.

Im Gefolge des Junikrieges von 1967 und trotz der Verurteilung dieser Aggression durch die Weltgemeinschaft erfaßte die UN-Sicherheitsrats-Resolution Nr. 242 nicht die Realität der Nahostkrise. Die Resolution forderte den Rückzug der Israelis von den arabischen Gebieten, die im 1967er Krieg besetzt worden waren, und forderte eine gerechte Lösung lediglich für das Problem der palästinensischen Flüchtlinge. Wir sehen hier, daß die Resolution die Tatsache ignorierte, daß die Palästinafrage die eines ganzen Volkes ist, dem Ge-

legenheit gegeben werden muß, seine Rechte wahrzunehmen. Die Annahme der UN-Sicherheitsrats-Resolution Nr. 242 kam zustande, weil nicht die Palästinafrage, sondern die der israelischen Aggression vom Juni 1967 diskutiert wurde. Das palästinensisch-arabische Volk hat diese Resolution zurückgewiesen, weil sie seine Rechte vernachlässigt und das Problem als das von Flüchtlingen betrachtet, und weil die Resolution jenen Rechten nicht entspricht, die von der UN-Generalversammlung seit 1947 bekräftigt worden sind.

Am Ende des Oktoberkrieges verabschiedete der UN-Sicherheitsrat die Resolution Nr. 338, die der Resolution Nr. 242 nichts Neues hinzufügte, was die Rechte des palästinensischen Volkes betrifft. Nach 1973 erließ die UN-Generalversammlung eine Anzahl wiederholter Resolutionen, die die legitimen Rechte des palästinensischen Volkes bekräftigten und 1975 den Zionismus als rassistische Bewegung verurteilten.

Im Januar 1976 konnte der Sicherheitsrat jedoch eine von der Gruppe der nichtpaktgebundenen Länder wegen der feindseligen amerikanischen Politik gegenüber den Rechten des palästinensischen Volkes eingebrachte Resolution nicht verabschieden; da die USA als einziges Land, das sich der Übereinkunft der Mitgliedsstaaten jener Sitzung widersetzte, von ihrem Vetorecht Gebrauch machten.

Die Debatten in dieser Sitzung des Sicherheitsrates erlangten besondere Bedeutung; sie brachten ein hohes Maß an Verständnis zum Ausdruck, das der Palästinafrage von einer großen Zahl von Staaten entgegengebracht wurde. Das wurde deutlich in der Formulierung der von der Gruppe der nichtpaktgebundenen Staaten eingebrachten und von sechs weiteren Staaten akzeptierten Resolution, in der es hieß: „Der Sicherheitsrat . . . ist überzeugt, daß die Palästinafrage den Kern des Nahostkonflikts ausmacht und betont die Notwendigkeit, in diesem Raum einen gerechten und dauerhaften Frieden herzustellen auf der Basis völligen Einverständnisses mit der Charta und den Resolutionen der Vereinten Nationen, die den Nahen Osten einschließlich der Palästinafrage betreffen.“

Grundvoraussetzungen einer Genfer PLO-Teilnahme

Der Resolutionsentwurf betonte auch die Notwendigkeit, dem palästinensischen Volk die Ausübung seines unverzichtbaren nationalen Rechts auf Selbstbestimmung zu ermöglichen, einschließlich des Rechts, einen eigenen unabhängigen Staat in Palästina gemäß der UN-Charta zu errichten. Sie unterstrich auch das Recht der palästinensischen Flüchtlinge, in ihre Heimat zurückzukehren, falls sie es wünschen, und in Frieden mit ihren Nachbarn zu leben. Der Entwurf forderte auch angemessene Maßnahmen, um die Sicherheit und Souveränität der Territorien, politische Unabhängigkeit mit sicheren und anerkannten Grenzen für alle Länder des Raumes in Übereinstimmung mit der UN-Charta zu garantieren³. (...)

Die PLO hat ihren Wunsch und ihr Beharren darauf hervorgehoben, an jeder internationalen Konferenz über die Palästinafrage und den arabisch-zionistischen Konflikt einschließlich der Genfer Konferenz teilzunehmen; jedoch sind

die Grundlagen und die Spielregeln, nach denen die Konferenzdebatten und der Konferenzablauf gestaltet werden, die Hauptfaktoren, von denen die PLO ihre Entscheidung abhängig machen wird, ob sie an einer solchen Konferenz teilnehmen wird oder nicht:

- Der erste dieser Faktoren ist, daß die Konferenz bei der Diskussion des Nahostkonflikts von der Palästinafrage als seinem Kern ausgehen muß.
- Zweitens müssen Resolutionen der UN-Generalversammlung über Palästina Diskussionsgrundlage sein.
- Drittens ist die Teilnahme der PLO an dieser Konferenz als einer der wichtigsten Faktoren, die die Konferenz zum Erfolg führen können, zu betrachten, insbesondere unter dem Aspekt, daß die Grundfrage die Sache Palästinas und seines von der PLO repräsentierten Volkes sein wird.

Die Genfer Konferenz, wie sie die USA und Israel verstehen, ist nicht diejenige, die die internationale Gemeinschaft verlangt, und nicht diejenige, die zu einer gerechten und umfassenden Regelung der Nahostkrise führen wird. Israel und die USA unternehmen große Anstrengungen, die Genfer Konferenz herabzumindern und auszuhöhlen, um sie zu einem Ort der Absegnung ihrer aggressiven und expansionistischen Pläne und Praktiken zu machen. (. . .)

Zusätzlich zu ihren fortgesetzten Versuchen, das Zustandekommen der Genfer Konferenz zu behindern, bestehen Zionismus und Imperialismus darauf, daß die UN-Sicher-

heitsratsresolution Nr. 242 die Diskussionsgrundlage abzugeben habe. Ziel dieses Beharrens ist die Annullierung jener UN-Resolutionen, besonders der Resolution Nr. 3236, die alle die Rechte des palästinensischen Volkes bestätigen.

Die PLO besteht darauf, daß auf der Genfer Konferenz die Palästinafrage auf der Grundlage der fixierten Rechte des palästinensischen Volkes diskutiert wird, wie sie die internationale Gemeinschaft billigte, was vornehmlich in der Resolution Nr. 3236 zum Ausdruck gebracht wurde. Das palästinensische Volk respektiert diese Resolution und vertraut auf sie, weil sie die Meinung der Weltorganisation wiedergibt. Die Resolution bestätigte erneut die unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes in Palästina, einschließlich des Rechts auf seine Heimat, Palästina, des Rechts auf Heimkehr und des Rechts auf nationale Unabhängigkeit und Souveränität. Die Resolution bemerkt, daß das palästinensische Volk eine der Hauptparteien bei der Begründung eines gerechten und dauerhaften Friedens im Nahen Osten darstellt. Die UN-Generalversammlung hat darüber hinaus den UN-Generalsekretär aufgefordert, mit der PLO in allen wichtigen Fragen im Zusammenhang mit der Palästinafrage zu kontaktieren.

Zentrale Bedeutung der UN-Resolution 3236

Das ist genau jene Resolution, die US-Imperialismus und Zionismus zu ignorieren und annullieren suchten. Es läßt sich nicht länger verheimlichen, daß die Ablehnung der Teilnahme der PLO an der Genfer Konferenz durch die USA und Israel aus ihrer feindseligen Haltung gegenüber den nationalen Rechten des palästinensischen Volkes erwächst; sie unternehmen das äußerste an Anstrengungen, um die PLO von der Genfer Konferenz fernzuhalten und ihr einen unabhängigen und gleichberechtigten Status vorzuenthalten wie ihn die andern betroffenen Parteien in einer solchen Konferenz genießen. Dieses Recht ist von der Weltgemeinschaft in ihrer Resolution Nr. 3236 und in anderen nachfolgenden Resolutionen bekräftigt worden.

Das von der PLO geführte palästinensische Volk begreift in vollem Umfang die Ausmaße der Verschwörung, die gegen es ausgeheckt worden ist, und kennt seine wahren Feinde, die auf die Annullierung seiner legitimen Rechte und aller verwirklichten Errungenschaften aus sind. (. . .)

So wird der Kampf des palästinensisch-arabischen Volkes fortgesetzt bis sich Israel aus allen besetzten arabischen Gebieten zurückzieht und bis dieses Volk die Gelegenheit erhalten hat, das Recht auf Rückkehr in seine Heimat und zu seinem Eigentum, das Recht auf Selbstbestimmung über sein eigenes Land ohne jede äußere Einmischung und das Recht auf die Errichtung seines eigenen unabhängigen und nationalen Staates in seinem Gebiet, Palästina, wahrzunehmen.

(Quelle: Palestine Liberation Organization, The Geneva Conference and how it can conduct to a Just Settlement of the Middle East Crisis, Paris, Oktober 1977)

Anmerkungen der Redaktion:

- 1) Die 5. Gipfelkonferenz der arabischen Staatschefs in Algier fand vom 26.-28. 11. 1973, die Konferenz von Rabat im Oktober 1974 statt.
- 2) Die Resolution 3236 wurde am 22. 11. 1974 von der UN-Vollversammlung mit 89 Für- und 8 Gegenstimmen angenommen. In ihr wurde neben einer erstmals umfassenden Definition der nationalen Rechte des palästinensisch-arabischen Volkes (vgl. J. Goldberg, Zehn Jahre Junikrieg, in: AIB, Nr. 6/1977, S. 21) auch das „Recht des palästinensischen Volkes an(erkannt), seine Rechte in Übereinstimmung mit den Zielen und Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen mit allen Mitteln wieder zurückzuerlangen.“
- 3) Zu den Bestimmungen und der Weiterentwicklung der UN-Charta (1945) hinsichtlich des Unabhängigkeitskampfes der Völker der Dritten Welt siehe: Bonn wider die Menschenrechte. AIB-Sonderdruck, Nr. 2/1977, S. 5-7



Aspekte des Nahostkonflikts

Beiträge zionistischer Repräsentanten zum Nahostkonflikt sind in jüngeren Jahren mit den „Selbstdarstellungen“ Golda Meirs („Mein Leben“), Abba Eban oder Moshe Dajans im deutschsprachigen Raum über Gebühr publiziert worden, was sich von antizionistischen Autoren nicht sagen läßt. Insofern ist die Präsentierung arabischer, israelischer, französischer, bundesrepublikanischer und amerikanischer nicht proisraelischer Texte zu Aspekten des Konflikts durch die schweizerische Edition etcetera und den Rowohlt-Verlag an sich begrüßenswert.

A. Amad/W. Carroll/S. Farsoun/W. Hollstein/E. Lobel/M. Rodinson/F. Trabulsi, Nahostkrise – Strukturen. Probleme. Lösungen, edition etcetera, Basel 1976, 176 S., 19,- DM

Dieser Sammelband von teilweise stark überalterten Aufsätzen (Rodinson, Trabulsi schließen Ende der 60er Jahre) stellt den Anspruch, „den Nahostkonflikt grundlegend und von der Seite aller Beteiligten aus analysiert“ zu haben. So verdienstvoll es zweifelsohne ist, israelische (Lobel) und arabische Autoren (Trabulsi, Amad) gemeinsam vorzustellen, so wenig kann gerade das Ansinnen der Herausgeber zufriedenstellen, eine „grundlegende“ Einführung in den Nahostkonflikt anzubieten.

Weder läßt die Aufsatzsammlung eine sich ineinander einfügende, geschlossene Konzeption – eher schon eine Hintereinanderreihung unverbundener Bruchstücke – erkennen, noch wird sie einer Gesamtschau des Konflikts gerecht, da sie einmal (Trabulis Beitrag ausgenommen) die imperialistische Nahostpolitik dem arabisch-zionistischen Gegensatz nachgeordnet behandelt bzw. unzulässig die eigentliche Konfliktursache vernachlässigt oder verkürzt. Zum zweiten entbehrt sie einer fundierten, bis in die Gegenwart reichenden Einschätzung und Einordnung der nationaldemokratischen Entwicklungen bzw. Regimes speziell der entscheidenden Konfrontationsstaaten Syrien und Ägypten. Auch von einer Berücksichtigung des hochbedeutenden Bündnisses von arabischer Befreiungsbewegung und sozialistischen Ländern kann keine Rede sein. Letzteren will beispielsweise Hollstein eine schwächere „Absage“ an Israel denn den Dritte Welt-Ländern unterziehen, der Sowjetunion gar eine den nationalen Befreiungsbewegungen aus „Status quo“- und „rätefeindlichen“ Motiven heraus gegnerische Haltung. Drittens gibt das Buch keine Antworten auf die nach dem Oktoberkrieg 1973 aufgetretenen neuen Erscheinungen und Entwicklungen wie der „Ölwaife“, der Veränderungen in der westlichen Nahoststrategie oder der Neubestimmung der Palästinafrage als Kern des Nahostkonflikts in der UNO. Allein Farsoun/Carrolls Beitrag „Der Bürgerkrieg im Libanon“ bietet derartig Neues lesenswert, wengleich er auch im Januar 1976, also bereits inmitten des Libanonkrieges (der Frieden von Riad wurde erst im Oktober 1976 geschlossen), endet.

Im Unterschied zu M. Rodinsons reichlich oberflächlicher Abhandlung zur zionistischen Ideologie finden sich bei W. Hollstein („Der Nahostkonflikt“) und F. Trabulsi („Das Palästinaproblem“) wertvolle Ausführungen zur Geschichte, den Charakteristika und der Kolonisierungspolitik des Zionismus in Palästina. Wengleich Trabulis vereinsseitig negative Sicht der nationaldemokratischen Regimes und Bewegungen (Baathisten, Nasseristen) und ihre angebliche völlige Unterordnung unter bzw. Verschmelzung mit Feudalaristokratie/Bourgeoisie (S. 110/111) keiner sozialhistorischen Überprüfung standhalten, so arbeitet er doch im Unterschied zu Hollstein die Politik der imperialistischen Großmächte (Großbritannien und USA) als die Hauptsache und bis heute beherrschendes Moment des Nahostkonflikts heraus. Bei Hollstein hingegen wird weniger die britische Kolonialpolitik, sondern vielmehr der UN-Teilungsbeschuß von 1947 (die UNO war damals übrigens nicht etwa sowjetisch, sondern amerikanisch beherrscht!) fälschlicherweise zu dem eigentlichen Unrechtsakt erklärt. Hollstein tritt hier in Widerspruch selbst zu seiner Eigenbeschreibung des damaligen höchstexplosiven Verhältnisses von arabischer und jüdischer Bevölkerung als Bürgerkriegssituation bzw. „Chaos“ (S. 20-22), welche den UN-Entscheid für zwei föderative Teilstaaten anstelle der Kolonialmacht ja nur zuließe. Mit seinem klassenneutralen Umgang mit der durchaus konträren, weil kapitalistischen oder sozialistischen Großmächtepolitik im Nahen Osten weiß Hollstein ebenso wenig zu überzeugen wie mit seiner Interpretation des palästinensischen Befreiungskampfes. Ur-

sprung, Trägerschaft und politische Profilierung der PLO bleiben im Dunkeln, ihre angerissene Perspektive liest sich wie ein Plädoyer für die Einstellung des Widerstandskampfes: „Dieser Kampf gegen mehrere Gegner überfordert die palästinensischen Befreiungsbewegungen . . . Sicher ist, daß Israel von den Fedayin militärisch weder besiegt noch zu einem Kompromiß gezwungen werden kann . . . So bleibt vor allem die palästinensische Hoffnung, daß die in Israel unzweifelhaft bestehenden sozialen Widersprüche endlich den nationalen Konsensus sprengen und das Interesse von der Außenpolitik auf die Innenpolitik verlagern werden.“ (S. 54/55)

Der gleiche Kapitulationsratschlag, die PLO möge auf eine innere Zersetzung des angeblich übermächtigen Zionismus und auf die nächste Generation bauen, findet sich im abschließenden thesenartigen Beitrag des Quatar-Beraters A. Amad wieder. Bei der Diskussion zu „Friedensperspektiven und Alternativen“ will Amad dem – von der UNO und der PLO heute gleichlautend geforderten! – Streben nach Errichtung eines unabhängigen Nationalstaates des arabisch-palästinensischen Volkes hingegen keine Chance zubilligen, ja er deklariert sie für die arabische Seite als „unannehmbar“. Ganz anders das als aktuelle Streitschrift gehaltene Buch des ägyptischen linksnasseristischen Journalisten M. Sid-Ahmed, das die Kenntnis der Grundlagen des Nahostkonflikts voraussetzt, um sich voll und ganz auf eine lebendige, eine Vielzahl neuer Fragen aufwerfende Diskussion der nach 1973 einsetzenden neuen Entwicklungen und Lösungsmöglichkeiten zu konzentrieren:

Mohamed Sid-Ahmed, Nach vier Kriegen im Nahen Osten. Thesen zu einer offensiven Friedenspolitik, rororo-aktuell, Reinbek 1977, 154 S., 5,80 DM

Wenn sich der Autor auch gelegentlich bei der Skizzierung der Perspektiven der Nahostsituation im Reich der Spekulation verliert (so z. B. S. 120-132) anstatt etwa die Positionen der Hauptkonfliktparteien genauer herauszuarbeiten oder die konkreten Grundlagen im Rahmen der UNO bzw. der Genfer Konferenz aufzuschlüsseln, so bietet er doch erstmalig eine Gesamtsicht der Konsequenzen und neuen Tendenzen im Ergebnis des Oktoberkrieges. Er tut dies unter Berücksichtigung der Einwirkungen des internationalen Entspannungsprozesses zugunsten nahöstlicher Lösungsschritte. Zunächst geht Sid-Ahmed der Frage nach: „Der Oktoberkrieg . . . ein Wendepunkt?“ Gegen überschwingliche ägyptische Chronisten gewandt, die den Oktoberkrieg fälschlicherweise als schlagenden arabischen Sieg überbewerten, zieht er den Schluß, daß dieser nationale Befreiungskrieg für keine Seite einen entscheidenden Sieg, wohl aber eine Wende im ungleichen Kräfteverhältnis erbrachte. Israels „absolute Überlegenheit“ sei dahin, da die Araber gewisse qualitative Momente auszugleichen (militärische Dominanz) oder selbst hinzuzugewinnen vermochten (Ölwaife). Die so entstandene „neue Gleichung“ mache die Zielsetzung eines gerechten Friedens überhaupt erst möglich und glaubhaft. Energisch weist der Autor Gleichstellungsversuche der „imperialistischen“ USA und der Sowjetunion zurück, habe letztere doch stets aus prinzipiellen Motiven die arabische Sache unterstützt. Die hohe Bedeutung der ägyptisch-sowjetischen Freundschaft würdigend, kritisiert der Autor ihre einseitige Aufkündigung durch das Sadat-Regime und dessen alleiniges Setzen auf die amerikanische Karte, die von jeher nur auf Seiten des israelischen Expansionismus gestochen habe. Im Bündnis mit der UdSSR könne die arabische Befreiungsbewegung hingegen wirksam die imperialistisch-israelische „Aggression an die Kandare nehmen“. Wie Sid-Ahmed zurecht unterstreicht, könnte ein 5. Nahostkrieg in einen atomaren Konflikt ausufern. Andererseits drängt das nach 1973 neuartige Gewicht der Palästinafrage und der PLO – deren Evolution zu realistischen Positionen nachgezeichnet wird – verstärkt auf eine gerechte Gesamtlösung des Konflikts, und zwar auf der Grundlage der UN-Entschlüssen und im Rahmen der Genfer Konferenz.

Leider beläßt auch er die sozialen Grundlagen, die unterschiedliche Programmatik und antiimperialistische Konsequenz der arabischen Befreiungsbewegungen bzw. Regimes weitgehend im Dunkeln oder bleiben Fragen wie die Auswirkungen des Ölbooms auf die arabische Bourgeoisie ungeklärt. Dennoch hat Sid-Ahmed „die neue Realität“ im Nahen Osten in anerkennenswerter Manier herausgearbeitet – ein unbedingt empfehlenswertes Buch.

W. Bröner

Seychellen



Mit ihren fast 90 Inseln und 55 000 Einwohnern kommt den Seychellen als traditionelle westliche Militärbasis und wegen seiner Lage nahe des größten US-Marine- und Luftwaffenstützpunktes der Welt, Diego Garcia, und nahe der Öltankerroute vom Persischen Golf nach Europa eine strategisch große Bedeutung zu.

Dem nach 1970 betriebenen Ausbau der Inseln als Ferienparadies für Touristen aus Südafrika und der BRD folgten rapide Preissteigerungen und Bodenspekulation. In diesem „Paradies“ waren 1975 über 50 % der Bevölkerung arbeitslos, ein Großteil unterernährt und 40 % Analphabeten. Trotz äußerst günstiger natürlicher Bedingungen haben die Seychellen keine eigene Nahrungsmittelproduktion, denn die herrschenden Kreise der Großgrundbesitzer – 1960 besaßen 56 Familien 78 % der Landfläche – sind ausschließlich an schnellen Profiten aus dem Kokos- und Zimtextport interessiert. Ihre Partei, die 1964 gegründete prokolonialistische Demokratische Partei (SDP) unter J. Mancham sicherte sich durch Wahlmanipulationen eine Regierungsmehrheit. Nachdem die Inseln durch wachsende Protestaktionen 1975 die innere Autonomie erzwangen, gewährte London am 18. 6. 1976 den Seychellen die politische Unabhängigkeit.

Die fünf Gewerkschaften des Landes, in denen 1974 80 % der Werktätigen organisiert waren, stehen indessen hinter der 1964 gegründeten und von der OAU als Befreiungsorganisation anerkannten Vereinigten Volkspartei der Seychellen (SPUP) unter Albert René. Nach der Machtübernahme am 5. Juni 1977 durch den SPUP-Vorsitzenden A. René, die der SDP-SPUP-Koalitionsregierung unter Mancham ein Ende setzte, zeichnet sich die neue politische Linie auf den Seychellen immer klarer ab. „Hauptaufgabe“ – so Präsident René – „wird die Nahrungsmittelproduktion für unser Volk sein sowie die Entwicklung der Fischindustrie und der Landwirtschaft . . . Das System des Landbesitzes durch abwesende Gutsherren wird beseitigt . . . Wir werden eine Politik der Nichtpaktgebundenheit verfolgen . . . und wir verurteilen die Apartheidpolitik in Südafrika.“ Mit dem Aufbau einer eigenen Volksarmee und -miliz wurde begonnen. (Africa, London, Nr. 72/August 1977)

Wie René in einem Afrique Asie Interview vom 31. 10. 1977 erklärte, ist die programmatische Orientierung ein von einer „Volksdemokratie“ getragener Sozialismus, der „gleiche Chancen für alle“ und die Wahrung besonders der „Rechte der Arbeiter“ gewährleisten soll: „Die Seychellen haben in jeder Hinsicht die Wahl zugunsten einer Orientierung auf den Sozialismus getroffen.“

Israel

Durch die Hereinnahme der von General Yadin geführten Demokratischen Bewegung für Änderung (DASH) in die Regierung Begin am 20. 10. 1977, hat dieser seine Parlamentsmehrheit von 63 auf 78 von 120 Sitzen im israelischen Parlament ausbauen können. Dafür erhielt die DASH-Partei neben dem Posten des stellvertretenden Ministerpräsidenten einen Platz im Sicherheitsausschuß des Parlaments und besetzt zusätzlich drei Ministerien.

Mit diesem Regierungsbeitrag der DASH-Partei wird allgemein die Erwartung einer flexibleren Haltung Tel Avivs in der Frage des partiellen Rückzuges aus besetzten Gebieten verbunden (siehe auch AIB, Nr. 9/1977). Als Zugeständnis Begins mag gelten, daß für die Siedlungspolitik im Westjordanland nunmehr der Außenausschuß der Knesset zuständig gemacht wurde. Eine etwaige israelische Zustimmung zu einem eigenen Palästinenserstaat darf hieraus jedoch nicht geschlossen werden. Außenminister Dajan drohte im Hinblick auf die Genfer Nahostkonferenz, daß Israel diese verlassen würde, „sollte . . . der Vorschlag eines solchen palästinensischen Staatsgebildes zur Sprache kommen“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12. 10. 1977).

Bangla Desh

Die allgemeine Verwirrung, die durch die Landung eines von japanischen Terroristen entführten Flugzeuges auf dem Flughafen von Dacca entstanden war, hatten am 30. September 1977 Teile der Armee für einen Putschversuch gegen Präsident Ziaur Rahman versucht auszunutzen. Der Putschversuch wurde niedergeschlagen, doch fanden die Rechtskräfte in ihm eine willkommene Gelegenheit, um gegen die fortschrittlichen Kräfte des Landes vorzugehen. Insgesamt wurden im Zusammenhang mit dem Putschversuch 92 Todesurteile vollstreckt und 20 Personen zu lebenslänglicher Haft verurteilt. Weiterhin wurden die Kommunistische Partei, die Demokratische Liga und die Nationale Sozialistische Partei verboten. Zahlreiche führende Mitglieder dieser Parteien wurden verhaftet.

Thailand

Die in Thailand herrschenden Militärs haben am 20. 10. 1977 die von ihnen vor einem Jahr durch einen blutigen Putsch eingesetzte Regierung unter Ministerpräsident Thanin Kraivichien gestürzt. Der angekündigte flexiblere Kurs der neuen Regierung mit dem bisherigen Verteidigungsminister Admiral Sangad Chalawyn an der Spitze deutet jedoch nicht auf eine Veränderung der bestehenden Machtverhältnisse hin. Die Militärs reagierten mit dem Sturz Thanins auf die zunehmende innen- und außenpolitische Isolierung, in die das Regime durch die extrem antikommunistische und repressive Politik Thanins gedrängt wurde. Während der Regierungszeit Thanins wurden sämtliche politische Parteien sowie der nationale Studentenbund verboten. Der Auflösung des Nationalen Gewerkschaftsrates (NLC) kurz nach dem Putsch 1976 folgten weitere Angriffe auf die Gewerkschaften. Ausnahmezustand und Streikverbot wurden von den Unternehmern zur weiteren Reduzierung der ohnehin niedrigen Löhne ausgenutzt, wodurch die Unzufriedenheit unter den Arbeitern zunahm. Innerhalb des Verbandes Südostasiatischer Staaten (ASEAN) trat die Regierung Thanin am aktivsten für die Umwandlung der ASEAN in einen vom Pentagon angestrebten neuen anti-sozialistischen Militärpakt ein, in den sie das südkoreanische Regime einbezogen haben wollte.

Kampuchea

Ende September 1977 gab die Kommunistische Partei Kampuchees (KPK) offiziell ihr Bestehen bekannt. Ihren Ursprung hat sie in der einst Vietnam, Laos und Kambodscha erfassenden KP Indochinas (1930–51). Im September 1960 tagte in Phnom Penh illegal der 1. Parteitag der KP Kambodschas mit 21 Delegierten, die als Aufgaben der nationaldemokratischen Revolution vorab die Befreiung von US-imperialistischer Abhängigkeit wie von der Herrschaft der Feudalherren und Kompradorenbourgeoisie definierten. Die 1961 als Selbstschutzeinheiten formierten kommunistischen Geheimgarden, die 1968 in Partisanenverbände überführt wurden, gaben nach dem CIA-Lon-Nol-Putsch vom März 1970 dann auch den Kern der revolutionären Armee der im Mai 1970 konstituierten Nationalen Einheitsfront Kambodschas (FUNK) ab (siehe AIB-Sonderheft zu Kambodscha, März 1974, AIB, Nr. 2 und 3/1974, 3 und 7–8/1975). Während des Befreiungskrieges nahm die FUNK auf Initiative der KPK in den befreiten Gebieten (Anfang 1975 bereits 90 % des Landes) sozialrevolutionäre Umgestaltungen wie die Enteignung des Großgrundbesitzes, die Verstaatlichung der Kautschukplantagen oder die Einführung schulgeldfreien Unterrichts vor.

Nach der Befreiung Phnom Penhs im April 1975 homorierte die Versammlung der Volksvertreter – oberstes staatliches Machtorgan im Demokratischen Kampuchea – die führende Rolle der Partei im Befreiungskampf mit der Wahl der führenden KPK-Repräsentanten zum Vorsitzenden des Staatspräsidiums (Khieu Samphan), zum Premierminister (Pol Pot, Sekretär des ZK der KPK) und in andere Schlüsselpositionen der revolutionären Staatsorgane. Während mit der Erlangung eines deutlichen Übergewichts der marxistischen gegenüber den nationalistischen Kräften die Entscheidung zugunsten eines sozialistischen Entwicklungsweges gefallen zu sein scheint, schließt Kampuchea aktive Nichtpaktgebundenheitspolitik u. a. die Solidarität mit Angola und dem chilenischen Widerstand ein (vgl. Neue Zeit, Moskau, Nr. 44/1977 sowie AIB, Nr. 2 und 10/1977).

Sturm gegen Vorsters "Kahlschlag"

„Die südafrikanische Regierung scheint bei ihrem Vorgehen gegen gemäßigte Stimmführer der Opposition von allen guten Geistern verlassen zu sein“, kommentierte die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), am 22. 10. 1977. Und wo „der gute Geist“ nicht mehr zuhause ist, dort fühlen die imperialistischen Großmächte sich nicht mehr richtig wohl. Sagen sie wenigstens.

Was hat eigentlich dazu geführt, daß sie sich zu so hartem papiernen Protest hinreißen ließen? Zunächst einmal die Fakten: Am Mittwoch, dem 19. Oktober, wurden 18 Organisationen der schwarzen Bevölkerung verboten und zahlreiche Oppositionelle verhaftet, darunter mehrere Führer des Anti-Apartheid-Stadtkomitees von Soweto. Haussuchungen wurden veranstaltet und die Zeitungen der Afrikaner, The World und Weekend-World verboten. Zu den illegalisierten Organisationen gehören der Konvent des Schwarzen Volkes, das Christliche Institut in Johannesburg und der Studentenrat von Soweto. Durch diese Verbote wurde praktisch die gesamte organisatorische Grundlage der Black Consciousness-Bewegung zerstört. Und damit hat Vorster genau das getan, was die ihm am Überleben haltenden Westmächte so gerne im Halbdunkel belassen hätten: Er hat die Apartheid-Politik in ihrer ganzen Offenheit und Brutalität demonstriert und es damit den nach Menschenrechten schreienden USA und den EG-Ländern schwer gemacht, ihn noch öffentlich zu unterstützen. Was sie insgeheim machen, steht – wie wir wissen – auf einem anderen Blatt (siehe Beitrag zur westlichen Strategie des „friedlichen Wandels“ im südlichen Afrika in diesem Heft).

Vorsters Politik des „wir oder ihr“

Keiner dieser noblen Herren hatte sich 1960 beschwert, als der Afrikanische Nationalkongreß Südafrikas (ANC) in den Untergrund gehen mußte und hunderte von fortschrittlichen Männern und Frauen in die Gefängnisse geworfen wurden, wo sie z. T. ihr Leben lassen mußten. Kein namhafter westlicher Politiker hat sich bisher für eine Wiedezulassung des ANC eingesetzt, kein Botschafter wurde damals zur Berichterstattung nach Washington oder Bonn zitiert. Im Gegenteil. Die Zusammenarbeit mit dem Apartheid-Regime gestaltete sich immer enger und gerade das Verhältnis der BRD zu Südafrika war besonders intim. Man verstand sich gut, wenn es um die Unterdrückung von konsequenten Befreiungskämpfern ging.

Aber heute ist alles anders. Das Kräfteverhältnis im südlichen Afrika hat sich – vor allem nach dem Erfolg der angolanischen Revolution – dramatisch zugunsten der fortschrittlichen Kräfte entwickelt und auch dem Kampf im Inneren Südafrika große Impulse vermittelt. Der heroische Aufstand in Soweto ist nur das bekannteste Beispiel. Die Verhältnisse haben sich dergestalt entwickelt, daß die Befreiung Südafrikas zum Schlüssel für die Zukunft des gesamten südlichen Afrika, ja des ganzen Kontinents geworden ist. Das ist auch die Frage, die das Denken und Handeln Vorsters und der ihn unterstützenden Weltreaktion beherrscht. Von hier aus sind die Maßnahmen des Vorster-Regimes zu beurteilen. Er kämpft um das Überleben seiner Ausbeuterklasse durch die blinde, brutale Politik des „wir oder ihr“ (FAZ). Die imperialistischen Großmächte – sozusagen um das Gesamtinteresse besorgt – sind vor allem daran interessiert, die Grundlage für eine ungehinderte Ausbeutung durch die multinationalen Konzerne zu erhalten. Und dem steht die Politik der Rassendiskriminierung mittlerweile im Wege. Sie treten daher für kosmetische Operationen an der Apartheid-Politik ein und wollen – wie es die FAZ am 22. 10. 1977 programmatisch formulierte – durch Kapitalinvestitionen einen sanften Druck auf das Vorster-Regime ausüben, um einen friedlichen Wandel unter neokolonialistischen Bedingungen einzuleiten. Darum die Verbitterung über den „Kahlschlag“ vom 19. Oktober 1977. Daher auch das begrenzte Waffenembargo, das Vorster jetzt einige Monate Zeit gibt, seine Politik neu zu überdenken.

Jedenfalls hat sich durch diese Maßnahmen das Regime von Pretoria im Innern und auch nach außen noch mehr isoliert, neue Gegensätze provoziert und dazu beigetragen, daß sich die Reihen der fortschrittlichen Kräfte noch mehr zusammenschließen werden.

Die Verbote und Verhaftungen sind also nicht als Ausdruck der Stärke, sondern als Zeichen der tiefen Existenzkrise aufzufassen, in der sich das Apartheid-Regime befindet.

Das politische und organisatorische Zentrum der demokratischen Opposition, der ANC, weist deshalb auch darauf hin, daß die jetzigen Ereignisse die Linie bestätigen, außerhalb des bewaffneten Kampfes gäbe es keine Möglichkeit, die quasi-kolonialistischen Herrschaftsstrukturen in Südafrika zu beseitigen. Weiter heißt es in der ANC-Erklärung vom 19. Oktober d. J.: „Heute schlägt das Volk so stark zurück wie nie zuvor und Vorster ist von Furcht erfüllt. Der Afrikanische Nationalkongreß ruft alle Abteilungen des unterdrückten Volkes, die es bislang noch nicht getan haben, auf, ihre Zweifel beiseite zu schieben und sich am Kampf zu beteiligen, der zu ihrer Befreiung führen wird. Vorster hat gezeigt, daß er nicht zu Verhandlungen bereit ist. Laßt uns nun zeigen, daß wir gewillt sind, zur Beendigung des üblen Apartheid-Systems zu kämpfen und zu sterben und ein neues Südafrika zu schaffen, frei von Rassismus, Imperialismus und Ausbeutung; ein neues Südafrika, in dem sich alle Menschen gleicher Rechte und Möglichkeiten erfreuen sollen, unabhängig von Rasse, Glauben oder Hautfarbe.“

ANC: bewaffneter Kampf ist unumgänglich

Einen wichtigen Beitrag in diesem Kampf stellt die international geführte Kampagne „Freiheit für die Pretoria 12“ dar. Die 12 in Pretoria vor Gericht stehenden und mit dem Tode bedrohten Freiheitskämpfer (siehe AIB, Nr. 9 und 11/1977) stehen stellvertretend für die Tausenden von Patrioten, die heute dem Apartheid-Regime zum Opfer fallen. Der Kampf um ihre Befreiung geht zugleich um die Freiheit aller politischen Gefangenen Südafrikas, für die Beendigung aller politischen Tribunale und die Beendigung der Mord- und Folterskandale in den Kerkern des rassistischen Regimes.



Vor dem Gerichtsgebäude in Pretoria: Demonstranten gegen den „Pretoria 12“-Prozeß; hier Ephraim Masinga, Vater eines Angeklagten. In der BRD führt das ASK derzeit eine Unterschriftenkampagne für die Pretoria 12 durch. Fordern auch Sie Unterschriftenlisten an beim: ASK, Eichwaldstraße 32, 6000 Frankfurt/M., Tel. 06 11 - 45 23 23.